



Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft 6

Yvonne Blomann

Erneut auf Konfrontation?

Die Deutsche Frage und das Ende
des Ost-West-Konflikts

FAU
UNIVERSITY
PRESS

Erneut auf Konfrontation?

Die Deutsche Frage und das Ende des Ost-West-Konflikts

Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft

Band 6

Hrsg. vom Department Geschichte der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Yvonne Blomann

Erneut auf Konfrontation?

Die Deutsche Frage und das Ende
des Ost-West-Konflikts

Erlangen

FAU University Press

2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Die Rechte an allen Inhalten liegen bei ihren jeweiligen Autoren.
Sie sind nutzbar unter der Creative Commons Lizenz BY-NC-ND.

Der vollständige Inhalt des Buchs ist als PDF über den OPUS Server der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg abrufbar:
<https://opus4.kobv.de/opus4-fau/home>

Umschlagfoto: Bearbeitete Version des Fotos
"Tischauflatz des Zwei-plus-Vier-Vertrags" von Axel Thünker
Stiftung Haus der Geschichte, Bonn; EB-Nr. 1994/12/0106.1,
<https://www.hdg.de/lemo/bestand/36ograd/36ogradobjekt-fahnenstaender.html>

Verlag und Auslieferung:

FAU University Press, Universitätsstraße 4, 91054 Erlangen

Druck: docupoint GmbH

ISBN: 978-3-96147-078-5 (Druckausgabe)
eISBN: 978-3-96147-079-2 (Online-Ausgabe)
ISSN: 2196-9671
DOI: 10.25593/978-3-96147-079-2

Vorwort

Die internationale Dimension der „Deutschen Frage“ – der Frage nach der Art der Verfasstheit des deutschen Staates – ist wie der Komplex der „Deutschen Frage“ an sich eines der historischen Kontinua, welche sich durch das gesamte 19. und 20. Jahrhundert ziehen. Immer wieder wurde die deutsche Staatlichkeit im internationalen Kontext thematisiert, hingen doch Gleichgewicht, Sicherheit und Stabilität von ihr ab. In den Wendejahren 1989/1990 sollte dies ein letztes Mal geschehen, die scheinbar zementierte deutsche Teilung und mit ihr die bipolare Welt gerieten mit einem Mal in Bewegung, das Ende des die letzten vierzig Jahre die Welt dominierenden Ost-West-Konflikts sollte mit der Lösung der „Deutschen Frage“ zusammenfallen. Diese Verbindung machte die Diskussion um künftige deutsche Staatlichkeit nur noch brisanter, bot sie doch den beiden Blöcken eine letzte potentielle Bühne zur Konfrontation.

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete Version meiner Abschlussarbeit, die im Wintersemester 2016/17 vom Departement für Geschichte in die FAU University Press Reihe „Ausgezeichnete Abschlussarbeiten der Erlanger Geschichtswissenschaft“ aufgenommen wurde. Danken möchte ich an dieser Stelle in erster Linie dem Erstbetreuer dieser Arbeit, Herrn Prof. Dr. Friedrich Kießling, mit dem in gemeinsamen Gesprächen das Thema in dieser Form erst entstehen konnte und dessen Betreuung während des gesamten Arbeitsprozesses das Gelingen dieser Arbeit gewährleistete. Ebenso danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Stefan Grüner, der sich auf meine Bitte hin zu einem Zweitgutachten bereit erklärte. Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle natürlich dem Departement für Geschichte der FAU Erlangen-Nürnberg, welches durch die Aufnahme in besagte Reihe die Publikation dieser Arbeit erst ermöglicht hat.

Erlangen im Juli 2017

Yvonne Blomann

Inhaltsverzeichnis

I	EINLEITUNG	1
1	„Götterdämmerung“ oder das Ende des Ost-West-Konflikts.....	1
2	Konzeption und Methodik.....	2
II	DIE „DEUTSCHE FRAGE“ ALS GEGENSTAND DER GROSSMACHTPOLITIK DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS.....	13
1	Die Wiener Neuordnung und die Frage nach der deutschen Staatlichkeit	13
2	Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg: Die Pariser Vorort-Verträge 1919	17
3	Die „Deutsche Frage“ im Zeitalter des Ost-West-Konflikts	22
3.1	Deutschland 1945 und der Beginn der Blockbildung.....	22
3.2	Deutsche Staatlichkeit in den Wendejahren 1989/90 und das Ende der bipolaren Welt.....	28
III	„ZEITENWENDE“ – OST UND WEST IM RINGEN UM DIE DEUTSCHE EINHEIT.....	33
1	DER WESTEN – Bedingungsloser Unterstützer der deutschen Einheitsbestrebungen?	33
1.1	GROSSBRITANNIEN – “Obstructive or Promoting”?	33
1.1.1	November 1989 – „Auf dem Kriegspfad“ gegen die deutsche Einheit.....	33
1.1.2	Verzweifelt auf der Suche nach Gleichgesinnten – Wiederbelebung einer Entente cordiale?	39
1.1.3	Das „andere“ Großbritannien - Hurd und das Foreign Office ..	43
1.1.4	Thatcher und das Foreign Office – Von einer zweigleisigen Außenpolitik zu einer gemeinsamen Linie im Wiedervereinigungsprozess.....	48

1.1.5	Großbritannien in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 1990	51
1.1.6	Zwischenfazit Großbritannien: Struggeling with German Unification	55
1.2	FRANKREICH – Unsicherheit zwischen Freiheitsgedanken und nationalen Sicherheitsbestrebungen	57
1.2.1	November 1989 – Jalta Adieu	57
1.2.2	Dezember 1989 – Zweigleisige Pariser Deutschlandpolitik	63
1.2.3	Französische Neurosen: Die polnische Westgrenze	68
1.2.4	Hand in Hand – Das deutsch-französische Tandem auf einem gemeinsamen Weg nach Europa	72
1.2.5	Zwischenfazit Frankreich: Ein geeintes Europa als Garant fran- zösischer Sicherheit gegen die „deutschen Unsicherheiten“	73
1.3	VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA – „Wichtigster Anwalt der deutschen Sache“	75
1.3.1	November 1989 – Verhaltene Reaktionen	75
1.3.2	Dezember 1990 – Ein aktives Amerika	80
1.3.3	Zwei-plus-Vier – Eine diplomatische Erfolgsgeschichte	83
1.3.4	Gemeinsam für die Einheit – Schlüsselmomente deutsch-amerikanischer Kooperation	87
1.3.5	Zwischenfazit Vereinigte Staaten: „Partner in leadership“ zur Überwindung der europäischen Teilung	92
2	DER OSTEN – Moskau und die deutsche Wiedervereinigung	95
2.1	Machtwechsel im Kreml 1985 - Der Anfang vom Ende ?	95
2.2	Stürmisches Jahresende - Mühseliges sowjetisches Navigieren im November und Dezember 1989	99
2.2.1	Vom Mauerfall zum Zehn-Punkte-Plan	99
2.2.2	Aktivität und Rückzug	106
2.3	„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ - Ein Reaktives Moskau	111
2.4	„Zickzackdiplomatie“ und „Janusköpfigkeit“ – Die Sowjetunion im Zwei-plus-Vier-Prozess	115

2.5	Kaukasische Sommernächte und ihre Folgen	123
2.6	Zwischenfazit Sowjetunion: Einheit zugunsten von Konsolidierung und interner Umgestaltung	128
3	Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen von West und Ost im Vergleich	131
IV	„ZEITENWENDE“ - EINHEIT IN FREIHEIT UND DAS ENDE DER BIPOLAREN WELT.....	139
V	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS.....	143

I EINLEITUNG

1 „Götterdämmerung“¹ oder das Ende des Ost-West-Konflikts

*„In strategischer Hinsicht sind die Methoden
des ‚Kalten Krieges‘ und der Konfrontation gescheitert.*

Wir haben das begriffen (...).²

(Michail S. Gorbatschow)

Michail Gorbatschows Zitat gibt zu denken, besonders im Hinblick auf die Datierung und den Gesprächspartner. Der sowjetische Generalsekretär gab diese Einschätzung gegenüber keinem geringeren als US-Präsident George Bush am 2. Dezember 1989 ab. Konfrontation als gescheiterte Politik zwischen den Supermächten. Und das knappe drei Wochen nach Mauerfall. Die DDR als sowjetisches Faustpfand und die deutsche Teilung als die auf der Landkarte sichtbar gewordene Niederlage der Deutschen im Zweiten Weltkrieg drohten Moskau zu entgleiten. Dass in einer solchen Situation eine erneute Konfrontation der Blöcke vom Kremlchef per se ausgeschlossen wurde, überrascht umso mehr, als dass die Verantwortlichkeiten der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nun erneut wirksam wurden, Ost und West aber durchaus unterschiedliche Interessen verfolgten.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügte Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts nach vierzigjähriger Existenz lediglich über beschränkte Souveränität, seit 1945 hatten die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion das letzte Wort in Sachen Außenpolitik, vor allem aber bzgl. der deutschen Staatlichkeit.³ Eine potentielle Vereinigung der beiden deutschen Staaten war demnach bei weitem keine reine deutsche Angelegenheit. Im inter-

¹ PLOETZ, Michael: Wie die Sowjetunion des Kalten Krieg verlor - Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin 2000, hier S. 14.

² GORBATSCHOW, Michail: Gipfelgespräche - Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, hier S. 103.

³ Berliner Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands vom 5. Juni 1945 in : MÜNCH, Ingo (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Stuttgart ²1976, S. 19-25.

nationalen Rahmen sollte und musste über die weitere Zukunft der Mitte Europas entschieden werden. War demnach – wie das Eingangszitat vermuten lässt – eine erneute Konfrontation von Ost und West in der „Deutschen Frage“⁴ komplett ausgeschlossen und der Ost-West-Konflikt bereits beendet?

Das Ende der bipolaren Welt und die Einheit der beiden deutschen Staaten sollten Ende des 20. Jahrhunderts zusammenfallen. Doch sind diese Jahre lediglich die letzte Station eines langwierigen Prozesses, in welchen die Frage nach der deutschen Verfasstheit und Staatlichkeit immer wieder aufgeworfen wurde. In den letzten 200 Jahren war die „Deutsche Frage“ viermal Gegenstand internationaler Vereinbarungen, dreimal allein im 20. Jahrhundert. In diese Arbeit wird dementsprechend auch diese Kontinuität Eingang finden.

2 Konzeption und Methodik

Leitfaden dieser Arbeit ist die Analyse von Handlungsmustern und Ordnungsvorstellungen von West und Ost in der Diskussion um die deutsche Einheit. Die Wiedervereinigung sollte der letzte, potentielle Konfliktherd im Ost-West-Konflikt sein, in welchen beide Blöcke durch ihre Verantwortung Deutschland gegenüber direkt impliziert waren. Wie wird bzgl. einer potentiellen Vereinigung beider deutscher Staaten auf beiden Seiten argumentiert und wie wird sich im Einigungsprozess verhalten? Handelt der Westen unisono oder gibt es auch hier unterschiedliche Verhaltensstränge? War für die Sowjetunion eine Konfrontation mit dem Westen in der „Deutschen Frage“ wirklich ausgeschlossen, so wie es das Eingangszitat nahelegt? War es nicht eher umgekehrt, dass der Wiedervereinigungsprozess eine erneute Profilierungsmöglichkeit des Ostens gegenüber dem Westen bot? Und wie lässt sich schließlich dieses Verhalten historisch begründen? Die Arbeit ist vergleichend angelegt.⁵ Notwendig für diese Vorgehensweise sind nicht nur die zu vergleichenden Gegenstände, in unserem Fall Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, aber auch das *tertium comperationis*,

⁴ Zur Problematisierung des Begriffs siehe Punkt II/1 dieser Arbeit.

⁵ Zur Methodik des Vergleichs in der Geschichtswissenschaft siehe: METZLER, Gabriele: Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 2004, S. 74-78.

die Kategorien, anhand derer der Vergleich vorgenommen werden soll und die den Leitfaden unserer Arbeit bilden. Das Vergleichsmoment dieser Analyse bilden die Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen der westlichen Akteure.

Ist die Entscheidung, mit derartigen Kategorien zu arbeiten, gefallen, so bewegt man sich methodisch gesehen in den internationalen Beziehungen, einem Teilgebiet der internationalen Geschichte.⁶ Sie definiert Handlungsmuster als „soziologisch fassbare, spontan entstandene Praktiken und Muster“⁷, welche sich aufgrund Änderungen im internationalen System und dem Bedürfnis der Akteure nach Frieden und Ordnung sukzessive herausbilden.⁸ Ordnungsvorstellungen bezeichnen Konzeptionen vom Funktionieren und der Gestaltung internationaler Politik, welche bei den Akteuren vorhanden sind.⁹ Die Verhaltensweisen und Vorstellungen der Akteure werden durch das System, in welchem sie eingebettet sind, generiert, gleichzeitig nehmen die Akteure aber auch einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf das System selbst.¹⁰ Diese von Doering-Manteuffel¹¹ postulierten Wechselwirkungen treffen sowohl auf unseren Untersuchungsgegenstand als auch auf die „Deutsche Frage“ in ihrer

⁶ Zur Genese der internationalen Beziehungen in der deutschen Geschichtswissenschaft und der internationalen Geschichte siehe: MOLLIN, Gerhard T.: „Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen.“ in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte – Themen – Ergebnisse – Aussichten (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 10) München 2000, S. 3-31.

⁷ SCHULZ, Matthias: „Internationale Institutionen.“ in: DÜLFFER, Jost/LOTH, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen Internationaler Geschichte (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 30) München 2012, S. 211-233, hier S. 214.

⁸ Für Schulz sind Handlungsmuster im weitesten Sinne internationale Institutionen. Siehe: Ebd.

⁹ KIESSLING, Friedrich: Der Briand-Plan von 1929/30. Europa als Ordnungsvorstellung in den internationalen Beziehungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Themenportal Europäische Geschichte (2008), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2008/Article=294>, S. 1, aufgerufen am 11.10.15.

¹⁰ DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: „Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts.“ in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte – Themen – Ergebnisse – Aussichten (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 10) München 2000, S. 93-117, hier S. 93.

¹¹ Ebd.

gesamten Kontinuität zu: Der Wandel im System ermöglicht den Akteuren den benötigten Handlungsspielraum, gleichzeitig gestaltet das Handeln der Akteure die Zukunft dieses System bzw. lässt ein neues an seine Stelle treten. Die Arbeit gliedert sich demnach in die internationale Geschichte ein: Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen sollen zum besseren Verständnis und zur Erklärung des Verhaltens von Ost und West untersucht, diplomatische Aktivitäten und Entscheidungen der Akteure hierdurch klarifiziert und begründet werden.

Das quellengestützte Arbeiten zum Komplex der deutschen Wiedervereinigung¹² gestaltet sich noch als relativ schwierig, bedingt durch die 30-jährige Sperrfrist, welcher alle Regierungsdokumente und Akten des Auswärtigen Amts unterliegen. Erst ab 2019/2020 mit Verstreichen dieser Frist wird der Zugang zum kompletten Quellspektrum dieser Zeit ermöglicht sein. Nichtsdestotrotz kann sich die bisherige Forschung zur Wiedervereinigung auf einige wenige publizierte Quellen stützen. Der von Küsters 1998 publiziert Sonderband aus den Akten des Bundeskanzleramts¹³ ist hier an erster Stelle zu nennen. Eine weitere Publikation des Instituts für Zeitgeschichte in München von 2015 über das Auswärtige Amt im Einigungsprozess findet ebenfalls Verwendung in dieser Arbeit.¹⁴ Für die Analyse der Sowjetunion im Einigungsprozess wird zusätzlich zu dem bereits genannten die Übersetzung der russischen Quellensammlung von 2006 „Michail Gorbacev i Germanskij vopros“ von Galkin und Tschernjajew¹⁵ sowie eine von Gorbatschow selbst herausgegebene Sammlung von

¹² Die Begriffe „Wiedervereinigung“ und „Vereinigung“ sollen trotz kleiner Differenzen im Folgenden als Synonym gebraucht werden. Zu einer begrifflichen Unterscheidung siehe: RÖDDER, Andreas: Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive, in: HJb 118 (1998), S. 223-260, hier S. 223, Anm. 1.

¹³ KÜSTERS, Hanns Jürgen/HOFMANN, Daniel (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.

¹⁴ MÖLLER, Horst/PAUTSCH, Ilse/SCHÖLLGEN, Gregor/WENTKER, Herrmann/WIRSCHING, Andreas (Hrsg.): Die Einheit - Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015.

¹⁵ GALKIN, Aleksandr/TSCHERNJAJEW, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage - Sowjetische Dokumente 1986-1991, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2011.

Gesprächsprotokollen von 1993 verwendet.¹⁶ Zusammen mit den Memoiren der damaligen Akteure¹⁷ bildet sie den Quellencorpus des Hauptteils unserer Arbeit. Die Memoirenliteratur beschränkt sich allerdings auf die politische Führungsebene, die Beamtenebene findet hier keine Berücksichtigung.¹⁸ Für unsere Fragestellung eignen sich sowohl die Memoirenliteratur als auch die Aufzeichnungen aus dem Bundeskanzleramt: Mit ihnen stehen uns Dokumente zur Verfügung, aus welchen sich bei zahlreichen Telefonaten, Schreiben oder persönlichen Treffen die Gesprächsstrategien und somit die Verhaltensweise der jeweiligen Akteure untersuchen lassen. Hieraus können Schlussfolgerungen bzgl. der Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen der jeweiligen Länder gezogen werden.¹⁹ Memoiren sind Egodokumente. Sie geben uns die subjektive Sicht eines einzelnen, im Prozess agierenden Individuums wieder. Objektivität ist bewusst nicht ihr Anspruch und sie sind somit mit Vorsicht zu genießen. Doch gerade für die Fragestellung dieser Arbeit kann sich die Beschäftigung mit der Memoirenliteratur als wertvoll erweisen, können hieraus doch Rechtfertigungen und Erklärungen für individuelles Verhalten und Vorstellungen gezogen werden. Die Kontrastierung der einzelnen Memoiren erlaubt es, ein differenziertes Bild entstehen zu lassen: So sind beispielsweise die Memoiren des französischen Staatspräsident Mitterrand an mehreren Stellen signifikant unterschiedlich zu denen seines damaligen Sicherheitsberater Jacques Attali.²⁰

¹⁶ GORBATSCHOW 1993.

¹⁷ ATTALI, Jacques: Verbatim Tome III - Chronique des années 1988-1991, Paris 1995; GENSCHER, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995; MITTERRAND, François: Über Deutschland, Frankfurt 1998; KOHL, Helmut: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung – Meine Erinnerungen, München 2009; THATCHER, Margaret: Downing Street No. 10 – Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993; GENSCHER, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995; SCHEWARDNADSE, Eduard: Die Zukunft gehört der Freiheit, Hamburg 1991; GORBATSCHOW, Michail: Wie es war - Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999.

¹⁸ Keine Berücksichtigung finden: TELTSCHIK, Horst: 329 Tage – Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; WALTERS, Vernon: Die Vereinigung war voraussehbar, Berlin 1994 sowie TSCHERNJAJEW, Anatolij: Mein Deutsches Tagebuch (1972-1991), Klitzschen 2005.

¹⁹ Jedoch sind nicht immer die Vorstellungen und Verhaltensweisen der dominantesten Akteure repräsentativ für das gesamte Land. Siehe Punkt IV/1.3 dieser Arbeit.

²⁰ Siehe Punkt IV/2 dieser Arbeit.

Trotz der quellenteknisch problematischen Situation lässt sich die historische Forschung zur Wiedervereinigung bereits als durchaus ertragreich bezeichnen. An dieser Stelle soll zwischen Darstellungen zur Wiedervereinigung im Allgemeinen, Literatur zum Ost-West-Konflikt und Literatur bzgl. der einzelnen Siegermächte unterschieden werden, der Fokus in der Literaturvorstellung liegt auf den landesspezifischen Publikationen. Für die erste Kategorie sind neben zahlreichen Beiträgen in Handbüchern und einzelnen Aufsätzen im Besonderen die einzige Monographie zu deutscher Einheit, veröffentlicht von Andreas Rödder 2009²¹ und die ausführliche, in vier Bänden dargelegte „Geschichte der Deutschen Einheit“, herausgegeben von Werner Weidenfeld 1998²² zu nennen.²³ Beide sehen die deutsche Einheit als Folge und als Teil der damaligen weltweiten Umbruchsituation, welche aufgrund zahlreicher günstiger Faktoren verwirklicht werden konnte, allen Widerständen zum Trotz. Publikationen zur Analyse des Ost-West-Konflikts gibt es zahlreiche, an dieser Stelle sollen Dülffer²⁴ und Loth²⁵ Erwähnung finden. Dülffer grenzt in erster Linie die Begriffe „Kalter Krieg“ und „Ost-West-Konflikt“ sinnvoll voneinander ab²⁶ und postuliert, dass Europa in diesem Zeitabschnitt – einstiges handelndes Subjekt der Geschichte im 19. Jahrhundert – nun zum Objekt der beiden Supermächte geworden ist. Loth spricht bzgl.

²¹ RÖDDER, Andreas: Deutschland Einig Vaterland - Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

²² WEIDENFELD, Werner: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Geschichte der Deutschen Einheit Bd. 4, Stuttgart 1998.

²³ Ein ausführlicher, thesenunabhängiger Forschungsüberblick über die bisherigen Publikationen und die Quellenlage zur deutschen Wiedervereinigung findet sich in: RÖDDER, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990 (Oldenburger Grundriss der Geschichte 19a) München 2004, S. 152-154.

²⁴ DÜLFFER, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 18) München 2004.

²⁵ LOTH, Wilfried: „Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Spaltung und Einigung“. in: ANSORGE, D./GEUENICH, D./LOTH, W. (Hrsg.): Wegmarken europäischer Zivilisation, Göttingen 2001, S. 372-384.

²⁶ Der Begriff „Kalter Krieg“ ist insofern als problematisch anzusehen, als dass in hohem Grad Geschlossenheit und Permanenz dieses Zeitabschnitts der Geschichte impliziert. Er vernachlässigt jedoch den ständigen Wandel zwischen den Blöcken. Der Begriff „Ost-West-Konflikt“ hingegen kann als angemessener zur Beschreibung der Komplexität und Vielschichtigkeit dieser Periode gesehen werden, da er mehr den Wandel und die situativen Aspekte der Epoche hervorhebt. Vgl. DÜLFFER 2004, S.4.

der Entstehung des Ost-West-Konflikts von „Fehlwahrnehmungen“²⁷, welche allerdings entlang des gesamten Konflikts immer wieder auftauchen und das Verhalten der Akteure nachhaltig bestimmen.

Eine vergleichende Arbeit zu den Verhaltensweisen der ehemaligen Siegermächte im Einigungsprozess existiert noch nicht. Dementsprechend basiert die Sekundärliteratur auf landesspezifischen Publikationen, welche die Haltung jeweils eines Akteurs näher beleuchten. Für Großbritannien werden fünf Beiträge ihre Verwendung finden: Adolf Birke versucht in seinem Vortrag vor der Prinz-Albert-Gesellschaft in Coburg die historische Bedingtheit der britischen Einstellung zur „Deutschen Frage“ in den letzten 200 Jahren zu skizzieren, welche keineswegs von Grund auf einem deutschen Nationalstaat abgeneigt war.²⁸ Himmler²⁹ ordnet in seiner Dissertation das Verhalten Großbritanniens in den größeren Kontext britischer Außenpolitik am Ende des Kalten Krieges ein. Wie die ihm vorgegangenen Beiträge von Klein³⁰, Kettenacker³¹ und Jackisch³² in den 1990er Jahren ist er der Ansicht, dass sich das Verhalten Großbritanniens im Einigungsprozess mit Nichten auf das der britischen Premierministerin Thatcher beschränkt. Das Foreign Office unter Douglas Hurd sei auch mit zu berücksichtigen. Klein wirft noch eine dritte Kategorie für die Verhaltensanalyse auf, die der öffentlichen Meinung im Vereinigten Königreich. Außerdem befindet sich für sie, im Gegensatz zu Jackisch, in den ersten Monaten nach Mauerfall die Politik des Foreign Office und die der Premierministerin auf einer Linie, beide waren einer

²⁷ LOTH 2001.

²⁸ BIRKE, Adolf M. : Großbritannien und die deutsche Einheit, Prince Albert Society, Coburg 1991.

²⁹ HIMMLER, Norbert: Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90 (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd. 6) Berlin 2001.

³⁰ KLEIN, Yvonne: Obstructive or Promoting? British Views on German Unification, in: German Politics 5 (1996), S. 404-431.

³¹ KETTENACKER, Lothar: „Britain and German Reunification 1989/90“, in: LARRES, Klaus/MEEHAN, Elizabeth (Hrsg.): Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945, Oxford 2000, S. 99-123.

³² JACKISCH, Klaus-Rainer: „Diplomatie hinter den Schlagzeilen - Britische Vereinigungsstrategien zwischen Verweigerung und Kooperation.“ in: BRUCK, Elke/WAGNER, Peter (Hrsg.): Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 6) München 1996, S. 126-136.

Vereinigung beider deutscher Staaten abgeneigt, keiner der beiden entwickelte aber eine konstruktive Vorgehensweise.

Für Frankreich sind ebenfalls fünf Titel relevant. Ältere Publikationen wie Soutou³³ und Vernet³⁴ sehen im Einigungsprozess ein zutiefst ambivalentes, der deutschen Einheit negativ gegenüberstehendes Frankreich. Nesshöver³⁵ charakterisiert die französische Politik als eine Politik der „reaktiven Anpassung.“³⁶ Neuere Veröffentlichungen, allen voran die von Schabert³⁷, versuchen, sich von der Vorstellung eines den Einigungsprozess bremsenden Mitterrand zu lösen und sowohl Frankreich wie auch sein Staatsoberhaupt als positiv im Einigungsprozess und als europäischen Visionär darzustellen. Harbaum³⁸ geht den Mittelweg und findet Belege für beide Thesen. Gleichzeitig ordnet er die französischen „Dilemmata“³⁹ bzgl. der deutschen Einheit zu deren besseren Verständnis in die Tradition französischer Haltungen gegenüber seinem deutschen Nachbarn ein.

Die für die Vereinigten Staaten einschlägigste Publikation ist nach wie vor das Werk von Zelikow/Rice⁴⁰, welches das Verhalten der Vereinigten Staaten im Einigungsprozess detailliert darlegt. Die Besonderheit dieser zwar schon etwas älteren Monographie besteht in ihrer Quellenarbeit: Einmalig wurde den Verfassern der Zugang zu Archiven des Weißen Haus', des Außenministeriums und des sowjetischen Politbüros gewährt. Anliegen des Buches ist es, die Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte der Diplomatie zu schreiben und die Wechselwirkungen zwischen den USA, der BRD und Sowjetunion darzulegen. Mit diesem Anspruch geht gleichzeitig die Schwäche des

³³ SOUTOU, Georges-Henri: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954-1996. Paris 1996

³⁴ VERNET, Daniel: La renaissance allemande, Paris 1992.

³⁵ NESSHÖVER, Christoph: „Eine Politik der 'reaktiven Anpassung' - Frankreichs Weg zum 'Zwei-plus-Vier-Vertrag'.“ in: Bruck/Wagner (Hrsg.): Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Bd. 6) München 1996, S. 106-126, hier S. 107-109.

³⁶ Ebd.

³⁷ SCHABERT, Thilo: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.

³⁸ HARBAUM, Lutz-Philipp: Pariser Dilemmata im Prozess der deutschen Wiedervereinigung, Bonn 2008.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ ZELIKOW, Philip/RICE, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

Werkes einher: Durch die Beschränkung auf die Weltmächte USA und Sowjetunion fällt automatisch den europäischen Akteuren wie Frankreich und Großbritannien ein geringeres Gewicht zu. Bortfeldt⁴¹ geht in seiner Publikation im Gegensatz zu Zelikow/Rice nicht rein chronologisch, aber thematisch-chronologisch vor: Er beschreibt den amerikanischen Rahmen, die diplomatischen Aktivitäten und schließlich auch die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die US-amerikanischen Wahlen. Mit Zelikow/Rice befindet er sich aber inhaltlich auf einer Linie: Beide gehen von einer US-amerikanischen Zurückhaltung, gar einem Zögern nach Mauerfall aus, welches sich aber nach den ersten Wochen in die uneingeschränkte Unterstützung der Einigungsbestrebungen verwandelte. Jens Knappe⁴² unterstreicht die Pragmatik der USA bei der Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen: Sie brachte den Vereinigten Staaten nämlich nichts Geringeres als den Sieg im Kalten Krieg.

Schlussendlich gibt es für die Sowjetunion ebenfalls bereits eine Reihe von Publikationen: Zu den älteren in diesem Teilbereich zählen definitiv Kuhn⁴³ und Pawlow⁴⁴; Kuhn besticht weniger durch Analyse als durch eine reine Sammlung von Zeitzeugengesprächen, welche 1993 im Vorfeld des Filmes „Gorbatschow und die deutsche Einheit“ geführt wurden. Pawlow ist eine der ersten russischen Publikationen zur Wiedervereinigung und ein eher deskriptiver, kaum belegter ereignisgeschichtlicher Abriss in Retrospektive. Beide Werke finden aufgrund ihrer besonderen Natur in dieser Arbeit keine Verwendung. Biermann⁴⁵ war mit seiner Dissertation 1997 eine der ersten nennenswerten deutschsprachigen Publikationen zu dem Themenkomplex. Er teilt die deutsche Wiedervereinigung in ganze neun Phasen und lässt diese

⁴¹ BORTFELDT, Heinrich: Washington-Bonn-Berlin: Die USA und die deutsche Einheit, Bonn 1993.

⁴² KNAPPE, Jens: „Pragmatischer Partner - Die Einheit als Ziel der US-Diplomatie 1989/90.“ in: BRUCK, Elke/WAGNER, Peter (Hrsg.): Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der dt. Einheit (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 6) München 1996, S. 70-91.

⁴³ KUHN, Ekkehard: Gorbatschow und die deutsche Einheit - Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten, Bonn 1993.

⁴⁴ PAWLOW, Nikolai: Die deutsche Vereinigung aus sowjet-russischer Perspektive - Ein Bericht zur Lösung der deutschen Frage, versehen mit Kommentaren und historischen Rückblicken, Frankfurt a.M. 1996

⁴⁵ BIERMANN, Rafael: Zwischen Kreml und Kanzleramt - Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, München 1997.

bereits im Amtsantritt Gorbatschows beginnen. Natürlich bleiben aufgrund des Publikationsjahres die inzwischen zu Verfügung stehenden Quellen in Biermanns Arbeit unberücksichtigt. Adomeit⁴⁶ versucht in seiner Arbeit, die Rolle der Sowjetunion in der Teilung und Vereinigung Deutschlands nachzuvollziehen. Mit der gleichen, quellentechischen Problematik wie Biermann konfrontiert, kommt er doch zu dem Ergebnis, dass die Deutschlandpolitik der Sowjetunion weder 1945 noch in den Wendejahren einen vorgefassten Plan folgte: Sowohl die Teilung als auch die Einigung und die NATO-Mitgliedschaft ergaben sich, aus Mangel besserer Alternativen, aus dem Lauf der Geschichte heraus. Die beiden jüngsten landesspezifischen Publikationen gehen beide einen ähnlichen Weg: Beide arbeiten im Sinne von Loth mit gegenseitigen Wahrnehmungen, Ploetz⁴⁷ geht davon aus, dass der Bruch Gorbatschows mit althergebrachten sowjetischen Wahrnehmungen und Feindbildern erst die deutsche Einheit und das Ende des Ost-West-Konflikts ermöglichte. Platos⁴⁸ Publikation entfernt sich als eine der ersten von der westlichen Perspektive einer amerikanisch-westdeutschen Präponderanz auf dem Weg zur Einheit, er stellt diese im Viereck Berlin-Moskau-Washington-Bonn dar. Die Handlungen der Akteure an den jeweils entscheidenden Stellen werden als Reaktionen auf die Wahrnehmung des jeweils anderen angesehen.⁴⁹

Die Arbeit gliedert sich in vier große Abschnitte. Die Einleitung soll sowohl methodisch als auch inhaltlich die Fundamente legen. In einem zweiten Abschnitt soll die Tradition der „Deutschen Frage“ als Gegenstand internationaler Vereinbarungen aufgezeigt werden. Die kontinuierlich internationale Dimension deutscher Staatlichkeit der letzten 200 Jahre soll anhand insgesamt vier Stationen verdeutlicht

⁴⁶ ADOMEIT, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 48), Baden-Baden 1998.

⁴⁷ PLOETZ 2000.

⁴⁸ PLATO, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002.

⁴⁹ Beispielsweise ist hier die Entstehung des Zehn-Punkte-Plans Helmut Kohls zu nennen und dessen Auswirkungen auf das Verhalten der Sowjetunion im weiteren Einigungsprozess. Siehe Ebd. S.113-115.

werden: Über die Wiener Neuordnung von 1815, die Pariser Vorortverträge 1919 und Deutschland 1945 gelangt die Arbeit schließlich zu den Wendejahren 1989/1990 und dem Ende des Ost-West-Konflikts, welche als vierte Station der „Deutschen Frage“ beleuchtet werden. Die Analyse des Verhaltens von Ost und West an dieser vierten Station erfolgt block- und innerhalb der Blöcke landesspezifisch: Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika werden in dieser Reihenfolge bzgl. ihrer Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen untersucht. Im darauffolgenden Punkt wird die Sowjetunion als Siegermacht des Ostens im Einigungsprozess analysiert. Den letzte Punkt der Analyse bildet der Vergleich: Hier soll das Verhalten der vier Siegermächte gegenübergestellt, eingeordnet und historisch begründet sowie die Wiedervereinigung in das Ende des Ost-West-Konflikts eingebettet werden. In der Schlussbetrachtung wird die Wiedervereinigung in ihre historische Kontinuität eingebettet, die eingangs aufgeworfenen Fragen finden an dieser Stelle ihre Antwort.

II DIE „DEUTSCHE FRAGE“ ALS GEGENSTAND DER GROSSMACHTPOLITIK DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

1 Die Wiener Neuordnung und die Frage nach der deutschen Staatlichkeit

Die Ereignisse des Herbsts 1989, die mit dem Fall der Berliner Mauer ihren Kulminationspunkt erreichten, warfen bezüglich der politischen Landschaft der Mitte Europas neue Fragen auf. Doch war dieses Ensemble von Fragen und Problematiken, die es nun zu lösen galt, keineswegs ein Novum in der europäischen Geschichte, im Gegenteil: Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es sich bei der im Herbst 1989 aufgeworfenen „Deutschen Frage“ um eine Art „alten Bekannten“ handelt, welcher immer wieder Gegenstand und Problematik internationaler Vereinbarungen war. 1989/90 war dies zum vierten Mal in knapp zweihundert Jahren europäischer Geschichte der Fall. In den nun folgenden Abschnitten soll ein kurzer Blick auf die einzelnen Stationen der „Deutschen Frage“ geworfen werden, angefangen bei der Wiener Neuordnung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in das Zeitalter des Ost-West-Konflikts⁵⁰. Letzterer sollte für lange Zeit den Rahmen der deutschen Staatlichkeit bilden und sie maßgeblich mitbestimmen. Die Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 stellte in doppelter Hinsicht einen Endpunkt dar: Das Ende der fast 200jährigen Suche nach der geeignetsten Form für einen deutschen Nationalstaat einerseits und das Ende der bipolaren Welt andererseits.

Die Forschung nähert sich der „Deutschen Frage“ auf unterschiedliche Art und Weise: Laut Doering-Manteuffel stellt sie das Streben nach der Verwirklichung eines deutschen Nationalstaats zwischen den divergierenden Interessen Preußens und Österreichs im 19. Jahrhundert dar⁵¹, laut Gruner ist sie unterteilbar in einen

⁵⁰ Zur Definition des Begriffs „Ost-West-Konflikt“ siehe I/2 dieser Arbeit.

⁵¹ DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815-1871 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 15) München 2010, Vorwort des Verfassers.

politischen und einen historischen Begriff.⁵² Einigkeit besteht in jedem Fall über den Kern dieses Begriffs: Die „Deutsche Frage“ bezeichnet die Frage um deutsche Verfasstheit und Staatlichkeit, welche aufgrund der sich stetig verändernden weltpolitischen Rahmenbedingungen immer wieder aufgeworfen wurde. Hierdurch wurde eine internationale Dimension deutscher Staatlichkeit erzeugt.⁵³ Kaum ein anderes Land in Europa änderte so häufig im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts sein politisches Gesicht wie Deutschland und kaum eine Staatsentwicklung weist in solchem Maße eine internationale Dimension auf wie die deutsche. Exogene Faktoren und internationale Akteure sind somit maßgeblich für die Geschichte deutscher Staatlichkeit.⁵⁴ Voraussetzung für jede neue Etappe deutscher Verfasstheit ist die Auflösung oder gar der Zusammenbruch gewesener Strukturen, so auch 1806, das Jahr, in welchem das Ende des fast tausendjährigen Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation durch den Reichsdeputationshauptschluss besiegelt wurde.⁵⁵

Mit der Wiener Neuordnung, einem dicht gewebten Netzwerk von Verträgen, welche zwischen 1814/15 und 1822 konzipiert wurden, wurde nicht nur Europa territorial und politisch neu geordnet, es wurden auch und vor allem die zukünftigen Handlungsmuster europäischer Großmachtpolitik festgeschrieben. Diese sollte fortan, den monarchischem Prinzip folgend, antirevolutionär, vor allem aber anti-hegemonial sein. Ermöglicht wurde somit die Bewahrung des Friedens auf dem europäischen Kontinent durch Vorbeugung einer einen Krieg mit europäischen Ausmaßen nach sich ziehenden Revolution. Die Eindämmung jeglicher hegemonistischer Bestrebungen durch den engen, gegenseitigen Bezug der verschiedenen Außenpolitiken aufeinander war ein weiteres Ziel und gleichzeitig ein Ergebnis der Wiener Neuordnung.⁵⁶ Das sogenannte „Europäische Konzert“⁵⁷ der

⁵² GRUNER, Wolf D.: Die deutsche Frage in Europa 1800-1990, München-Zürich 1993, S. 23-25.

⁵³ SCHÖLLGEN, Gregor: Deutsche Außenpolitik - Von 1945 bis in die Gegenwart, München 2013, S. 9.

⁵⁴ Ebd., S. 318.

⁵⁵ Ebd., S. 9.

⁵⁶ DOERING-MANTEUFFEL 2000, S. 97-99.

⁵⁷ Für genauere Ausführungen bzgl. des „Europäischen Konzerts“, sein Handlungsrepertoire und das Funktionieren des Konferenzsystems siehe SCHULZ, Matthias: Normen und Praxis – Das europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat 1815-1860 (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 21) München 2009.

Großmächte diente letzteren als Instrument zur Umsetzung dieser Politik. Die Wiener Schlussakte, von Webster auch als „Charta Europas“⁵⁸ bezeichnet, eröffnete ein vergleichsweise friedliches Jahrhundert, getragen durch die völkerrechtlichen Verbindlichkeiten des nachnapoleonischen Mächtesystems.⁵⁹ Folglich stellte aber jede Nationalstaatsgründung oder in diese Richtung gehende Ambitionen eine Gefahr für das auf einer *balance of power* beruhendem System zwischen den an der Pentarchie beteiligten Großmächten dar.⁶⁰ Die sich mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches zum ersten Mal stellende „Deutsche Frage“ mit der Gründung eines deutschen Nationalstaats nach englischem oder französischem Vorbild zu lösen war demnach von internationaler Seite her keine Option.⁶¹ Doch auch die deutschen Fürsten stellten sich vehement gegen einen, ihnen ihre Souveränität raubenden Nationalstaat.⁶² Das neue, wie auch immer geartete Gesicht Mitteleuropas sollte sich gegen potentielle hegemoniale Bestrebungen vonseiten Frankreichs oder Russlands behaupten können, gleichwohl aber nicht so viel Macht akkumulieren, dass es selbst eines Tages zur Gefahr für das europäische Gleichgewicht werden könnte.⁶³ Die bereits im Ersten Pariser Frieden von 1814 getroffene, völkerrechtlich verbindliche Vorentscheidung zur zukünftigen Staatlichkeit Deutschlands, welche einen festeren Zusammenschluss der deutschen Einzelstaaten, jedoch „nur“ durch ein

⁵⁸ WEBSTER, Charles Kingsley: The foreign policy of Castlereagh 1815-1822, London 1963.

⁵⁹ LANGEWIESCHE, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd.13) München 2004, S. 6.

⁶⁰ FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress (Oldenburger Grundriss der Geschichte Bd. 12) München 2001, S. 131.

⁶¹ HAHN, Hans-Werner/BERDING, Helmut: Reformen, Restauration und Transformation (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte Bd. 14) Stuttgart 2010, hier 102-104.

⁶² „Die Friedensordnung, die der Wiener Kongress zuwege brachte, wirkte nicht nur als Kampfansage an den deutschen Nationalismus; sie war auch so gemeint. Da die alten Gewalten nicht zusammengebrochen waren, vielmehr gestärkt aus dem Kampf gegen Napoleon hervorgingen, dachten sie nicht ernsthaft daran, Macht an ein Gedankengebilde namens deutsche Nation abzutreten und dieses eben dadurch ins Reich der Wirklichkeit eintreten zu lassen.“ in: WINKLER, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, S. 70-71.

⁶³ LANGEWIESCHE 2004, S. 8.

„föderatives Band“⁶⁴, vorsah, stieß also auch auf dem Wiener Kongress selbst auf Anklang. Das Ergebnis der sich, trotz existierenden Konsens’, als schwierig erweisenden Verhandlungen war letztendlich der Deutsche Bund.⁶⁵ „Als Gehäuse dieser Mischung aus Ohnmacht und Widerstandskraft geschaffen (...)“⁶⁶ wurde diese Verfasstheit Deutschlands durch die Unterschrift der Deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815⁶⁷ aller am Wiener Kongress beteiligten Akteure auf gesamteuropäischer und damit internationaler Ebene anerkannt.⁶⁸ Die internationale Dimension des ersten deutschen Verfassungsdokument der Neuesten Geschichte zeigt sich aber auch in der Tatsache, dass von den anfangs 38 souveränen Teilstaaten drei von nichtdeutschen Landesherren in Personalunion regiert wurden: Der britische Monarch war zugleich der König von Hannover, der König der Vereinigten Niederlande der Großherzog von Luxemburg und das dänische Königshaus stellte den Herzog von Holstein und Lauenburg.⁶⁹

Deutsche Staatlichkeit ist seitdem weit davon entfernt, eine rein nationale Angelegenheit der Deutschen zu sein. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts verbürgen sich die europäischen Akteure auf völkerrechtlicher Ebene für die Stabilität und Beständigkeit der Mitte Europas, im Namen eines den europäischen Frieden erhaltenden Gleichgewichts der Mächte. Im Unterschied zu den folgenden Stationen, an welchen sich die „Deutsche Frage“ mit noch größerem Nachdruck stellen sollte, ist der Deutsche Bund das Produkt internationaler Verhandlungen, über welches die deutschen Staaten auf gleichberechtigter Basis mit den anderen europäischen Großmächten

⁶⁴ Erster Pariser Frieden 30. Mai 1814 in : GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts*. Bd. II, Berlin/NY 1988, S. 285. Für weitere, auf dem Wiener Kongress gemachte Vorschläge bzgl. der Verfasstheit Deutschlands siehe HAHN 2010, S. 108-109.

⁶⁵ Zu Aufbau, Funktion und Kompetenzen des Deutschen Bundes siehe: LANGEWIESCHE 2004, S. 8ff. und HAHN 2010, S. 110ff.. Für die Bewertung des Deutschen Bundes in der Forschung siehe: HAHN 2010, S. 110ff. und MÜLLER, Jürgen: *Der Deutsche Bund 1815-1866* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 78) München 2006, S. 51ff..

⁶⁶ LANGEWIESCHE 2004, S. 8.

⁶⁷ Deutsche Bundesakte/Wien vom 8. Juni 1815 in : GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts*. Bd. III/1, Berlin/NY 1992, S. 174.

⁶⁸ LANGEWIESCHE 2004, S. 8.

⁶⁹ HAHN 2010, S. 110.

entschieden haben. Mehr noch, die deutschen Mächte, allen voran Preußen und Österreich, aber auch die deutschen Mittelstaaten, gehörten zu der siegreichen Allianz gegen das napoleonische Frankreich. Im 20. Jahrhundert jedoch sollte sich Deutschland den alliierten Siegermächten gegenüber sehen. Deutsche Staatlichkeit des vergangenen Jahrhunderts ist somit nicht nur das Produkt exogener Faktoren, sondern einmal mehr das Ergebnis internationaler Verhandlungen, bei welchen Deutschland selbst eine untergeordnete bis gar keine Rolle mehr spielen sollte.

2 Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg: Die Pariser Vorort-Verträge 1919

Mit dieser Situation sah sich der noch nicht einmal fünfzig Jahre alte deutsche Nationalstaat bei Kriegsende 1918 und bei den daran anschließenden Pariser Vorortverträgen konfrontiert. Die „Deutsche Frage“ stellte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit Vehemenz, war ganz Europa doch Zeuge der Verwüstung und des unendlichen Leids, welches der Große Krieg über den Kontinent gebracht hatte.

Schon während des Krieges wurde auf alliierter Seite über ein mögliches „démembrement“⁷⁰ Deutschlands und damit eine Zerstückelung des noch jungen deutschen Territorialstaats in seine ursprünglichen Einzelstaaten diskutiert. Ebenfalls bestand bis zum Ende des Krieges und darüber hinaus Unklarheit über den Umgang mit den Besiegten: Ein mögliches Machtdiktat stand einer auf den Prinzipien des Gleichgewichts und der internationalen Kooperation ausgelegten Nachkriegsordnung – also ein der Wiener Neuordnung ein Jahrhundert zuvor stark ähnelndes System – gegenüber.⁷¹ Das Ergebnis der Konsultationen in Versailles und den anderen Pariser Vororten sollte die Handlungsmuster der Akteure der internationalen Beziehungen nach 1919 maßgeblich bestimmen: Eine auf die Modifizierung und Festigung oder aber auf die komplette Revision des Pariser Status quo ausgelegte Politik kennzeichnete die Versailler

⁷⁰ GRUNER 1993, S. 176.

⁷¹ Ebd.

Nachkriegsordnung.⁷² Kernstück dieser Nachkriegsordnung war – wie auch schon in der napoleonischen Ära – die territoriale und politische Neuorganisation der Mitte Europas, das Herz einer zukünftigen europäischen und internationalen Friedensordnung.⁷³ Die „Deutsche Frage“ hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum ersten Mal ihren rein europäischen Bezugsrahmen verlassen: Nach dem Ersten Weltkrieg war die Organisation Deutschlands eine Frage von weltpolitischer Relevanz.⁷⁴ Diesbezüglich stellten sich den Alliierten zwei Handlungsmöglichkeiten: Die komplette Niederwerfung Deutschlands in einem Siegfrieden, welche die Aberkennung des Großmachtsstatus, zahlreiche Gebietsabtrennungen an die Nachbarn und die endgültige Zerschlagung des deutschen Nationalstaats in mehrerer souveräne, völkerrechtlich anerkannte Einzelstaaten bedeutet hätte. Oder aber die Möglichkeit eines Ausgleichsfriedens mit dem Ziel einer dauerhaften europäischen und internationalen Friedensordnung: Deutschland würde bei dieser Version seinen Großmachtstatus behalten und eng in das neue internationale System der Pariser Vorortverträge eingebunden werden.⁷⁵

Den Entscheidungsprozess erschwerte jedoch die Tatsache, dass die Alliierten selbst sich nicht nur in unterschiedlichen Ausgangspositionen befanden, sondern auch ihre Ziele bzgl. der Nachkriegsordnung sehr unterschiedlich waren. Die Haltung Frankreichs stand ganz unter dem Eindruck der Kriegsschäden, welche in das Land, sowohl aus territorialer, aber vor allem aus psychologischer Sicht heraus, tiefe Narben gebrannt hatten.⁷⁶ Daher zielte seine Politik bzgl. Deutschlands in erster Linie auf die Befriedigung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses ab, welche es durch Gebietsabtrennungen, Reparationszahlungen (welche durchaus auch zum eigenen Schuldenausgleich dienen sollten)⁷⁷ und durch Rüstungsbeschränkungen zu decken versuchte. Großbritannien hingegen setzte sich mehr für eine Verwirklichung des alten *balance of power*-Gedanken auf dem Kontinent

⁷² KOLB, Eberhard/SCHUMANN, Dirk: Die Weimarer Republik (Oldenbourger Grundriss der Geschichte Bd. 16) München ⁸2013, S. 238.

⁷³ GRUNER 1993, S. 176.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd., S. 181.

⁷⁶ NIEDHARDT, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 53) München ³2013, S. 3.

⁷⁷ BÜTTNER, Ursula: Weimar – Die überforderte Republik 1918-1933 (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte Bd.18) Stuttgart ¹⁰2010, S. 173-715, S. 350.

ein, mit Hilfe dessen mögliche Hegemonialbestrebungen von Seiten eines zukünftigen Deutschlands, aber auch von Frankreich eingedämmt werden könnten. Außerdem sah das Vereinigte Königreich in einem zu geschwächten Deutschland eher einen Schaden denn einen Nutzen für das europäische Mächtesystem, da ein schwaches Deutschland potentiellen bolschewistisch-kommunistischen Hegemonialbestrebungen wenig entgegenzusetzen hätte.⁷⁸ Ähnlich wie die Vereinigten Staaten war Großbritannien daher eher an einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mit Blick auf dessen Nutzen für die gesamte Weltwirtschaft interessiert.⁷⁹ Zwischen diesen, schon innerhalb der alliierten Siegermächte divergierenden Interessen und den auf Basis der Vierzehn Punkte Wilsons argumentierenden Deutschen galt es nun in den internationalen Verhandlungen einen gemeinsamen Konsens zu finden.⁸⁰ Hinzu kam, dass dieser nun anstehende Friedensschluss nicht mehr nur alleinige Sache der Diplomaten war: Diese standen unter dem gewichtigen Eindruck der Forderungen ihrer jeweiligen nationalen Öffentlichkeit: Der Friede musste den in allen beteiligten Ländern vorherrschenden Erwartungen gerecht werden, in welchen ein gemeinsamer Konsens vorherrschte: Die Forderung, dass Deutschland für alle verursachten Schäden, sowohl materieller als auch psychologischer Art, zur Verantwortung gezogen wird.⁸¹

Trotz der Tatsache, dass die Friedenskonferenz von alliierter Seite aus seit 1916 akribisch vorbereitet worden war, war der langwierige Prozess der Koordination und Abstimmung zu Kriegsende noch nicht abgeschlossen.⁸² Allen Widrigkeiten zum Trotz wurden mit dem Ziel der kollektiven Sicherheit am 18. Januar 1919 die Friedenskonferenzen zur Festlegung der Nachkriegsordnung vom Raymond Pointcaré eröffnet.⁸³ In sechzig Kommissionen bestehend aus den Teilnehmern der insgesamt siebenundzwanzig Siegermächte (die fünf besiegten Mächte durften lediglich schriftliche Stellungnahmen einreichen) wurde fortan über das Gesicht des zukünftigen Europas verhandelt. Die wesentlichen Entscheidungen fielen jedoch im so-

⁷⁸ KOLB, Eberhard: Deutschland 1918-1933 – Eine Geschichte der Weimarer Republik, München 2010, S. 41-42.

⁷⁹ BÜTTNER 2010, S. 350.

⁸⁰ GRUNER 1993, S. 180.

⁸¹ BÜTTNER 2010, S. 349.

⁸² GRUNER 1993, S. 179.

⁸³ KOLB 2010, S. 37.

genannten „Rat der Vier“⁸⁴, welcher die Regierungschefs von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien vereinte.⁸⁵ Der hier ausgearbeitete Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich⁸⁶, besser bekannt unter der Bezeichnung „Versailler Vertrag“, sah für Deutschland einen Verlust seines Territoriums um 13% vor, was einen gleichzeitigen Bevölkerungsverlust von 10% bedeutete. Neben dem Verlust sämtlicher Kolonien bedeutete das erhebliche Einschnitte in puncto landwirtschaftlicher Nutzfläche, in Eisen- und Kohlevorkommen sowie in der Stahlproduktion.⁸⁷

Für die Siegermächte ergab sich aus den Pariser Vorortverträgen, auch und besonders in Bezug auf Deutschland, eine Ordnung, welche als angemessen und fair empfunden wurde: Deutschland wurde als „kritische Größenordnung für Europa und die internationale Ordnung“⁸⁸ entschärft, das Interesse seiner Nachbarn durch Gebietsabtretungen und durch die enge Einbindung des neuen deutschen Staates in den Völkerbund befriedigt. Gleichzeitig behielt Deutschland seinen National- und Einheitsstaat bei.⁸⁹ Die Chance, auch in Zukunft wieder eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Führungsrolle auf der Weltbühne zu spielen, wurde ihm also nicht genommen, einem Neuanfang wurde der Weg nicht versperrt.⁹⁰ Von allen Großmächten besaß Deutschland allerdings, trotz aller Einschnitte und Abtretungen, immer noch das entwicklungsfähigste Potential, dessen Nutzung nun in deutschen Händen lag: Zwischen der Nutzung als „mitteleuropäischer Stabilisator des neu formierten Regionalsystems“⁹¹ oder aber im schlimmsten Fall neuen Hegemonialbestrebungen und damit der Erschütterung der internationalen Ordnung der Pariser Vorortverträge war alles möglich.⁹²

⁸⁴ BÜTTNER 2010, S. 352.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich/Versailles vom 28. Juni 1919 in : GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts*. Bd. III/2, Berlin/NY 1992, S. 683.

⁸⁷ BÜTTNER 2010, S. 353.

⁸⁸ GRUNER 1993, S. 181.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ BÜTTNER 2010, S. 358.

⁹¹ GRUNER 1993, S. 181.

⁹² Ebd.

Trotz der hehren Zielsetzung, ein System der kollektiven Sicherheit unter dem Eindruck einer neuen *balance of power* auf dem Kontinent zu installieren, sollte es der Pariser Nachkriegsordnung nicht vergönnt sein, eine dauerhafte zu sein, zu umfassend war von Beginn an die Kritik an der Gesamtheit des Vertragswerks.⁹³ Allen voran rechte Strömungen in der deutschen Politik sollten den zweiten der oben aufgezeigten Wege für Deutschland einschlagen und sich die Revision der Versailler Nachkriegsordnung als Voraussetzung für ein wieder erstärkendes Deutschland auf die Fahnen schreiben. „Die verhängnisvollen Langzeitwirkungen des Versailler Vertrags wurden weniger durch seinen tatsächlichen Inhalt als durch seine irrationale Behandlung in Deutschland hervorgerufen.“⁹⁴ Die „Deutsche Frage“ war somit nicht endgültig gelöst, zu groß waren die Ressentiments in Teilen der deutschen Bevölkerung gegen das vermeintliche „Schanddiktat“ von Versailles, die im Verlauf des kommenden Jahrzehnts immer mehr an Gewicht gewinnen sollten. Dass sich die Frage nach deutscher Staatlichkeit allerdings in weniger als drei Jahrzehnten wieder stellen sollte, dass ein Krieg, der an Grausamkeiten und Opfern den gerade überstandenen noch weit übertreffend, den Kontinent verwüsten sollte und Deutschland 1945 lediglich ein imaginäres Konstrukt in den Köpfen der ehemaligen Reichsbürger sein sollte, das ahnte 1919 in Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly wohl niemand.

⁹³ KOLB 2010, S. 35.

⁹⁴ BÜTTNER 2010, S. 358. Für weitere Details zur Rezeption des Versailler Vertrags im deutschen Forschungsdiskurs sowie seine Neubewertung siehe: KOLB/SCHUMANN 2013, S. 240-243.

3 Die „Deutsche Frage“ im Zeitalter des Ost-West-Konflikts

3.1 Deutschland 1945 und der Beginn der Blockbildung

Deutschland 1945 – das war nunmehr lediglich ein „geographischer Begriff“⁹⁵, jegliche weitere Entscheidungsgewalt bzgl. des politischen Gesichts eines zukünftigen Deutschlands oblag den alliierten Besatzungsmächten. Ähnlich wie schon im Ersten Weltkrieg diskutierte man auf alliierter Seite bereits während des Krieges über ein weiteres Vorgehen bzgl. des Deutschen Reichs. Ganze drei Mal trafen sich die „Großen Drei“⁹⁶ – die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens – während des Krieges. Für die Zukunft Deutschlands besonders relevant waren die Treffen in Teheran 1943 und in Potsdam 1945. In Potsdam war hier allerdings von der ursprünglichen Besetzung lediglich Joseph Stalin übrig geblieben: Nach Roosevelts Tod vertrat der neue US-Präsident Harry S. Truman die Vereinigten Staaten, und Großbritannien wurde, durch das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen bedingt, nunmehr nicht mehr durch Winston Churchill sondern Clement Attlee repräsentiert.⁹⁷

Noch im Oktober 1943, bereits vor dem ersten Treffen der „Großen Drei“ in Teheran im November, teilte Roosevelt seinem Außenminister Cordell Hull seine vorläufigen Pläne bezüglich Deutschlands mit: Es dürfe weder über eine Armee noch Rüstungsindustrie verfügen, Ostpreußen solle vom restlichen Reich abgetrennt werden und eine Aufteilung in mehrere, unabhängige Staaten sei anzuvisieren. Dieser erste Vorschlag bzgl. Deutschlands traf in Moskau auf Anklang, der britische Außenminister Anthony Eden versicherte seinem amerikanischen Amtskollegen, dass auch er eine Aufteilung in kleinere Staaten unter Abtrennung Preußens befürwortete.⁹⁸ Schon in Moskau einigten sich die Außenminister der Anti-Hitler-Koalition auf

⁹⁵ SCHÖLLGEN 2013, S. 15.

⁹⁶ Ebd., S. 16.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ GÖRTEMAKER, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe Bd. 380) Bonn 2004, S. 14-15.

den Einsatz einer „Europäischen Beratenden Kommission“⁹⁹ (European Advisory Commission) zur „(...) Sicherung engster Zusammenarbeit (...) bei der Prüfung der europäischen Fragen, die mit der Fortentwicklung des Krieges auftauchen.“¹⁰⁰ Im Rahmen dieser Kommission in London wurde bereits im Januar 1944 ein folgenreicher Vorschlag gemacht: Die Linie Lübeck-Helmstedt-Eisenach-Hof als Grenze zwischen den zukünftigen westlichen und der östlichen Besatzungszone anzusehen.¹⁰¹

Einen Monat später, auf der Konferenz von Teheran, kamen Stalin, Roosevelt und Churchill erneut zusammen, um eine gemeinsame politische Linie abzustecken. Allerdings brachte Teheran noch wenig konkrete Beschlüsse mit sich, bedingt durch die Tatsache, dass das Kriegsende für alle Beteiligten noch in weiter Ferne lag. Was den Umgang mit den besiegten Deutschen betraf, bestand gemeinsamer Konsens über die komplette Entmilitarisierung und Entwaffnung, die Beseitigung sämtlicher „organisatorischer Formen des Nationalsozialismus“¹⁰² und die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Zu diesem Zweck wurde eine Besetzung Deutschlands durch die alliierten Siegermächte auf unbestimmte Zeit als unabdingbar angesehen.¹⁰³ Des Weiteren sah man die Zerstücklung Deutschlands noch als Basis eines europäischen Friedens an¹⁰⁴, in Teheran war die „Deutsche Frage“ „(...) im Prinzip noch unstrittig (...)“¹⁰⁵. Diese Einstellung sollte bereits im Verlauf des Jahres 1944 wieder revidiert werden, vor allem auf Treiben Großbritanniens, in dessen Augen Gesamtdeutschland zur Eindämmung des sowjetischen Machtbereichs nötig war.¹⁰⁶

Während des Krieges wurden keine weiteren konkreteren Pläne bzgl. Deutschlands verlautbar. Die Mächte der Anti-Hitler-Koalition waren sich ihrer unterschiedlichen Interessen bzgl. der Zukunft Deutschlands wohl bewusst, kein anderes Thema war bereits zu

⁹⁹ Communiqué der Dreier-Konferenz/Moskau vom 1. November 1943 in: GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts*. Bd. III/2, Berlin/NY 1992, S. 1290.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ SCHÖLLGEN 2013, S. 19.

¹⁰² GÖRTEMAKER 2004, S. 15:

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ DÜLFFER, Jost: *Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990* (Oldenbourger Grundriss der Geschichte Bd. 18) München 2004, S. 10.

¹⁰⁵ GÖRTEMAKER 2004, S. 15.

¹⁰⁶ GÖRTEMAKER 2004, S. 15.

diesem Zeitpunkt so prädestiniert wie die „Deutsche Frage“ die bestehenden Differenzen offen zu legen. Auch Diskussionen um eine mögliche Zerstückelung Deutschlands in mehrere, souveräne Einzelstaaten und damit eine Rückführung auf die Struktur des Alten Reiches bzw. des Deutschen Bundes sind aus sicherheitspolitischer Sicht verständlich. Der Wille zur Erhaltung des deutschen Staatsgebiets als Einheitsstaat war demnach, wie auch schon 1919, der Wirtschaftskraft Deutschlands und seiner Bedeutung für die internationalen Märkte geschuldet. Eine komplette Zerschlagung des organisch gewachsenen Wirtschaftsraum Deutschlands wurde als größerer Schaden denn Nutzen gesehen.¹⁰⁷ Letztendlich jedoch sollten ideologische Konfrontationen zwischen den beiden Blöcken stärker sein als dieser noch im Krieg gefundene Konsens.

Da auf der zweiten großen Kriegskonferenz der Anti-Hitler-Koalition in Jalta keinerlei weitere Vereinbarungen bzgl. Deutschlands getroffen wurden, stellte sich die „Deutsche Frage“ nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 nun im Juli und August in Potsdam umso dringender. Der Konferenz vorausgegangen waren Uneinigkeiten der Alliierten bzgl. der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen: Die Sowjetunion forderte Zahlungen aus dem gesamten deutschen Raum, schließlich verständigte man sich auf eine vorläufige Erhebung der Reparationen jeweils in der eigenen Besatzungszone.¹⁰⁸ Auch bei den Grenzen eines zukünftigen Deutschlands blieb der Dissens nicht aus: Die Westmächte, allen voran die USA unter Truman, zeigten sich verstimmt bzgl. der Tatsache, dass die Sowjetunion die Installation polnischer Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Grenze erlaubt und befürwortet hatte. Schließlich vertagte man diese Grenzfrage auf die zukünftige Friedenskonferenz; die polnische Verwaltung indessen wurde auch von den Westmächten als legitim anerkannt.¹⁰⁹ Diese Unstimmigkeiten waren bereits die Basis für das nach und nach sichtbar werdende Auseinanderdriften der Zonen, ab Mai 1945 wurde es für jeden der Beteiligten deutlich spürbar: Der

¹⁰⁷ GRUNER 1993, S. 208-209. Für die detaillierten Vorstellungen der einzelnen Siegermächte bzgl. des zukünftigen dt. Staatskörpers siehe: GRUNER 1993, S. 209-213.

¹⁰⁸ DÜLFFER 2004, S. 11-14.

¹⁰⁹ Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz Teil II; Bd. 4 Neueste Zeit 1914-1959, bearbeitet von Helmuth RÖNNEFARTH und Heinrich EULER, Würzburg 1959, S. 272.

Nationalsozialismus und der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg waren beendet, mit ihnen entfiel aber auch das einzige Moment, was Ost und West vereinte.¹¹⁰ Der Ost-West-Konflikt warf bereits 1945 seine Schatten voraus, die Fassade der Einigkeit der Anti-Hitler-Koalition wurde zunehmend brüchig, zu groß waren die Differenzen zwischen denen sich nun in Deutschland gegenüberstehenden Systemen: Die USA als führende Kraft unter den Westmächten machte sich für einen einheitlichen Weltmarkt mit demokratisch eingesetzten Regierungen stark.¹¹¹ Dieses stark liberal geprägte Weltbild stand ganz im Gegensatz zu den unter sowjetischer Federführung vorgenommenen Umgestaltungen in Osteuropa, deren Forderungen nach sowjetischer Mitsprache bzgl. Gesamtdeutschlands bereits ab 1946 vom Westen als expansionistisch-aggressiv wahrgenommen wurden.¹¹² Die Sowjetunion nach 1945 auf eine aggressive, auf Subversion der westlichen Gesellschaft drängende Macht zu reduzieren würde allerdings, nach Meinung der heutigen Forschung¹¹³, den Ereignissen in den Jahren nach dem Sieg über Hitlerdeutschland nicht gerecht werden und die Ursachen des sich anbahnenden Ost-West-Konflikts sträflich vereinfachen.

Die Analyse des Verhaltens einer anderen Macht und dessen Erklärungsversuche beruhen in erster Linie auf subjektiven, standortgebundenen Wahrnehmungen. Wahrnehmungen können fehlerhaft sein, auf der Bühne der Weltpolitik haben solche „Fehlwahrnehmungen“¹¹⁴, von welchen Loth im Falle der Entwicklung des Ost-West-Konflikts spricht, fatale Folgen: Eine ursprünglich nicht aggressiv angelegte Handlung, welche im besten Falle nur dem eigenen Sicherheitsbedürfnis dienen soll, kann so von der anderen Seite als Aggression angesehen werden. Wendet man diesen Mechanismus auf die Nachkriegszeit an, so zeichnet sich von der Entstehung des Ost-West-Konflikts ein viel nuancierteres Bild: Handlungsmotivation der Sowjetunion in den Nachkriegsjahren ist ein nach zwei Weltkriegen existenziell gewordenen Sicherheitsbedürfnis. Innere Konsolidierung nach den

¹¹⁰ DÜLFFER 2004, 5-6.

¹¹¹ Ebd., S. 12-13.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd. und LOTH, Wilfried: „Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Spaltung und Einigung“. in: ANSORGE, D./GEUENICH, D./LOTH, W. (Hrsg.): Wegmarken europäischer Zivilisation, Göttingen 2001, S. 372-384.

¹¹⁴ LOTH, 2001.

erlittenen Zerstörungen und die Sicherheit vor einem erneuten Überfall leiteten somit die sowjetische Nachkriegspolitik. Das Bestreben nach Sicherheit ist in diesem Fall auch ideell begründet, gelten doch dem Sozialismus die kapitalistischen Systeme aufgrund ihrer regelmäßigen Krisenanfälligkeit als „systembedingt aggressiv“¹¹⁵. Die Mitgestaltung des künftigen Deutschlands ist für die Sowjetunion nach 1945 somit gewissermaßen ein „kategorischer Imperativ“¹¹⁶, die Möglichkeit schlechthin, den zweifachen Aggressor nach eigenen Vorstellungen ein für alle Mal zu bändigen. Dieses Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, welches per se nicht aggressiv und defensiv motiviert war, konnte aber von den westlichen Siegermächten durchaus als expansionistisch-subversiv wahrgenommen werden. War die Umgestaltung der Staaten in Mitteleuropa nach Moskauer Gusto als Schaffung eines strategischen Vorfeldes zur Wahrung der sowjetischen Sicherheit gedacht, sah der Westen hierin die sukzessive Unterwanderung Europas durch den Kommunismus von Osten her.¹¹⁷ Die Tatsache, dass sich die Bildung dieses strategische Vorfeld in der Gründung Moskau-höriger Satellitenstaaten äußerte, ist laut Foschepoth der „(...) systembedingten Unfähigkeit des Stalinismus, unter demokratisch-pluralistischen Bedingungen erfolgreich zu operieren“¹¹⁸ geschuldet.

War nun folglich das Verhältnis von West und Ost von Anfang an auf gegenseitigen Unverständnis und Fehlwahrnehmungen durch beide Seiten begründet? Dülffer schreibt hierzu, dass bereits während des Krieges in den USA, aller systembedingten Differenzen zum Trotz, der sowjetische Anspruch auf eine eigene Einflusssphäre nach Kriegsende in Europa als verständlich und nachvollziehbar gewertet wurde. Allerdings fand mit dem Einzug Trumans in das Oval Office auch ein neuer Stil Eingang in die internationalen Politik der US-Regierung: Der dem Kommunismus systemimmanente Wille zur Expansion durch den Export der Revolution sei nur durch eine Politik der Stärke und Abschreckung aufzuhalten. Die bis zu diesem Zeitpunkt in

¹¹⁵ DÜLFFER 2004, S. 53.

¹¹⁶ GEYER, Dietrich: „Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg“, in: GEYER, Dietrich (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Wien 1972, S. 357.

¹¹⁷ DÜLFFER 2004, S. 53.

¹¹⁸ FOSCHEPOTH, Josef: „Einleitung“, in: FOSCHEPOTH, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage - Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, Göttingen 1985, S. 11-31, hier S. 17.

Washington vorhandenen auf Kooperation und gegenseitiges Verständnis zielenden Strömungen wurden somit durch eine auf Konfrontation setzende US-Politik verdrängt. Unter diesen Vorzeichen wandelten sich die Wahrnehmungen auf beiden Seiten hin zur Konfrontation, das gegenseitige Misstrauen wurde mehr und mehr verstärkt. Die auf beiden Seiten getroffenen Präventivmaßnahmen, jeweils aus dem eigenen Sicherheitsdilemma resultierend, ließen den Ost-West-Konflikt real werden. Die Unterstellung gegenüber dem gegnerischen Lager, per se aggressive Absichten zu hegen, bildete die Natur und imaginäre Komponente dieses Konflikts.¹¹⁹

Mit dem Wunsch nach Sicherheit und Konsolidierung des eigenen Machtbereichs fanden in der Nachkriegszeit an sich dem innenpolitischen Bereich angehörende Ziele Eingang in die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen. Der Primat der inneren Angelegenheiten, allen voran die Konsolidierung, sollte zu Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 erneut Eingang in die Politik der Sowjetunion finden und ihre Handlungen auf internationaler Ebene maßgeblich mitbestimmen.¹²⁰ Vorerst jedoch sollte dieser Konflikt für mehr als vierzig Jahre den Rahmen für die nun entstandenen beiden deutschen Staaten bilden, die – unterschiedlichen Blöcken angehörig jeweils für sich in Anspruch nahmen, das einzige, wahre Deutschland zu sein. Auf deutschen Boden wurde der Ost-West-Konflikt durch Zäune und Mauern Realität, die „Deutsche Frage“ bildete eines der wichtigsten Momente des Konflikts – jedoch nicht das einzige.¹²¹ Sie stellt aber dennoch ein Moment dar, welches seinesgleichen sucht, bedingt durch die Tatsache, dass sie sowohl am Anfang als auch am Ende dieses Konflikts eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielte, und gleichzeitig älter ist als der Konflikt selbst.

Mit der Gründung beider deutscher Staaten schien die „Deutsche Frage“ für lange Zeit geregelt, der alte bismarck'sche Traum für immer ausgeträumt zu sein. Jedoch sollte die Zeit, vor allem aber die Menschen auf der östlichen Seite des entstandenen Eisernen Vorhangs knapp vierzig Jahre später die Welt eines Besseren belehren, und damit die alten, schon fast tot geglaubten Geister einer deutschen Einheit wieder zum Leben erwecken.

¹¹⁹ LOTH 2001.

¹²⁰ Siehe Punkt III/2 und IV dieser Arbeit.

¹²¹ SCHÖLLGEN, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996, hier S. 469.

3.2 Deutsche Staatlichkeit in den Wendejahren 1989/90 und das Ende der bipolaren Welt

Im Sommer 1989 waren die nicht abreißen wollenden Flüchtlingsströme, welche sich von Ungarn nach Österreich ergossen und die Besetzung der Prager Botschaft durch verzweifelte DDR-Bürger, die sich hierdurch ihre Ausreise in die Bundesrepublik erhofften, lediglich die ersten Vorboten der weiteren Ereignisse.¹²² Der Einsturz der bereits sehr rissigen Fassade des vermeintlichen sozialistischen Paradieses war nicht mehr aufzuhalten, zu groß war das Verlangen der Menschen nach Reform, Demokratie und Freiheit – zahlreiche Demonstrationen im Oktober und November in Leipzig und anderen Städten zeugen davon.¹²³ Der Druck auf die DDR-Grenzposten durch die Menschenmassen, die auf die Pressemitteilung hin von Günther Schabowski an die Grenzübergänge nach Westberlin gekommen waren, tat ein Übriges: Die Schlagbäume gingen hoch, die Mauer „fiel“. ¹²⁴ Damit, so Willy Brandt bereits am 10. November, „(...) erleben wir, und das ist etwas Großes – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf – wir erleben, dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen.“¹²⁵

Und Deutschland? Endlich auf dem Wege zum Einheitsstaat nach 1945? Das mit den Ereignissen im Spätsommer und Herbst 1989 eine deutsche Einigung in den Bereich des Möglichen fiel, mussten alle Akteure – die einen mehr, die anderen weniger erfreut – anerkennen. Da waren sie wieder, die alten, gut bekannten Geister der deutschen Einheit, und zwar lebendiger, als viele das jemals für möglich gehalten hätten – schließlich schien ab 1949 die doppelte Staatsgründung die deutsche Teilung für immer besiegelt zu haben. Zwei konkurrierende Systeme, Ost und West, hatten das einstige Deutschland unter sich

¹²² GÖRTEMAKER 2004, S. 343-347.

¹²³ Ebd., S. 348-351.

¹²⁴ Ebd., S. 354-357.

¹²⁵ Nr. 56 Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, Brandt, vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin, 10. November 1989, in: Willy BRANDT, Berliner Ausgabe, hrsg. von Helga GREBING, Gregor SCHÖLLGEN und Heinrich August WINKLER, Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit, Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992, bearbeitet von Uwe MAI, Bernd ROTHER und Wolfgang SCHMIDT, Bonn 2009, S. 385-391, hier S. 388.

aufgeteilt. Doch die „Ironie der deutschen Geschichte“¹²⁶, so Andreas Wirsching, will, dass die deutsche Teilung ausgerechnet in dem Jahrzehnt ihr Ende findet, in welchem erstmals eine heranwachsende Generation die Teilstaatlichkeit als Normalzustand anerkennt. Ende dieses Jahrzehnts sahen sich die internationalen Entscheidungsträger wieder mit einem altbekannten „Sorgenkind“ konfrontiert: Die „Deutschen Frage“ wurde einmal mehr zum Gegenstand internationaler Konsultationen. Die begrenzte Souveränität, über welche die Bundesrepublik seit fast einem halben Jahrhundert verfügte, machte sie noch lange nicht zum alleinigen Entscheidungsträger in einem möglichen deutschen Einigungsprozess¹²⁷, denn die Rechte und Verantwortlichkeiten aus der Berliner Erklärung zur „Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands“¹²⁸ vom 5. Juni 1945 kamen auch jetzt, vierzig Jahre nach den beiden deutschen Staatsgründungen, zum Tragen.¹²⁹ Das Schicksal der Deutschen lag ein weiteres Mal in den Händen der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, allen voran in denen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.¹³⁰ Mit dem „deutschen Jahr 1989/90 (...)“¹³¹ wurde aber nicht nur die Frage nach einer passenden Staatsform für das deutsche Volk aufgeworfen, die „Revolution der Staatenwelt“¹³² katapultierte im November 1989 die internationale Staatenordnung mit einem Mal an die Schwelle zu einer neuen Zeit: Jetzt mussten Entscheidungen getroffen werden, die nicht nur die Realität der Deutschen nachhaltig verändern sollten, sondern die endgültig das Ende der Nachkriegsordnung, mehr als

¹²⁶ WIRSCHING, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert (C.H. Beck Wissen) München 2001, S. 117.

¹²⁷ SCHÖLLGEN 2013, S. 323.

¹²⁸ Berliner Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands vom 5. Juni 1945 in : MÜNCH, Ingo (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland, Bd. 1, 1976, S. 19-25.

¹²⁹ GÖRTEMAKER, Manfred: Die Berliner Republik - Wiedervereinigung und Neuorientierung, (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Bd. 16) Berlin 2009, S. 41.

¹³⁰ WOLFRUM, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990 (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 23) Stuttgart 2005, S. 539.

¹³¹ WIRSCHING 2001, S. 122.

¹³² WENTKER, Hermann: „Die Revolution der Staatenwelt und die Wiedervereinigung - Die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Problem der internationalen Politik.“, in: APELT, Andreas H. /GRÜNBAUM, Robert/GUTZEIT, Martin (Hrsg.): Der Weg zur Deutschen Einheit – Mythen und Legenden, Berlin 2010, S. 211-230, hier S. 230.

vierzig Jahre nach Kriegsende, besiegeln sollten. Und wiederum stehen die „Deutsche Frage“ in den Wendejahren und das internationale Staatensystem in Wechselwirkung zueinander: Wie 1945 stellt 1989/90 die internationale Großwetterlage die Weichen für das Schicksal der beiden deutschen Staaten. Jedoch beeinflusst auch die „Deutsche Frage“ das internationale Staatensystem: Dülffer geht hier sogar einen Schritt weiter, denn für ihn ist die endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ durch die Wiedervereinigung die *conditio sine qua non* für den Zusammenbruch des Ostblocks, und damit, in einem weiteren Schritt, für das Ende des Ost-West-Konflikts.¹³³ Das jedoch beides, die Einigung Deutschlands und die Auflösung der internationalen Nachkriegsordnung, friedlich verlaufen sollte und damit ganz im Kontrast zu den Ereignissen, die sie geschaffen hatten¹³⁴, standen, war mit Nichten von Anfang an klar. Ganz wie für die deutsche Einheit bestand auch für das endgültige Ende des Ost-West-Konflikts keine Zwangsläufigkeit.¹³⁵

Wie ist also das Ende dieses Konflikts, welcher mit der Teilung der beiden deutschen Staaten seinen Anfang nahm und auf dessen Ende die Lösung der „Deutschen Frage“ eine katalysatorische Wirkung hatte, zu erklären? In der Forschung existieren diesbezüglich unterschiedliche Ursachenbündel: Dülffer beispielsweise misst der Sogwirkung des Westens und der Reformunfähigkeit der sozialistischen Staaten trotz der internen Erkenntnis der Notwendigkeit letzterer große Bedeutung bei.¹³⁶ Rödder hingegen akzentuiert ein „kontingentes Zusammenwirken von Ursachen, Strukturen und persönlichen Handeln“¹³⁷. Allen Erklärungsansätzen ist jedoch gemein, dass sie die Gründe für das Ende dieses vierzigjährigen Konflikts im Osten suchen. Ploetz¹³⁸ und Garthoff¹³⁹ stimmen überein, dass der Führungswechsel im ZK der KPdSU hin zu Michail Gorbatschow einen Wandel in der sowjetischen Wahrnehmung des Westens bewirkte, der sich

¹³³ DÜLFFER 2004, S. 6.

¹³⁴ KAISER, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., Bergisch-Gladbach 1991, hier S. 20.

¹³⁵ WENTKER 2010, S. 230.

¹³⁶ DÜLFFER 2004, 110-11.

¹³⁷ RÖDDER 2009, S. 60.

¹³⁸ PLOETZ, Michael: Wie die Sowjetunion des Kalten Krieg verlor - Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin 2000, hier S. 14.

¹³⁹ GARTHOFF, Raymond: The Great Transition - American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994, hier S. 3.

alsbald auch in der konkreten Politik niederschlug: Das erste Mal wurde mit der Weltanschauung, welche den Westen als Feindbild stilisierte, gebrochen, dem Kommunismus seine systemimmanente Militanz entzogen¹⁴⁰ und Kooperation in den internationalen Beziehungen der Rivalität um das vermeintlich bessere Weltbild vorgezogen.¹⁴¹ Dieses Brechen mit der Tradition seiner zahlreichen Vorgänger, diese „Götterdämmerung“¹⁴², ließ den Ostblock schließlich vom „Revolutionsexport zur friedlichen Revolution“¹⁴³ im Inneren übergehen, die „Sinatra-Doktrin“¹⁴⁴ an die Stelle der Breschnew-Doktrin treten und das „Haus Europa“ die überkommene Denkweise in zwei gegensätzlichen Blöcken ersetzen.¹⁴⁵ Nicht also die internationale Entspannung ermöglichte ein Umdenken im Ostblock, erst der dortige Wandel machte den Weg frei für die Entspannung auf internationaler Ebene.¹⁴⁶ Die Erkenntnis, dass ohne Änderungen in der Außenpolitik sein ehrgeiziges Projekt der Perestroika im eigenen Land nicht durchzusetzen sein werde, ließen Gorbatschow mit den althergebrachten Traditionen im Umgang mit den Westen brechen¹⁴⁷, das Ja zur deutschen Einheit ist hier als das eindeutigste Beispiel anzuführen. Wie 1945 also spielte wieder der Wunsch zur inneren Konsolidierung des Landes bzw. des eigenen Machtbereichs eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das Gorbatschow hiermit aber auch den unaufhaltsamen und von ihm keinesfalls intendierten Niedergang des Sowjetimperiums herbeiführte, wurde ihm allerdings erst bewusst, als es zu einer Kursänderung bereits zu spät war.¹⁴⁸

¹⁴⁰ PLOETZ 2000, ebd.

¹⁴¹ GARTHOFF 1994, ebd.

¹⁴² PLOETZ 2000, ebd.

¹⁴³ Ebd., S. 325.

¹⁴⁴ In Anlehnung an Frank Sinatras Titel „I did it my Way“ eine Bezeichnung der neuen Laissez-Faire-Politik Gorbatschows gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts von Gennadi Gerassimow, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums. Siehe RÖDDER, Andreas: Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive, in: HJb 118 (1998), S. 223-260, hier S. 236, Anm. 13.

¹⁴⁵ Ebd., S. 236.

¹⁴⁶ RÖDDER 2009, S. 60.

¹⁴⁷ WEIDENFELD 1998, S. 42.

¹⁴⁸ PLOETZ 2000, S. 14.

Das Ende des Ost-West-Konflikts, welches maßgeblich ab 1985 durch den sowjetischen Führungswechsel beschleunigt wurde¹⁴⁹, und die Lösung der „Deutschen Frage“ fallen nicht umsonst gemeinsam in den Abschnitt des 20. Jahrhunderts, welcher von Lothar Rühl als „Zeitenwende“¹⁵⁰ bezeichnet wird, zu eng sind die Verbindungen, zu stark die Wechselwirkungen zwischen beiden Komplexen. Im Ringen um die staatliche Einheit wurde Deutschland in einem noch nie da gewesenen Verhandlungsmarathon ein letztes Mal Schauplatz der häufig gegensätzlichen Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen von Ost und West, ein letztes Mal war eine Konfrontation beider Blöcke nicht auszuschließen. Mit der deutschen Einheit ist das Ende des Ost-West-Konflikts besiegelt worden. Doch ist die Blockkonfrontation selbst nur eine Episode auf der langen, fast zweihundertjährigen Suche nach einer geeigneten Staatsform für die Deutschen. Mit dem 3. Oktober 1990 fand auch sie ein Ende.

¹⁴⁹ Bereits Anfang der 1980er war der Konflikt für PLOETZ lediglich ein „(...) merkwürdiger Anachronismus, den einzig der verbissene Wille einer kommunistischen Gerontokratie am Leben hielt. 1985 hatte eine Reihe von Todesfällen endlich die physische Grundlage dieses Konflikts aus dem Kreml entfernt.“

¹⁵⁰ RÜHL, Lothar: Zeitenwende in Europa. Der Wandel der Staatenwelt und der Bündnisse, Stuttgart 1990.

III „ZEITENWENDE“¹⁵¹ – OST UND WEST IM RINGEN UM DIE DEUTSCHE EINHEIT

1 DER WESTEN – Bedingungsloser Unterstützer der deutschen Einheitsbestrebungen?

1.1 GROSSBRITANNIEN – “Obstructive or Promoting“¹⁵²?

1.1.1 November 1989 – „Auf dem Kriegspfad“¹⁵³ gegen die deutsche Einheit

“Beware, the Reich is Reviving“¹⁵⁴! Unter diesem Titel erschien im Herbst 1989 ein Artikel von Conor Cruise O’Brien in der London Times, welcher in einem ganz eigenen Stil die Leserschaft an die deutsche Vergangenheit erinnerte: Die Wiederkehr eines deutschen Nationalstaats auf die Landkarte Europas zöge in jedem Falle die Gründung eines „Vierten Reichs“ durch deutsche Nationalisten nach sich.¹⁵⁵ Bezeichnend an diesem Artikel ist neben seinem Inhalt vor allem das Erscheinungsdatum: 31. Oktober 1989 – noch war die Mauer nicht offen, noch gab es keinen direkten Grund an eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu denken. Und doch, die sehr überspitzt formulierte Angst vor einem „Vierten Reich“ – mit anderen Worten, vor einem vereinigten Deutschland – spiegelte sich bereits im Herbst 1989 nicht nur in der Presse, aber auch im Verhalten der britischen Premierministerin wieder.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² KLEIN 1996.

¹⁵³ zitiert nach dem Publizisten George Urban, in: RÖDDER 2009, S. 158.

¹⁵⁴ Conor Cruise O’Brien: “Beware, the Reich is Reviving“, in: London Times vom 31.10.1989, zitiert nach WINKLER 2000, S. 575.

¹⁵⁵ “We are on the road to the Fourth Reich: a pan-German entity, commanding the full allegiance of German nationalists, and constituting a focus for national pride. (...) In the new, proud, united Germany, the nationalists will proclaim the Fourth Reich, for while the term Fourth Reich is associated with victory and periods of German ascendancy, Republic is associated with defeat and the ascendancy of alien values.”, zitiert nach HIMMLER 2001, S. 94.

Sehr häufig werden die Handlungsmuster des Vereinigten Königreichs im deutschen Einigungsprozess auf die seiner damaligen Regierungschefin beschränkt. Wie noch zu zeigen sein wird, ergibt sich bei genauer Analyse aber ein differenzierteres Bild: Margaret Thatcher war in den Wendejahren 1989/1990, sicherlich zu ihrem Bedauern, nicht Großbritannien.¹⁵⁶ In den ersten Monaten vor und nach Mauerfall war ihr Verhalten jedoch das, was die damaligen Akteure von Großbritannien am deutlichsten wahrnahmen – ein Verhalten geprägt von der Angst vor eben jenem übermächtigen Land von 80 Millionen Deutschen, welches im Times-Artikel beschrieben wurde. Aus diesem Grund beschränkt sich die Analyse in den ersten zwei Punkten¹⁵⁷ zum Vereinigten Königreich auf das Verhalten Margaret Thatchers.

In welchem Verhältnis stand die britische Regierungschefin zu Deutschland und den Deutschen? Margaret Thatcher war vielleicht der einzige Akteur im Einigungsprozess, dessen Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen von Beginn an klar formuliert waren. Trotz der Tatsache, dass für sie der Mauerfall überraschend kam, hielt sie an ihren Ordnungsprinzipien fest und blieb komplett in ihrer herkömmlichen Rhetorik.¹⁵⁸ Erst im März 1990 sollte sie bereit seien, diese schrittweise zu revidieren, jedoch nicht aufgrund einer höheren Einsicht, sondern schlichtweg aus der Erkenntnis heraus, bald jeglicher Gestaltungsmöglichkeit beraubt zu sein.¹⁵⁹ Sie sollte auch die Einzige sein, deren Verhalten von Beginn an offen, direkt und stringent war, sicherlich strikt gegen alles, was mit einer deutschen Einigung zu hatte, aber einer klaren Linie folgend.¹⁶⁰ Ein vereinigtes Deutschland wäre in Thatchers Augen die größte Gefahr für die so erprobte Nachkriegsordnung, in welcher sich in Europa Ost und West die Waage hielten. Eine Wiedervereinigung würde das europäische Kräftegleichgewicht zerstören, sie wäre der Ursprung aller Instabilität. Und die Hoffnung all jener, welche die Vereinigung unter starker, europäischer Bindung akzeptierten, sei ein Trugschluss, denn in einer

¹⁵⁶ Siehe IV/1.3 dieser Arbeit.

¹⁵⁷ III/1.1.1 und III/1.1.2 dieser Arbeit

¹⁵⁸ WEIDENFELD 1998, S.629.

¹⁵⁹ WEIDENFELD 1998, S. 623-626.

¹⁶⁰ Ihre Haltung zur „Deutschen Frage“ legt sie in ihren Memoiren eindeutig dar, bezeichnenderweise unter der Überschrift „Das Gleichgewicht der Kräfte.“ Das altgediente, britische Handlungsmuster der *balance of power* sollte im Einigungsprozess wieder die britische Deutschland- und Europapolitik bestimmen. Siehe THATCHER 1993, S. 1095.

europäisch-politischen Union würde Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch das Zepter in die Hand nehmen.¹⁶¹ Hinzu kam, dass die Beziehung zwischen der Premierministerin und dem Bundeskanzler im Gegensatz zu dessen Verhältnis zu Mitterrand und Bush nicht durch persönliche Freundschaft bereichert wurde. Nie sollte sie die Qualität erreichen, die sie zu Zeiten der Kanzlerschaft Helmut Schmidts hatte.¹⁶² Diese gegenseitigen Wahrnehmungen, verbunden mit Thatchers Ordnungsvorstellungen zur deutschen Einigung sollten ab November 1989 das Verhalten Großbritanniens bis in den Winter hinein maßgeblich bestimmen.

Dies äußerte sich auch prompt im ersten direkten Gespräch der britischen Regierungschefin mit dem deutschen Bundeskanzler einen Tag nach Mauerfall. Dass Großbritannien eher verhalten bis reserviert reagieren würde, schien den bundesdeutschen Akteuren bewusst gewesen zu sein. Thatcher wurde von Bundeskanzler Kohl am späten Abend des 10. November als erste der vier Siegermächte telefonisch kontaktiert, in dem Wissen, dass dies wohl das schwierigste Telefonat von allen westlichen Verbündeten werden könnte.¹⁶³ Das Telefonat war bereits dem britischen Botschafter Mallaby durch den Chef des

¹⁶¹ „Der wahre Ursprung der deutschen Angst ist die Qual der Selbsterkenntnis. Wie ich bereits erklärt habe, ist das einer der Gründe, warum so viele Deutsche aufrichtig - und wie ich meine irrigerweise - Deutschland in ein föderatives Europa eingebettet wissen wollen. Es ist doch wahrscheinlich, dass Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre. Überdies hat Deutschland sich immer auch nach Osten orientiert, nicht nur in Richtung Westen, obwohl die moderne Form solcher Tendenzen eher auf wirtschaftliche denn auf territoriale krieglerische Expansion abzielt. Daher ist Deutschland vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge. Nur das militärische und politische Engagement der USA in Europa und die enge Beziehung zwischen den beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich, können ein Gegengewicht zur Stärke der Deutschen bilden. In einem europäischen Superstaat wäre dergleichen niemals möglich.“ in: THATCHER 1993, S. 1095-1096.

¹⁶² Für Kohl dachte PM Thatcher „(...) in überholten, insularen Machtkategorien des britischen Königshauses (...)“, trotz einer gewissen Wertschätzung, welche er für ihre Offenheit empfand. Für Margaret Thatcher war der Kanzler der Einheit lediglich „(...) ein Deutscher aus tiefster Provinz, dessen Einfluss auf Geld und Ansehen der D-Mark in der Welt beruht.“ Siehe ebd.

¹⁶³ KOHL 2009, S. 94.

Bundeskanzleramts Seiters angekündigt worden. Die „Herstellung einer wirklich demokratischen Regierungsform im Osten“ galt hier als „vordringlich“.¹⁶⁴ Dies entsprach exakt der Linie, welche sie auch im Gespräch mit Kohl am Abend vertrat¹⁶⁵, in kurzen, prägnanten Äußerungen: Den Schilderungen des bewegten Bundeskanzlers fügte sie zwar knapp hinzu, dass dies „(...) in der Tat historische Szenen“¹⁶⁶ seien, um aber gleich im Anschluss den in ihren Augen richtigen und einzigen Weg aufzuzeigen: Der Demokratisierungsprozess im Osten sei voranzutreiben. Das und nur das sei das Ziel. An dieser Stelle manifestiert sich zum ersten Mal der Glaube Thatchers, der Wille zur Einheit sei vom Willen zur Reform in Ostdeutschland trennbar¹⁶⁷, welcher sie bis in den Winter begleiten wird. Mit keinem Wort wurde hier eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch nur erwähnt, auch nicht durch den Bundeskanzler, der die Premierministerin bewusst mit Samthandschuhen anfasste. Dies sollte bis Anfang März das erste und einzige persönliche Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und der britischen Regierungschefin bleiben, die Kommunikation zwischen den Regierungschefs beider Länder steht somit weit hinter der deutsch-amerikanischen und der deutsch-französischen Kommunikation zurück¹⁶⁸, was ebenfalls bezeichnend für PM Thatchers Verhaltensweise ist. Wie noch zu zeigen sein wird, bildet dieses Verhalten selbst im Vergleich mit der Sowjetunion eine Ausnahme.¹⁶⁹

Der erste europäische „Auftritt“ der Premierministerin ließ auch nicht lange auf sich warten: Am 18. November lud der französische Staatspräsident François Mitterrand zu einem außerordentlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft nach Paris. Das Abendessen selber beschreiben die Premier-

¹⁶⁴ Mallaby verwies auf die Erklärung des Regierungssprechers Ingham am Morgen des 10. Novembers, in welcher Premierministerin Thatcher die Reisefreiheit zwischen Ost und West offiziell begrüßte und der BRD Unterstützung bzgl. der Flüchtlingsaufnahme durch die britischen Militärstützpunkte zusicherte. Siehe Nr. 78 Gespräch des Bundesminister Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 10. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

¹⁶⁵ Nr. 81 Telefongespräch des Bundeskanzler Kohl mit Premierministerin Thatcher, 10. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ KETTENACKER 2000, S. 109-111.

¹⁶⁸ Siehe Punkt IV/2 und IV/3 dieser Arbeit.

¹⁶⁹ Siehe besonders III/2 dieser Arbeit.

ministerin und der Bundeskanzler höchst unterschiedlich. In Thatchers Memoiren hatte das Treffen am Samstagabend sogar „freundschaftliche“¹⁷⁰ Züge, was sie nicht hindert, den Redeanteil des Bundeskanzlers mit einem zynischen Seitenhieb zu versehen.¹⁷¹ Ihre eigenen Äußerungen werden rein inhaltlich beschrieben: Reformunterstützung, keine Grenzverschiebung und die Achtung der Schlussakte von Helsinki und keine Destabilisierung des sowjetischen Regierungschefs durch die bloße Diskussion einer deutschen Wiedervereinigung.¹⁷² Ganz anders der Bundeskanzler, denn so reibungslos hatte sich diese Darlegung der britischen Sichtweise offensichtlich nicht vollzogen: Das Wort „Wiedervereinigung“ sei mitnichten gefallen, und er habe es aus Rücksicht auch nicht benutzt. Der Gipfel des Gipfeltreffens war laut Kohl das Dessert, in welchem der Bundeskanzler von Thatcher heftig attackiert wurde.¹⁷³

Die Zweifel der Regierung Kohl an der britischen Unterstützung, die in Bonn seit Mauerfall umhergingen¹⁷⁴, schienen berechtigt gewesen zu sein: Nach diesem durchaus bewegten Gipfeltreffen, wenn man den Erinnerungen Kohls Glauben schenken will, konnte sich die bundesdeutsche Regierung zumindest in einer Sache ganz sicher sein: „Die Eiserne Lady wollte den Status quo beibehalten.“¹⁷⁵ Margaret Thatcher machte also in der Tat nicht den geringsten Hehl aus dem, was sie von einer möglichen Wiedervereinigung hielt und scheute sich

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ „Dann sprach Bundeskanzler Kohl. Er erklärte, die Menschen wollten ‚die Stimme Europas‘ hören. Diesem Wunsch kam er entgegen, indem er vierzig Minuten lang redete.“ in: Ebd..

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Kohl erinnerte an die NATO-Erklärung von 1970, in welcher letztere positiv zur Wiedervereinigung stand und sich Großbritannien somit durch seine Unterschrift zur Unterstützung der Einheit Deutschlands verpflichtet hatte, wie auch schon im unterzeichneten Deutschlandvertrag von 1954. Offensichtlich musste Thatcher in Paris nun an die Bindung gewisser Unterschriften ihres Landes erinnert werden. „Margaret Thatcher fauchte zurück, diese Erklärung datiere von einem Zeitpunkt, an dem man gedacht habe, dass die Wiedervereinigung nie stattfinden würde.“ Auf die relativ gelassene Antwort des Bundeskanzlers, auch die britische Premierministerin „(...) könne das deutschen Volk nicht daran hindern, seinem Schicksal zu folgen“, stampfte Thatcher „(...) außer sich vor Wut (...) mit den Füßen auf und schrie: 'Das sehen Sie so, sehen Sie so!'“ in: KOHL 2009, S. 109-111.

¹⁷⁴ Nr. 94B Haltung der drei Westalliierten und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zur Entwicklung in der DDR, in: KÜSTERS 1998.

¹⁷⁵ Ebd.

nicht, dies offen auszusprechen. Ganz der Kalte Krieger mit eingespielten Handlungsmustern, war sie von nun an „Gorbatschows erster Mann“¹⁷⁶ auf allen europäischen Treffen.

Doch auch auf internationalem Niveau wurde die nicht rasten wollende Premierministerin bereits noch im November tätig: Bei ihrem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Camp David am 24. November versuchte sie auch hier, Unterstützung für ihre Haltung zu den deutschen Einheitsbestimmungen zu gewinnen.¹⁷⁷ Doch vergeblich, sowohl Uneinigkeiten bzgl. des Verteidigungsbudgets als auch Thatchers Abneigung gegen den europäischen Integrationsprozess waren differente Punkte der beiden Verbündeten. Sollte die Premierministerin es schon vorher geahnt haben, so wurde aus ihrer Vermutung nun die Gewissheit: Statt der bis jetzt und besonders unter der Präsidentschaft Reagans gelebten „besonderen Beziehung“¹⁷⁸ zu Großbritannien stand nun die Beziehung zur Bundesrepublik im Mittelpunkt des amerikanischen außenpolitischen Engagements. Nun in die zweite Reihe versetzt zu sein, das stieß Thatcher auf, erinnerte sie es doch einmal mehr an den stetig schwindenden Einfluss des ehemaligen britischen Empires, in welches sie hineingeboren worden war. Nach der amerikanischen Reaktion auf das Zehn-Punkte-Programm¹⁷⁹ konnte sich die britische Regierungschefin nun endgültig sicher sein: Von

US-amerikanischer Seite war weder Verständnis noch Unterstützung für ihre Anti-Einheits-Haltung zu erwarten. Das Gegenteil war der Fall, die Amerikaner hatten die deutsche Wiedervereinigung nun zu ihrem eigenen Steckenpferd gemacht, denn eine deutsche Einheit war gleichzeitig der auf der europäischen Landkarte sichtbar gewordene

¹⁷⁶ “From now on Margaret Thatcher, once the cold war warrior personified, posed as Gorbachev's champion in western councils. A key word was "destabilization" which implied a weakening of Gorbachev's position within the Soviet Union, with unforeseeable consequences.” in: KETTENACKER 2000, S. 109.

¹⁷⁷ THATCHER 1993, S. 1098-1099.

¹⁷⁸ Ebd., S. 1084.

¹⁷⁹ Vgl. S. 61-65 in der Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989 in: MÜNCH, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung, Stuttgart 1991, S. 57-66. Die USA reagierten ihrerseits mit einem Fahrplan nach Vier Prinzipien (siehe Punkt III/1.3.2 dieser Arbeit bzw. THATCHER 1993, S. 1100) auf dieses Programm, welches keinerlei Zweifel an der amerikanischen Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen ließ.

Sieg der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg. Nein, von der anderen Seite des Atlantiks hatte PM Thatcher auf ihrem „Kriegspfad“¹⁸⁰ keine Hilfe zu erwarten. Geplagt von den Geistern der deutschen Einheit sollte sich ihre Suche nach Verbündeten nun auf Europa konzentrieren und ganz andere Züge annehmen: Auch sie sollte jetzt alte Geister zum Leben erwecken.

1.1.2 Verzweifelt auf der Suche nach Gleichgesinnten - Wiederbelebung einer *Entente cordiale*?

Am 8. und 9. Dezember 1989 fand das seit langem geplante Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg statt. Die Veränderungen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs und die Zukunft der beiden deutschen Staaten standen auf diesem Gipfel offiziell nicht auf der Tagesordnung, galt es doch, die europäische Integration voranzutreiben. Margaret Thatcher, die aus ihrer Haltung zum europäischen Integrationsprozess keinen Hehl machte¹⁸¹, verstand es jedoch, diesen Gipfel auf ihre ganz eigene Art zu nutzen, denn nach wie vor stand für sie die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts im Vordergrund. Auch hier war vor dem Treffen ihr Ziel bereits klar: Mangels Unterstützung in den USA richtete sich ihr Blick nun auf das europäische Festland: „Falls es noch Hoffnungen gab, die deutsche Wiedervereinigung aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen, so musste eine entsprechende Initiative von Großbritannien oder Frankreich ausgehen.“¹⁸² Diese Initiative sah vor, eine alte Konstellation wieder zum Leben zu erwecken, welche als Gegengewicht zu einem potentiell zu starken Deutschland dienen sollte und bereits diese Aufgabe im Ersten Weltkrieg mit Erfolg erfüllt hatte: Margaret Thatcher sah in einer erneuten Errichtung einer britisch-französischen Achse – einer *Entente cordiale* – die letzte Möglichkeit, die Vereinigung beider deutscher Staaten zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen und damit zu kontrollieren.¹⁸³

¹⁸⁰ RÖDDER 2009, S. 156.

¹⁸¹ Siehe IV/1.1.2 dieser Arbeit.

¹⁸² THATCHER 1993, S. 1101.

¹⁸³ „Die letzte und auch größte Chance bestand demnach in der Schaffung einer stabilen politischen Achse zwischen Großbritannien und Frankreich, die gewährleisten würde, dass in jedem Stadium der Wiedervereinigung wie auch bei der

Kontrolle durch die einstigen Siegermächte, zu welchen Großbritannien ganz zweifelsohne gehörte, was es aber nicht müde wird, immer wieder herauszustellen, ist ein weiteres Kennzeichen des britischen Verhaltens im deutschen Einigungsprozess.¹⁸⁴

Der Gipfel in Straßburg selbst sollte später von Kohl als eines der „schicksalhaftesten Treffen der Europäischen Gemeinschaft“ bezeichnet werden. War Paris dem deutschen Bundeskanzler zwar noch als „Warnung“¹⁸⁵ gut in Erinnerung, so zeigt er sich doch „erstaunt über die fast tribunalartige Befragung“¹⁸⁶, zu welcher der Gipfel für ihn wurde. Straßburg sollte zwar insgesamt zu einem bundesdeutschen Erfolg werden¹⁸⁷, aber Helmut Kohl stellte insgeheim enttäuscht fest, dass die seit über vierzig Jahren gelebte Westbindung der Bundesrepublik mit Mauerfall auf einmal von vielen Seiten, selbst von den engsten Verbündeten, in Frage gestellt wurde.¹⁸⁸ So auch von Großbritannien, für welches die Premierministerin am Rande des Gipfels tätig wurde. Angeblich auf die Anregung des französischen Präsidenten hin trafen die beiden zweimal zu inoffiziellen Gesprächen zusammen, um über die weitere Vorgehensweise in der „Deutschen Frage“ zu beraten.¹⁸⁹ Mitterrand und Thatcher waren sich in ihrem Gespräch einig, dass der ganze Prozess mehr Kontrolle bräuchte und an Geschwindigkeit verlieren müsste, vor allem aber wären „spezielle Beziehungen“¹⁹⁰ zwischen Großbritannien und Frankreich als Gegengewicht zu Deutschland vonnöten. Thatcher verglich Deutschland – im Falle einer Wiedervereinigung – gar mit der Vormachtstellung Japans im Pazifik.¹⁹¹ Um dieses potentielle Expansionsstreben zu verdeut-

zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht alles nach dem Willen der Deutschen lief.“ in: Ebd., S. 1102.

¹⁸⁴ Ein weiteres Beispiel hierfür war das Treffen der Vier Siegermächte im ehemaligen Kontrollratsgebäude in Berlin: Am 11. Dezember 1989 trafen sich die Botschafter aller Vier Mächte im zu Beratungen über die zukünftigen Rechte und den Status Berlins, die „Deutsche Frage“ blieb jedoch weitgehend außen vor. Siehe: Nr. 121 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 13. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

¹⁸⁵ KOHL 2009, S. 111.

¹⁸⁶ Ebd., S. 130.

¹⁸⁷ WIRSCHING 2006, S. 663.

¹⁸⁸ KOHL 2009, ebd.

¹⁸⁹ THATCHER 1993, S. 1103.

¹⁹⁰ ATTALI 1995, S. 370.

¹⁹¹ Ebd.

lichen, erläuterte sie Mitterrand anhand einer wohl eigens hierfür in ihrer Handtasche mitgebrachten Karte die Verschiebung der Außengrenzen des Deutschen Reichs zwischen 1939 und 1945. Die ehemaligen Ostprovinzen und die heutige Tschechoslowakei wären laut Thatcher die ersten Opfer der Expansionsbestrebungen eines deutschen Nationalstaats.¹⁹² Thatcher selbst bezeichnet im Nachhinein diese Grenzveränderungen lediglich als „(...) im Hinblick auf die Zukunft nicht sonderlich beruhigend.“¹⁹³, die CSSR und die Ostprovinzen finden hier keine Erwähnung. Mit dem inoffiziellen Gespräch mit Mitterrand äußert sich Thatcher durchaus als zufrieden,¹⁹⁴ jedoch nicht mit den offiziellen Beratungen des Europäischen Rates, in welchem sie die Unterstützung des französischen Staatspräsidenten vermisste.¹⁹⁵ Wie auch schon in Paris so hatte sich auch in Straßburg die britische Regierungschefin durch ihr Verhalten deutlich positioniert, die offiziellen Teile des Treffens genügten, damit Kohl sie bzgl. der europäischen Integration in einem Gespräch mit Außenminister Baker als „Problem“¹⁹⁶ bezeichnen würde. Hinsichtlich der inoffiziellen Gespräche war der Straßburger Gipfel für Margaret Thatcher jedoch viel versprechend, sie fühlte sich gut vorbereitet, der Winter konnte also kommen.

Und dieser kam auch, härter, als sie es sich für ihre Politik hatte vorstellen können, denn Ende Januar konnte sich die britische Regierungschefin sicher sein, dass alle ihre Bemühungen, einen Partner für die Unterstützung ihrer Deutschlandpolitik im westlichen Lager zu finden, gescheitert waren.¹⁹⁷ Vom Straßburger Gipfeltreffen in ihrer Ansicht bestärkt, gab sie noch im alten Jahr mehrere Papiere zu einer Intensivierung der britisch-französischen Beziehungen in Auftrag. Allerdings hatte sie die Kluft zwischen Mitterrands Äußerungen in den persönlichen Gesprächen und seinen öffentlichen Auftritten nicht

¹⁹² Ebd., S. 369. Hierzu finden sich auch weitere Belege: In Kohls Erinnerungen gelten sie zwar lediglich als Spekulationen (KOHL 2009, S. 137), allerdings werden sie von Thatcher in ihren Memoiren selbst bestätigt: THATCHER 1993, S. 1102.

¹⁹³ THATCHER 1993, ebd.

¹⁹⁴ „Auch wenn wir noch nicht herausgefunden hatten, wie wir den deutschen Moloch in die Schranken weisen konnten, so hatten wir doch offenbar beide den Willen dazu. Das war immerhin ein Anfang.“ in: THATCHER 1993, S. 1103.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Nr. 120 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Baker, Berlin (West), 12. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

¹⁹⁷ HIMMLER 2001, S. 107-108.

vergessen. Dies wurde noch durch die Ostberlin-Reise des französischen Präsidenten verstärkt, wo dieser bekräftigte, er sei mit Nichten einer derjenigen, die die Bremse zögen. Hierauf attestierte sie letzterem einen gewissen „Hang zur Schizophrenie“.¹⁹⁸ Trotz alledem baute Thatcher nach wie vor auf eine britisch-französische *Entente* als Gegengewicht zu einem vereinigten Deutschland, welches das Hauptgesprächsthema bei ihrem Frühstück mit dem französischen Präsidenten am 20. Januar war. Das dortige Gespräch folgte laut Thatcher dem bereits bewährten Schema aller britisch-französischen Konsultationen zu diesem Thema: Man war sich über den Inhalt einig, allerdings ließen Konsequenzen und Konkretisierungen auf sich warten bzw. blieben komplett aus. Neben der „Unfähigkeit, vertrauliche Worte mit konkreten Taten zu verknüpfen“, warf Thatcher Mitterrand mit dem Scheitern der britisch-französischen Kooperation vor, die falsche Entscheidung für sein Land getroffen zu haben. Frankreich wäre sicherheitstheoretisch mit einer Fortführung der De Gaulle'schen Vision einer starken *Grande Nation* besser gefahren.¹⁹⁹ Laut Margaret Thatcher war somit François Mitterrand allein für das Scheitern der Achse verantwortlich zu machen, für einen Nachfolger im Amt des Premierministers wünschte sie sich ein handlungsorientierteres Frankreich.²⁰⁰

Soweit Margaret Thatcher. Ist eine mögliche *Entente cordiale*, die in Straßburg noch so möglich schien, wirklich einzig und allein an einem angeblich nicht stringent genug handelndem, zögerlichem Frankreich gescheitert?

Die Memoiren François Mitterrands, aber auch die Forschung zeigen ein anderes Bild auf: Laut Mitterrand hätte er bei dem gemeinsam Frühstück lediglich ein weiteres Mal versucht, ihr ein vereinigtes

¹⁹⁸ THATCHER 1993, S. 1103-1104.

¹⁹⁹ Ebd., S. 1105.

²⁰⁰ „Es sollte keinesfalls außerhalb der Kompetenzen eines künftigen britischen Premierministers liegen, als Gegengewicht zum deutschen Einfluss eine Entente zwischen GB und Frankreich aufzubauen. Auch sollte es in seiner Macht stehen, als Teil dieser Politik in der Europa-Frage eine stärkere Hinwendung zu de Gaulles Gedanken eines 'Europe des patries' zu fördern. Dieser neue Ansatz wird jedoch die Einsicht der politischen Elite in Frankreich erfordern, dass ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte in Europa von der mehr oder minder dauerhaften Präsenz der USA in Europa abhängt. Und das bedeutet ein Eingeständnis, das die französischen Präsidenten bislang nur in vertraulichen Gesprächen zu äußern bereit waren.“ in: Ebd., S. 1127.

Deutschland in einem geeinten Europa näher zubringen.²⁰¹ Über die Sorge bzgl. Deutschlands oder gar eine engere französischbritische Außen- und Verteidigungspolitik wird hier kein Wort verloren.²⁰² Was eine britisch-französische Achse angeht, so wird nicht geleugnet, dass diese durchaus öfters ein Gesprächsgegenstand zwischen den beiden Politiker gewesen war, allerdings wird das Scheitern dieser Art von Kooperation nicht auf französische Entscheidungsschwäche zurückgeführt, sondern auf mangelnde konkrete Inhalte und Vorschläge von britischer Seite her.²⁰³ Diese Ansicht deckt sich mit der Forschung: Auch Rödder ist der Ansicht, dass der Hauptgrund für das Scheitern der *Entente cordiale* die mangelnden konkreten Ziele im britischen Konzept gewesen seien.²⁰⁴ Wirsching geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er die ersten Anzeichen für das Scheitern der Achse bereits in Straßburg sieht, zu unterschiedlich seien die Interessen und Strategien der beiden potentiellen Achsenmächte gewesen. Eine andere Achse hatte in diesem Prozess aber ihre Tragfähigkeit bewiesen: Die Achse Bonn-Paris und damit die deutsch-französische Freundschaft.²⁰⁵

1.1.3 Das „andere“ Großbritannien - Hurd und das Foreign Office

Wie bereits angedeutet beschränkte sich das Verhalten Großbritannien trotz allen Anscheins nach nicht nur auf das der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Dass ihre diversen Implikationen im

²⁰¹ MITTERRAND 1998, S. 38.

²⁰² Vgl. hingegen THATCHER 1993, S. 1104.

²⁰³ „Ich hatte ihr, wie immer wenn unser Gespräch dieses Thema berührte, geantwortet, dass zu meinem tiefen Bedauern das Bündnis zwischen unseren Ländern zwar stets in den offiziellen Reden gefeiert würde, tatsächlich aber keinen Inhalt besitze, dass es uns ihres Landes wegen nie gelingen werde, ein Sonderabkommen über was auch immer, einschließlich der Abstimmung der einfachsten Waffensysteme, zustande zu bringen, dass Großbritannien nicht über ausreichenden Handlungsspielraum verfüge, um sich der Kontrolle durch die USA zu entziehen, und dass ich den Aufbau Europas, dessen einen Pfeiler die BRD bilde, nicht gegen eine wünschenswerte, aber auf gute Gefühle beschränkte französisch-englische Entente eintauschen würde.“ in: MITTERRAND 1995, S. 38.

²⁰⁴ RÖDDER 2009, S. 158.

²⁰⁵ WIRSCHING 2006, S. 661.

Einigungsprozess das waren, was von der Weltöffentlichkeit und den meisten Akteuren am stärksten wahrgenommen wurde, steht außer Frage. Doch gibt es noch die andere Seite der Medaille, das andere Großbritannien, welches sich nicht ausschließlich auf die Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen Margaret Thatchers beschränken lässt und im wahrsten Sinne des Wortes „Diplomatie hinter den Schlagzeilen“²⁰⁶ – welche die Regierungschefin zur Genüge alleine füllte – betrieb.

In Wahrheit befand sich Thatcher mit ihren Vorstellungen zur deutschen Einheit sowohl in ihrer Partei als auch im britischen Kabinett in der Minderheit. Die wenigsten waren so überzeugte Gegner des Wiedervereinigungsprozesses wie die Eiserne Lady. Ganz anderes als in Frankreich und den Vereinigten Staaten begünstigte das politische System Großbritanniens, welches eben kein Präsidial- bzw. semi-präsidentielles System vorweisen konnte, die Ausprägung einer anderen Haltung zu den weltpolitischen Vorgängen der Wendejahre 1989/1990.²⁰⁷ Das Vereinigte Königreich allein mit der bremsenden Haltung Thatchers im Einigungsprozess gleichzusetzen würde dem Land nicht gerecht werden, lassen sich doch laut Klein drei verschiedene Säulen²⁰⁸ identifizieren, die analysiert werden müssen, um einen hinreichenden Eindruck des Gesamtbildes zu bekommen. Margaret Thatcher dominierte mit ihren anti-deutschen Handlungsmustern die Schlagzeilen der internationalen Presse, doch daneben gilt es, auch die Politik des Foreign Office unter Außenminister Hurd zu berücksichtigen, dessen Verhalten sich an vielen Stellen im Einigungsprozess von dem Thatchers unterschied. Als letzte Säule sei laut Klein der Blick auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Großbritannien zu richten²⁰⁹, welche, anders als beispielsweise in der Bundesrepublik, die britische Politik in erheblich höherem Maße beeinflussen kann.²¹⁰ Für die Zwecke unserer Arbeit, welche den Fokus

²⁰⁶ JACKISCH 1996, S. 126-136.

²⁰⁷ Ebd., S. 127.

²⁰⁸ KLEIN 1996, S. 404.

²⁰⁹ Zur Entwicklung der öffentlichen Meinung in Großbritannien bzgl. des deutschen Einigungsprozesses siehe: KLEIN 1996, S. 421-425; BIRKE 1991, S. 2. Eine ausführliche Analyse der Presse in Großbritannien im Einigungsprozess findet sich in: LEHMANN, Ines: Die deutsche Vereinigung von außen gesehen – Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse, Bd I: Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, Frankfurt a. M. 1996.

²¹⁰ KETTENACKER 2000, S. 106.

auf die diplomatische Ebene legt, soll in diesem Punkt lediglich die Politik des Foreign Office näher beleuchtet werden.

Befand sich das Foreign Office unter Außenminister Hurd auf einer komplett anderen Linie als Margaret Thatcher oder gab es auch Abschnitte im Einigungsprozess, in welchem sich ihre Meinungen deckten? In der Forschung sind diesbezüglich zwei unterschiedliche Tendenzen auszumachen.

Die erste geht davon aus, dass die Politik des britischen Außenministeriums bereits im November 1989 eine deutsche Wiedervereinigung durchaus für möglich hielt und dieser nicht komplett abgeneigt war. „In der deutschen Frage dominiert von Anfang an, wenn auch unauffällig, das Außenministerium (...)“.²¹¹ Mehr noch, ähnlich wie für die US-amerikanische Seite²¹² entwarfen seine Mitarbeiter ein klares Konzept, in dessen Rahmen sich die deutsche Einheit abzuspielen hat. Vier Ziele hat sich das Foreign Office diesbezüglich gesetzt, welche von deutscher Seite umgesetzt werden sollten: Der Einigungsprozess musste in ordentlicher und strukturierter Form ablaufen, an dessen Ende musste die komplette, abschließende Beendigung aller Rechte und Pflichten der Vier Mächte stehen, die polnische Westgrenze musste als endgültig von Deutschland anerkannt werden und alle Sicherheitsfragen mussten in zufriedenstellender Art und Weise gelöst sein.²¹³ Bzgl. des ersten Punktes wurde in London bereits im November eine Neubelebung des alten alliierten Kontrollrats diskutiert. Allerdings war man sich der Mängel dieser Idee wohl bewusst: In diesem Rahmen wäre die Einheit ohne Deutschland ausgehandelt worden. Angesichts der deutschen Reaktion auf das im Kontrollratsgebäude abgehaltene Treffen der Botschafter der Vier Mächte²¹⁴, wird diese Idee im Dezember auch schon wieder verworfen, das Foreign Office wird letztendlich im Februar zu einem der Verfechter der Ottawa-Formel werden.²¹⁵ Für Jackisch ist die Einigung auf den Zwei-plus-Vier-Mechanismus der Übergang zur uneingeschränkten Unterstützung der deutschen Einheit durch das Foreign Office.²¹⁶ Die Tatsache, dass eine deutsche Wiedervereinigung im Bereich des Möglichen für Hurd und

²¹¹ JACKISCH 1996, S. 127-128.

²¹² Siehe IV/3.1 dieser Arbeit.

²¹³ JACKISCH 1996, S. 129.

²¹⁴ Siehe IV/1.2.2 dieser Arbeit.

²¹⁵ Zu Großbritannien im Zwei-plus-Vier-Prozess siehe IV/1.5 dieser Arbeit.

²¹⁶ JACKISCH 1996, S. 129.

seine Mitarbeiter war, geht komplett konträr zu den Bestrebungen der britischen Premierministerin im November. Entgegen aller Vermutungen ist diese Richtung der Londoner Politik durchaus vom Ausland wahrgenommen worden²¹⁷: Sowohl Mitte November konstatierte die bundesdeutsche Seite bereits, dass Hurd sich in ihrem Interesse für die Selbstbestimmung der Deutschen geäußert hatte,²¹⁸ als auch am Ende dieses Monats: Bundesaußenminister Genscher schreibt zu seinem Besuch in London hierzu, er sei sich bewusst, dass Thatcher sich wohl „nur schwer damit abfinden könne“²¹⁹, sei sich aber der Unterstützung Hurds sicher.²²⁰

Eine andere These besagt hingegen, dass sich das britische Kabinett bis zum Jahreswechsel 1989/1990 in seiner Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung auf einer gemeinsamen Linie befand. Zwar waren sich sowohl das Foreign Office als auch die Premierministerin, wie sie in ihren Memoiren auch selbst darlegt, der neuen, tief greifenden Veränderungen im Osten bewusst, schlussfolgerten aber beide daraus lediglich eine Linie, welche aus Demokratieunterstützung und Beharren auf dem Status quo in Europa bestand.²²¹ Unter keinen Umständen durften die viel versprechenden Reformbestrebungen Gorbatschows ins Wanken geraten - schon gar nicht durch irgendwelche waghalsigen Experimente in der „Deutschen Frage“. Laut Klein entwickelten weder das Foreign Office noch Margaret Thatcher eine konkrete Vorgehensweise, wie sich im Einheitsprozess zu verhalten sei.²²² Eine konstruktive Politik des Außenministeriums entwickelte sich erst einige Wochen nach Mauerfall. Nach wie vor standen Hurd und seine Mitarbeiter den Ereignissen mit Argwohn gegenüber²²³, weitaus früher aber als Margaret Thatcher wurde sich das Foreign Office der Notwendigkeit einer aktiven britischen Rolle im

²¹⁷ Allerdings wohl vordringlich von der bundesdeutschen Seite: Hurds Position blieb Frankreich offenbar vorenthalten. So schreibt Präsident Mitterrand in seinen Memoiren bzgl. des britischen Verhaltens im Einigungsprozess: „(...) Was die Briten anbelangte, so waren sie durch die Stimme Margaret Thatchers vor allem darum bemüht, den Stichtag hinauszuzögern.“ In: MITTERRAND 1998, S. 29.

²¹⁸ Nr. 94B Haltung der drei Westalliierten und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zur Entwicklung in der DDR, in : KÜSTERS 1998.

²¹⁹ GENSCHER 1995, S. 675.

²²⁰ Ebd.

²²¹ KLEIN 1996, S. 406.

²²² Ebd.

²²³ KLEIN 1996, S. 409.

Einigungsprozess bewusst, denn dies allein konnte britisches Interesse geltend machen.²²⁴ Die ersten Fühler hierfür streckte Hurd bereits Ende Januar mit seinem Besuch in Ostberlin aus, um einen möglichen Beitritt der DDR zur EG zu avisieren.²²⁵ Hiermit verfolgte er klar einen Kurs, der im Gegensatz zur britischen Premierministerin stand, welche selbst nach zwei ereignisreichen Monaten weit davon entfernt war, auch nur minimal von ihrer Position abzurücken.²²⁶ Nach den positiven Äußerungen Gorbatschows bzgl. der „Deutschen Frage“ Anfang Februar²²⁷ wandelte sich die Haltung des Außenministeriums schließlich komplett: Hurd war bereit, eine „ordnungsgemäße“ Vereinigung zu akzeptieren und wurde zu einem der glühendsten Verfechter der Ottawa-Formel. Margaret Thatcher hingegen, erneut auf Kontrolle aus, blieb bei ihrem Handlungsmuster und spielte erneut die Vier-Mächte Karte: Vier-plus-Null²²⁸, denn das deutsche „Problem“ regelte sich, wenn es denn schon geregelt werden musste, am besten ohne die Deutschen.²²⁹ „About, rather than with“²³⁰ so ihre Haltung bzgl. Ottawa, welche sie, wie sich zeigen sollte, einmal mehr aufgrund mangelnder Unterstützung nicht durchsetzen konnte. Die folgenden Wochen sollten für Douglas Hurd, bedingt durch seine Premierministerin, zu einem Balanceakt auf internationaler Ebene werden, denn der Spalt, der sich im Winter innerhalb der britischen Regierung bzgl. der Deutschlandpolitik aufgetan hatte, sollte nicht zu offensichtlich werden.²³¹ Dies würde dem Einfluss, welchen Großbritannien im Einigungsprozess zu nehmen erhoffte, schaden. Ende Februar

²²⁴ Ebd., S. 409.

²²⁵ HIMMLER 2001, S. 115.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Siehe Punkt IV/1.4.2 dieser Arbeit.

²²⁸ Ebd., S. 124. Laut KETTENACKER 2001, S. 103, Anm. 12, stammte der Vorschlag ‚Vier-plus-Null‘ von Douglas Hurd selbst, den er Ende Januar auf einem Washingtonbesuch machte, sicherlich aber mit der vollen Deckung von Premierministerin Thatcher. Dies spricht für einen trotz seines Ost-Berlin-Besuches noch unentschlossenen britischen Außenminister im Januar 1990, der sich letztendlich erst durch die positiven Äußerungen Gorbatschows komplett von seiner Regierungschefin löst.

²²⁹ „Das Problem hatte mehrere Aspekte, denen man sich nur zuwenden konnte, wenn Nichtdeutsche sie offen und konstruktiv erörterten.“ In: THATCHER 1993, S. 1094.

²³⁰ KETTENACKER 2000, S. 103.

²³¹ HIMMLER spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „Zweigleisigkeit der britischen Deutschlandpolitik. In: HIMMLER 2001, S. 160-163.

wurde die Besorgnis des Außenministers immer dringlicher, der sich aufgrund von Thatchers anhaltender „policy of procrastination over Germany“²³² zu einer offiziellen Parlamentserklärung²³³ genötigt sah, gewissermaßen als Schadensbegrenzung auf internationaler Ebene.²³⁴ Vielleicht würden ja die anstehenden Wahlen in der DDR endlich eine Wandlung in Thatchers Einstellung bewirken. Die Zeit sollte es zeigen. Ob sich das Foreign Office nun von Beginn an mit einer deutschen Einigung anfreunden konnte oder ob diese Einstellung sich erst nach einigen Wochen herauskristallisierte, fest steht, dass das britische Kabinett im Winter 1990 zwei unterschiedliche Strategien bzgl. der „Deutschen Frage“ an den Tag legte. Das „andere“ Großbritannien spielte somit für die britische Position im Einigungsprozess eine Rolle, die es nicht zu vernachlässigen gilt.

1.1.4 Thatcher und das Foreign Office - Von einer zweigleisigen Außenpolitik zu einer gemeinsamen Linie im Wiedervereinigungsprozess

Ein harter Winter lag hinter Douglas Hurd: Nachdem der sowjetische Generalsekretär am 10. Februar in seinem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zugestanden hatte²³⁵, war die deutsche Wiedervereinigung nur noch eine Frage der Zeit. Nicht mehr das Ob, sondern das Wie bestimmte von nun an die internationale Politik im Einigungsprozess. Jedoch hielt eine Persönlichkeit nach wie vor eisern an ihren althergebrachten Ordnungsvorstellungen fest: die britische Premierministerin. Immerhin: Am

²³² KETTENACKER 2000, S. 115.

²³³ “Our message was not one of obstruction but that we risked muddle and instability if the issues were not addressed in some orderly way. Many felt those anxieties and told us about them (...) Because of that a notion grew up, that we were in some way going back on our traditional support for the principle of unification. I hope that that notion has now been dispelled to the comfort of all of us.” in: Ebd.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Nr. 174 Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10. Februar 1990 und Nr. 175 Delegationsgespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10. Februar 1990 sowie die abschließende Presseerklärung Bundeskanzler Kohls am 10. Februar in Moskau, in: KÜSTERS 1998, S. 812-813.

6. Februar gab sie im Parlament das erste Mal öffentlich seit Mauerfall zu, „(...) that German unification was on the cards.“²³⁶ Knapp zwei Wochen später ließ sie in einer Ansprache vor Vertretern der jüdischen Gemeinde in London verlautbaren, die deutsche Einheit stünde „mittlerweile außer Zweifel.“²³⁷ Gorbatschows Ja zur deutschen Selbstbestimmung hatte demnach doch seine Spuren in der Rhetorik der britischen Regierungschefin hinterlassen. Allerdings hätte sich Kohl dieses Ja zu einem guten Preis beim sowjetischen Generalsekretär erkaufte.²³⁸ Dass die deutsche Einheit mit großer Wahrscheinlichkeit nicht verhindert werden könnte, war Thatcher nun klar. Allerdings war sie weit davon entfernt, einfach klein beizugeben. Weiterhin hatte sie sich auf die Fahnen geschrieben, ihre Verbündeten von den Risiken einer deutschen Wiedervereinigung und von der Notwendigkeit der Kreation eines wirksamen Gegengewichts zu einem deutschen Nationalstaat, wenn man diesen schon nicht verhindern könne, zu überzeugen. Am 24. Februar – kurz vor der Ankunft Bundeskanzler Kohls in Camp David – legte sie ihre Vorstellungen, in welchem Rahmen sich die deutsche Einheit abzuspielen hätte, Präsident Bush ganz gegen ihre Gewohnheit in einem detaillierten Telefonat von einer dreiviertel Stunde dar. Die Sowjetunion müsse nachhaltig gestärkt werden, nur sie könne in Zukunft ein effizientes Gegengewicht zu Deutschland sein – oder sie als einzige noch verhindern. Die Langfristigkeit ihres Konzepts muss Bush, wie sie zynisch bemerkt, wohl trotz ihrer klaren Darstellung entgangen sein. Erbozt und enttäuscht über eine erneute Abfuhr aus dem amerikanischen Lager schwor sie sich, „derlei Dinge“ nie wieder am Telefon zu erörtern.²³⁹ Bush hingegen hatte für die immer noch eifrig strampelnde britische Amtskollegin lediglich ein Schmunzeln übrig: In Camp David vertraute er Kohl an, er habe mit Thatcher vor seinem Besuch telefoniert „(...) und ihr eine gute Stunde lang zugehört. Es gehe hier um die berühmte ‚Extra-Meile‘ an Konsultationen.“²⁴⁰

²³⁶ KETTENACKER 2000, S. 114.

²³⁷ HIMMLER 2001, S. 128.

²³⁸ In ihren Memoiren beschuldigt sie Kohl, Gorbatschow für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR eine fürstliche Summe angeboten zu haben. In: THATCHER 1993, S. 1105.

²³⁹ Ebd. S. 1106.

²⁴⁰ Nr. 192 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Camp David, 24. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

Neben dem Versuch, ein sowjetisches Gegengewicht zu etablieren, machte sich Margaret Thatcher im Februar auf die Suche nach einem weiteren Stecknagel im deutschen Einigungsprozess. Sie fand es in der polnischen Grenzproblematik. In den folgenden Wochen machte sie sich zum „Anwalt polnischer Interessen“²⁴¹, sehr zum Leidwesen der Franzosen, welche sich als die eigentlichen Verfechter der polnischen Sache seit Mauerfall sahen.²⁴² Das Verhalten und der Einsatz Thatchers für die Festschreibung der polnischen Westgrenze können als Übergangsperiode ihres Verhaltens gelten, welches sich nach und nach an die Position des Foreign Office anglich. Denn in der polnischen Frage waren sich beide Linien der britischen Politik zum ersten Mal einig. Das Außenministerium hatte ebenfalls keinerlei Verständnis für die zögerliche bundesdeutsche Haltung in dieser Frage übrig, war es doch der Überfall Hitlers auf Polen gewesen, welcher Großbritannien zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg veranlasst hatte.²⁴³ Eine vertragliche Regelung dieser alten Problematik war seit Mauerfall auch eines der vier Ziele des Foreign Office im deutschen Einigungsprozess.²⁴⁴ Die polnische Grenzfrage war die erste Thematik im deutschen Einigungsprozess, in welcher das Foreign Office und die Premierministerin sichtbar an einem Strang zogen. Die Ergebnisse der Volkskammerwahl am 18. März in der DDR²⁴⁵ taten ein Übriges: Die britische Regierungschefin nahm angesichts dessen eine „pragmatischere Position ein und glich ihre Bedingungen für eine Vereinigung an die des Foreign Office an“²⁴⁶. Inwiefern die Ergebnisse eines gewissen Wochenendseminars Ende März mit hineinspielen, sei dahingestellt. Fest steht, dass sich der Wandel in der Haltung der Premierministerin nicht aufgrund einer Art höheren Einsicht, sondern aus schlichtem politischen Pragmatismus vollzog²⁴⁷: Einer vollstän-

²⁴¹ HIMMLER 2001, S. 128.

²⁴² Siehe IV/2.3 dieser Arbeit.

²⁴³ JACKISCH 1996, S. 132.

²⁴⁴ Siehe Punkt IV/1.3 dieser Arbeit.

²⁴⁵ Siehe hierzu GIBOWSKI, Wolfgang: Demokratischer (Neu-) Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/1990, S. 5-22.

²⁴⁶ HIMMLER 2001, S. 160-163.

²⁴⁷ WEIDENFELD 1998, S. 623-626. Dies deckt sich mit der Aussage Kohls in seinen Erinnerungen zum deutschen Einigungsprozess: Ähnlich wie die Forschung attestiert auch er Margaret Thatcher im Prozess der Wiedervereinigung drei Phasen: Nach Mauerfall tat sie alles, um die deutsche Einheit zu verhindern.

digen Isolation auf internationalem Niveau zog die Eiserne Lady dann doch die Mitgestaltung der neuen Landkarte Mitteleuropas vor.

1.1.5 Großbritannien in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 1990

Nachdem die inneren Querelen bzgl. der Haltung zur deutschen Wiedervereinigung in London weitestgehend gelöst worden waren, sprach Großbritannien nun mit einer Stimme im Vereinigungsprozess. Ganz im britischen Interesse galt es nun, durch eine möglichst konstruktive Haltung die Verhandlungen zu gestalten. Dies kann man dem Vereinigten Königreich im Zwei-plus-Vier-Prozess mit Recht bescheinigen. Wie das Außenministerium schon sehr früh formuliert hatte: Die deutsche Einheit, wenn sie denn schon kommen müsste, sollte sich in geordneten Bahnen vollziehen. Eine präzise und umfassende Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit stand für Großbritannien im Mittelpunkt.²⁴⁸ Allein das konnte der neuen europäisch-internationalen Ordnung die Stabilität geben, die für eine dauerhafte Existenz laut Großbritannien notwendig war. Detaillierte und stichfeste Regelungen waren auch und besonders im Interesse der Deutschen selbst.²⁴⁹ Die Ziele Großbritanniens in den Verhandlungen lauteten dementsprechend: Die komplette Souveränität für das vereinigte Deutschland durch den Abschluss der Vier-Mächte-Rechte, die vertragliche Festsetzung der polnischen Westgrenze, der Verbleib

Nachdem ihr klar wurde, dass dies so nicht realisierbar sei, wurde aus der Verhinderung zumindest eine Verlangsamung des Prozesses, bis sie schließlich „notgedrungen eine konstruktive Haltung“ einnahm. Siehe hierzu KOHL 2009, S. 240.

²⁴⁸ HIMMLER 2001, S. 160-163.

²⁴⁹ In diesen Zusammenhang lässt sich auch die Diskussionen um den im Zwei-plus-Vier Prozess auffällig peniblen britischen Rechtsberater Michael Woods verorten. Mehrmals wurde diesbezüglich über eine von Großbritannien intendierte Verlangsamung des Verhandlungsprozesses spekuliert. Jedoch wird dabei häufig übersehen, dass Wood einer der wenigen war, der fundierte Kenntnisse über die komplexe internationale Rechtslage hatte. U. a. geht auf ihn die Idee zur Aussetzung der Rechte der Vier Mächte zurück, welche in der britischen Botschaft in Bonn entwickelt wurde. Ähnlich einzuordnen ist der sogenannte „Manöverstreit“ einen Tag vor der Unterschrift der „Abschließenden Regelung.“ Siehe hierzu: JACKISCH 1996, S. 129-134.

Gesamtdeutschlands in der NATO und damit auch der Verbleib alliierter Truppen in Deutschland.²⁵⁰ Eine Neutralisierung Deutschlands und ein Machtvakuum sollten somit vermieden werden. Auch eine gemeinsame britische Linie weist deutlich Merkmale traditioneller, britischer Denkmuster auf: Stabilität durch Kontrolle und Ordnung sind weiterhin kennzeichnend für das Verhalten Großbritanniens im Sommer 1990.

Großbritannien versuchte keineswegs, diese Strategie im Alleingang durchzusetzen, ganz im Gegenteil: Vom gesamten Einigungsprozess waren die kommenden Monate die Monate der dichtesten Kommunikation zwischen dem Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik – allerdings, und das ist vielleicht der kleine Wermutstropfen, verglichen mit der Kommunikation zwischen der BRD, Frankreich und den USA blieb die deutsch-britische weit zurück: Die britische Regierungschefin ist nach wie vor sehr sparsam mit persönlichen Kontakten zu Helmut Kohl, allein herausragende Ereignisse wie Kohls Kaukasusbesuch oder der NATO-Gipfel im Juli in London bewegten sie hierzu. Die Kommunikation fand somit zumeist auf Botschafter-Ebene bei den regelmäßigen Treffen der Botschafter der Drei Mächte mit Bundesminister Seiders statt.²⁵¹ Nach dem ersten Zwei-plus-Vier-Treffen auf Ministerebene Anfang Mai konnte die Bundesregierung aber beruhigt feststellen: Von allen Vertretern wurde „(...) klar der Wille zu deutscher Einheit anerkannt.“²⁵² Und auch Großbritannien konnte zufrieden sein: Alle westlichen Teilnehmer sprachen sich für einen Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO aus.²⁵³ Der Westen trat während des gesamten Verhandlungsprozesses gegenüber der Sowjetunion geschlossen auf.

Im Juli erfolgt dann der Durchbruch, und das in doppelter Hinsicht: Sowohl im Kaukasus für Kohl²⁵⁴, als auch, bedingt durch

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Nr. 225 Gespräch des Bundesministers Seiders mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 20.3.1990, in: KÜSTERS 1998, bzw. Nr. 225 Gespräch des Bundesministers Seiders mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 20.3.1990, in: Ebd.

²⁵² Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Bonn, 5.5.90, in: Ebd.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Nr. 350 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 15. Juli 1990; Nr. 352 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 15. Juli 1990 und Nr. 353 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl

diesen Erfolg, ein wahrer Durchbruch in der deutsch-britischen Kommunikation: Beginnend mit einem Glückwunsch-Schreiben für das Ja Gorbatschows zur freien Bündniswahl eines vereinigten Deutschlands²⁵⁵ wandte sich die britische Regierungschefin im Juli noch zweimal schriftlich an den deutschen Bundeskanzler, als Reaktion auf den NATO-Gipfel in London. Das erste Schreiben besticht durch seinen warmherzigen Ton und die persönliche Note in der Unterschrift: „Warm regards, yours ever, Margaret.“²⁵⁶ Sogar wohlverdiente Ferien werden dem Bundeskanzler im letzten Satz gewünscht.²⁵⁷ Jetzt, wo endgültig grünes Licht von sowjetischer Seite kam und die Verhandlungen nun relativ zügig zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden konnten, trumpfte Margaret Thatcher mit schnellem, konstruktivem Handeln in Richtung eines erfolgreichen Abschlusses der deutschen Einheit auf. In diesem Zusammenhang lassen sich ebenfalls ihre beiden letzten Schreiben im Juli verorten, in welchen sie Kohl ausführlichst die neue britische Verteidigungsstrategie angesichts der neuen nationalen Sicherheitslage darlegte.²⁵⁸ In den folgenden Wochen entwickelte sich eine rege Kommunikation zwischen den beiden Regierungschefs über den Verbleib und die Organisation der britischen Truppenkontingente in Deutschland.²⁵⁹ In ihrem „(...) unnachahmlichen Stil, eine Mischung aus geistiger Standfestigkeit und taktischer Wendigkeit (...)“²⁶⁰ erweckte sie gegen Ende des Einigungsprozess gar den Eindruck, als sei sie eines der ersten Zugpferde gewesen – so François Mitterrands Kritik am wechselhaften Verhalten der Premierministerin.

Das einzige was diesen erfolgreichen, freundschaftlichen Juli überschattet sind zwei handfeste Skandale in Großbritannien, die in der britischen Presse an den Tag kamen. Dem deutsch-britischen

mit Präsident Gorbatschow im erweiterten Kreis, Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990, in: Ebd.

²⁵⁵ Nr. 357 Schreiben der Premierministerin Thatcher an Bundeskanzler Kohl, London, 17.7.1990, in: Ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Nr. 368 Schreiben der Premierministerin Thatcher an Bundeskanzler Kohl, London, 24.7.1990, in: Ebd.

²⁵⁹ Nr. 370 Botschaft der Premierministerin Thatcher an Bundeskanzler Kohl, London, 25.7.1990 und Nr. 391 Schreiben Bundeskanzler Kohl an Premierministerin Thatcher, Bonn, 22.8.1990, in: Ebd.

²⁶⁰ MITTERRAND 1998, S. 38.

Verhältnis und den Zwei-plus-Vier Verhandlungen fügte dies keinen Schaden zu, zu gefestigt war zu diesem Zeitpunkt bereits die gemeinsame westliche Linie.²⁶¹ Am 15. Juli wurde ein im März auf dem Landsitz der britischen Premierministerin stattgefundenes „cosy weekend“²⁶²- Seminar publik:²⁶³ Dem Independent of Sunday wurden durch Thatchers Privatsekretär Charles Powell persönlich die Sitzungsprotokolle in die Hände gespielt. So erfuhr nun die ganze Welt von den Umtrieben der britischen Premierministerin im März und ihrer wahren Haltung zu den Deutschen, die angeblich an Angst und Minderwertigkeitskomplexen sowie Sentimentalität litten.²⁶⁴ Als ob dies nicht genug wäre, sorgte Thatchers Staatssekretär für Industrie Ridley mit einem skandalösen Interview für Aufsehen, in welchem er in „saloon-barmanner“²⁶⁵ Kohls Intentionen der Währungsunion und der deutschen Einheit mit denen Hitlers gleichsetzte.²⁶⁶ Hatte da jemand endlich das ausgesprochen, was die britische Regierung, allen voran die Regierungschefin, wirklich dachte? Internationale und auch britische Zeitungen reagierten empört bzw. distanzierten sich von den dort dargelegten Haltungen bzgl. Deutschlands, drei der Seminarteilnehmer distanzierten sich ebenfalls öffentlich von dem Wochenende auf dem Landsitz der Regierungschefin.²⁶⁷ Damit das Gesicht der Premierministerin gewahrt werden konnte, trat Ridley zurück. Wie das Schicksal so will, sollte die Premierministerin in nicht allzu ferne Zeit zu dem gleichem Schritt gezwungen werden.²⁶⁸

²⁶¹ HIMMLER 2001, S. 163.

²⁶² KETTENACKER 2000, S. 120.

²⁶³ Auf diesem Seminar versuchte PM Thatcher, sich durch renommierte Historiker ihre Vorbehalte bzgl. eines vermeintlichen „deutschen Nationalcharakters“ bestätigen zu lassen und diesen schließlich im Einigungsprozess gegen ein vereintes Deutschland zu verwenden. Jedoch bemühten sich die Teilnehmer des Seminars eher, Thatchers unbegründete Ängste zu widerlegen. Siehe WINKLER 2000, S. 575-577.

²⁶⁴ KETTENACKER 2000, S. 119-122.

²⁶⁵ Ebd., S. 120.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd. S. 122.

1.1.6 Zwischenfazit Großbritannien: Struggling with German Unification

Würde sich die Haltung Großbritanniens allein auf die der damaligen britischen Regierungschefin Margaret Thatcher beschränken, so wäre die Antwort einfach und deutlich: Schon im Herbst 1989 waren traditionelle, britische Ordnungsvorstellungen von Gleichgewicht und Stabilität in Europa in ihrem Verhalten präsent. Nichts konnte letztere erschüttern und die Eiserne Lady zu einem Umdenken diesbezüglich bewegen, noch nicht einmal der Fall der Berliner Mauer. In den kommenden Monaten sollte sie alles in ihrer Macht stehende tun, um ihre Verbündeten von ihrer Sicht der Welt zu überzeugen, allerdings mit mäßigem bis gar keinem Erfolg. Mangels Alternativen und Verbündeter, aber besonders in dem Wissen, jeglicher restlicher Gestaltungsmöglichkeit beraubt zu werden, sprang sie in letzter Minute auf den Zug in Richtung deutscher Einheit auf. Mitgestaltung statt völliger außenpolitischer Isolation. Notgedrungen. Sie selbst bleibt aber in ihrer Beurteilung des Endergebnisses auf ihrem gewohnt harten Kurs: „(...)Der einzige Fall, in dem ich mit meiner Linie zu einem außenpolitischen Thema unzweifelhaft gescheitert bin, war die deutsche Wiedervereinigung.“ Status quo, Gleichgewicht, Stabilität im internationalen System und mögliche Gegengewichte – alt gediente Ordnungsvorstellungen der Außenpolitik des britischen Empires, 1989/90 hatten sie anscheinend ausgedient.

Wie bereits gezeigt wurde, ist Großbritannien trotz “(...) Mrs Thatcher's handbag-waving protestations (...)”²⁶⁹ nicht nur auf die Handlungsmuster der Eisernen Lady zu beschränken. Douglas Hurd und dem Foreign Office kommen eine nicht zu unterschätzende Rolle zu. Deren Haltung zur deutschen Einheit unterschied sich einige Monate, wenn nicht gar von Anfang an, von den Vorstellungen der britischen Regierungschefin. Einfluss über Mitgestaltung, nicht sture Borniertheit. Sicherlich keine Freudenstürme, das hätte die bundesdeutsche Seite auch überrascht. Aber die sukzessive Erkenntnis, dass durch eine ordnungsgemäße Abwicklung und eine endgültige Lösung der „Deutschen Frage“ mehr gewonnen als verloren sei. Durch konstruktives Handeln würde Großbritannien seiner Rolle als ehemalige Siegermacht mehr gerecht werden als durch Blockade.

²⁶⁹ KETTENACKER 2000, S. 123.

Beide Richtungen im damaligen britischen Kabinett müssen berücksichtigt werden. Ende des Winters glich sich Thatchers Haltung der ihres Außenministers an. Großbritannien sprach nun mit einer Stimme im Einigungsprozess. Doch finden sich auch in dieser nach wie vor Termini wie Stabilität, Kontrolle und Ordnung. Ganz konnte sich der Inselstaat also nicht von seinen traditionellen Denkmustern verabschieden, komplett haben diese noch nicht ausgedient. Geht man davon aus, dass sich auch das Foreign Office erst nach einigen Wochen, nach wie vor mit Argwohn, entschloss, die deutsche Wiedervereinigung konstruktiv mit zu begleiten²⁷⁰, im März noch die letzten Zweifel durch bundesdeutsches Engagement zerstreut wurden²⁷¹ sowie der Spalt in der britischen Regierung geschlossen werden musste, so ist es gerechtfertigt, von einem Großbritannien zu sprechen, welches sich weder ausschließlich „obstructive“²⁷² noch „promoting“²⁷³ bzgl. der deutschen Einheit verhält. Vielmehr haben wir hier ein Land vor uns, welches sich unter viel Mühe und Anstrengung in einem langen Prozess zu einer gemeinsamen Stimme und einer konstruktiven Haltung im Einigungsprozess durchringen kann, vielleicht auch muss. Für Großbritannien waren die Wendejahre 1989/90 ein wahrer „struggle“ mit der deutschen Einheit.

²⁷⁰ Siehe IV/1.3 dieser Arbeit.

²⁷¹ Siehe IV/1.4 dieser Arbeit.

²⁷² KLEIN 1996.

²⁷³ Ebd.

1.2 FRANKREICH – Unsicherheit zwischen Freiheitsgedanken und nationalen Sicherheitsbestrebungen

1.2.1 November 1989 – Jalta Adieu

« De l'Allemagne »²⁷⁴ - so lautet der Titel der 1995 in Frankreich veröffentlichten Memoiren François Mitterrands über den deutschen Einigungsprozess. In scharfsinniger und präziser Weise verfasst, findet der Leser hier einen Abriss über die „Deutsche Frage“ in der Geschichte: Angefangen bei Friedrich dem Großen stellt der französische Präsident schließlich die Ereignisse der Jahre 1989/1990 und das Ergebnis der deutschen Einheit in diese Tradition. Für den guten Deutschlandkenner, wie er sich hier präsentiert, war die deutsche Einheit bereits im Juli 1989 ein „legitimes Verlangen“²⁷⁵ der Deutschen, wenn sie sich denn „friedlich und demokratisch“²⁷⁶ vollzöge und vor ihrem Vollzug fünf zentrale Problemfelder in (für Frankreich) akzeptabler Art und Weise gelöst würden: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (dies steht bezeichnenderweise schon hier an erster Stelle)²⁷⁷, das Einverständnis der „Schutzmächte“²⁷⁸ (die hier bewusst nicht Siegermächte genannt werden), der deutsche Verzicht auf ABC-Waffen, eine weitere Mitgliedschaft in der NATO und vor allem eine Bekräftigung des deutschen Engagements in der Europäischen Gemeinschaft.²⁷⁹ Auch auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen in Bonn Anfang November²⁸⁰ war Mitterrand bemüht, klarzustellen, dass für ihn eine mögliche deutsche Einheit ein logischer Schluss aus der bisherigen Geschichte wäre.²⁸¹ So gesehen schien Mitterrands Frankreich regelrecht auf eine baldige Wiedervereinigung beider

²⁷⁴ MITTERRAND 1998.

²⁷⁵ Ebd., S. 28.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Siehe IV/2.3 dieser Arbeit.

²⁷⁸ MITTERRAND 1998, Ebd.

²⁷⁹ MITTERRAND 1998, Ebd.

²⁸⁰ Nr. 70 54. Deutsch-französische Konsultationen in Bonn, 3. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

²⁸¹ „Da die Zweiteilung Europas sich mit der deutschen Teilung deckte und Deutschland zum Schauplatz des Kalten Krieges machte, würde die wieder gewonnene Freiheit unseres Kontinents notwendigerweise über die deutsche Einheit verlaufen.“, siehe MITTERRAND 1998, S. 45.

deutscher Staaten vorbereitet zu sein.²⁸² Doch da stand die Mauer noch. Dass sich binnen sechs Tagen die Welt durch die von Günther Schabowski verkündete Neuregelung der Ausreisebestimmungen radikal verändern und die bisherige Statik Europas erschüttert werden sollte, daran dachte der französische Staatspräsident in Bonn höchstwahrscheinlich nicht. Auch für ihn kam der Mauerfall wie ein „Schock“²⁸³, plötzlich standen Fragen im Raum und Dinge zur Diskussion, zu denen man sich in den letzten vierzig Jahren zwar regelmäßig bekannt hatte, dies aber wohl in dem Wissen, dass diese speziellen Dinge weit weg schienen, sehr weit weg.²⁸⁴ Nun war alles plötzlich anders, wie ein Kartenhaus war die stabile, seit langem etablierte Nachkriegsordnung, die Ordnung von Jalta, in sich zusammengebrochen. Alles war in Bewegung. Und Frankreich? Fand nun das Mitterrand'sche Einheitskonzept aus dem Sommer 1989 seine Anwendung?

Präsident Mitterrand befand sich zum Zeitpunkt des Mauerfalls auf Staatsbesuch in Kopenhagen und erklärte am 10. November, dass die Ereignisse der letzten Nacht einen Fortschritt für die Freiheit in Europa bedeuteten. Man verlasse allerdings hiermit eine Ordnung, die sich bewährt hätte und könne kein neues Gleichgewicht erschaffen.²⁸⁵ Zwei Dinge finden sich bereits am 10. November in Mitterrands Reaktion auf das absolut Unerwartete: Ordnung und Gleichgewicht. An sich Ordnungsvorstellungen, die zumeist bei Großbritannien verortet wurden. Es findet sich aber auch die Freiheit - « *liberté* » - wieder, das allgegenwärtige Konzept im politischen Denken Frankreichs. Zwischen Freiheit und Sicherheitsdenken in traditionellen Ordnungsvorstellungen sollte die *Grande Nation* im

²⁸² SCHABERT 2002, S. 321.

²⁸³ „Unsere europäischen Nachbarn und Partner trafen der Mauerfall und die Aussicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands wie ein Schock (...).“, siehe KOHL 2009, S. 20.

²⁸⁴ „Selbstverständlich war in den vielen Verträgen in den vorangegangenen Jahren das Recht der Deutschen auf die Einheit verankert worden, aber das war gestern gewesen mit der Aussicht auf übermorgen.“, siehe ebd.

²⁸⁵ « Cet événement heureux marque un progrès de la liberté en Europe. (...) Nous sortons d'un ordre établi, celui mis en place à la fin de la Deuxième Guerre mondiale, que, d'une façon très sommaire, très inexacte, on appelait 'l'ordre de Yalta'. (...) Mais nous sortons d'un ordre établi et nous ne pouvons pas dessiner un nouvel équilibre. Ce qui veut dire que cela ira sans doute bien mieux, mais que ce sera aussi plus difficile. », siehe ATTALI 1995, S. 337.

deutschen Einigungsprozess lange Zeit hin und her gerissen sein. Auch wenn der französische Präsident bereits an dieser Stelle unterstrich, er wäre einer derjenigen, die seit langem auf das Ende von Jalta hofften, so war er sich dessen Nutzen für Frankreich durchaus bewusst: Frankreichs Stellung in der internationalen Ordnung des Kalten Kriegs basierte im Wesentlichen auf der deutschen Teilung²⁸⁶: Atomwaffen, Siegermachtsstatus, eine eigene Besatzungszone in Deutschland und in Westberlin, also das Mitmischen in der Liga der „Großen“ – Jalta machte es erst möglich. Und das alles drohte nun weg zu brechen, sich aufzulösen. Von all diesen vermeintlichen Zweifeln war dem Präsidenten nichts anzumerken, als er am Morgen des 11. Novembers von Bundeskanzler Kohl am Telefon über die Ereignisse persönlich informiert wurde.²⁸⁷ Mitterrand ist der letzte der Westalliierten, den Kohl über die Vorgänge in Kenntnis setzte. Bush und Thatcher wurden bereits am 10. November verständigt.²⁸⁸ Kohl informierte die französische Staatsoberhaupt bewusst an erster Stelle über seinen Polenbesuch und die dortigen Ziele – Frankreich sollte nicht den Eindruck gekommen, dass die Mauer mit sich das ganze politische Tagesgeschäft hinweggefegt hätte. Mitterrand zeigte sich bewegt von den Erzählungen Kohls bzgl. der Ereignisse in Berlin und versicherte dem deutschen Bundeskanzler, seine Wünsche seien mit dem deutschen Volke. Dies solle er auch öffentlich kundtun.²⁸⁹ Frankreich wollte also von Beginn an als Freund und Unterstützer, nicht als „Bremser“ dieses Prozesses gesehen werden. Es sei „ein großer Augenblick der Geschichte, die Stunde des Volkes“²⁹⁰, so Mitterrand weiter. Eine herzliche Atmosphäre, auf gegenseitigen Verständnis und Vertrauen beruhend, herrschte in diesem ersten persönlichen Kontakt nach Mauerfall zwischen den beiden Männern. Keine Forderungen und kein Wunsch nach Kontrolle des Prozesses. Und dennoch: „(...) diese Bewegung“, so Mitterrand, „könne in die Entwicklung Europas einmünden.“²⁹¹ Bei der richtigen Förderung. Der letzte Punkt in Mitterrands Liste der

²⁸⁶ SOUTOU 1996, S. 397.

²⁸⁷ Nr. 85 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, 11. November 1989, in KÜSTERS 1998.

²⁸⁸ Nr. 81 Telefongespräch des Bundeskanzler Kohl mit Premierministerin Thatcher, 10. November 1989 bzw. Nr. 82 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 10. November 1989, in: Ebd.

²⁸⁹ Nr. 85, ebd.

²⁹⁰ Ebd.

²⁹¹ Ebd.

zu regelnden Problematiken zur deutschen Einheit nimmt schon am 11. November Gestalt an: Die Bekräftigung des deutschen Engagements für Europa und die Einbindung der deutschen Wiedervereinigung in ein neues Europa als französisches Kontrollinstrument.

Hierfür stand das europäische Gipfeltreffen in Straßburg Anfang Dezember stand seit langem in den Kalendern der EG-Staats- und Regierungschefs. Doch war dieses Datum angesichts der Dringlichkeit der Ereignisse nicht zu spät? Frankreich, welches in diesen Monaten die EG-Ratspräsidentschaft innehatte, sah sich unter Handlungsdruck.

Roland Dumas ergriff schon am 12. November die Initiative und schlug Präsident Mitterrand in einer *note* ein informelles Abendessen der Staats- und Regierungschefs der EG vor. Mitterrand nahm den Vorschlag an und so wurden die Spitzen der Europäischen Gemeinschaft bereits am 18. November zu einem informellen Diner in den Elysée-Palast geladen.²⁹² Das französische Staatsoberhaupt legte dieses Treffen ganz bewusst vor den schon geplanten EG-Gipfel in Straßburg, lag ihm doch viel daran, gewisse Dinge zu entzerren und voneinander zu trennen: Hätte man sich entschieden, den Straßburger Gipfel vorzuverlegen, wie es von der französischen Opposition vorgeschlagen wurde ²⁹³, wäre dieser, so Mitterrands Sorge, von einem EG-Gipfel zu einem „Mauergipfel“ mutiert. Hätte man gar nicht gehandelt, so wäre Straßburg unter einer zu überfrachteten Agenda gescheitert. Keines der beiden Szenarien war im französischen Interesse.²⁹⁴ Frankreich hatte in Straßburg viel vor und war keineswegs bereit, seine ehrgeizigen europäischen Projekte unter dem Schutt der Berliner Mauer begraben zu sehen. Dementsprechend fand die Idee eines informellen, spontanen Treffens, bei welchem man sich rund um ein gutes Abendessen über die jüngsten Entwicklungen im Osten austauschen konnte, bei Mitterrand sehr viel Anklang.²⁹⁵ Straßburg entschlacken und damit die eignen, europäischen Intentionen vor dem Abstellgleis retten.

Das Ergebnis des informellen Abendessens hielt Mitterrand in folgender Notiz fest: „Das Binom: Entwicklung im Osten – Konstruktion im Westen (europäische Integration)“²⁹⁶ und „La question

²⁹² SCHABERT 2002, S. 411.

²⁹³ MITTERRAND 1998, S. 61.

²⁹⁴ Ebd., S. 412.

²⁹⁵ MITTERRAND 1998, ebd.

²⁹⁶ SCHABERT 2002, S. 414.

allemande est une question européenne.“²⁹⁷ Das war also laut Mitterrand die Quintessenz, seine persönliche Erkenntnis dieses gemeinsamen Abendessens. Mit großer Wahrscheinlichkeit könnte man die Entwicklungen in Deutschland nicht aufhalten, sie läge in der Logik der Geschichte. Aber wie Roland Dumas bereits am 10. November im Fernsehen ausgedrückt hatte: „Wir haben keinen Grund zu zittern, denn alles vollzieht sich auf friedliche Art und Weise, aber wir haben politische Verantwortung zu übernehmen, wir haben die Pflicht, nachzudenken.“²⁹⁸ Verantwortung und überlegtes Verhalten, der Schlüssel zur Umsetzung dieser beiden Maximen im deutschen Einigungsprozess lag für Mitterrand schon am 18. November deutlich in Europa. Ein geeintes Europa gäbe den europäischen Nationen wieder einer Stimme im Weltgeschehen,²⁹⁹ in Europa sah Mitterrand die Chance, nicht nur einem potentiellen deutschen Hegemon Herr zu werden, sondern auch wieder auf internationaler Ebene mehr Einfluss zu nehmen. Europa als Forum für die *Grande Nation*, ihren Einfluss geltend zu machen. Ein Handlungsmuster also, welches stark im Kontrast zu traditionellem, französischem Verhalten steht: Hier ist von einer potentiellen Angst, Frankreich könne sich in einem geeinten Europa verlieren,³⁰⁰ nichts festzustellen.

Und doch, ganz konnten offensichtlich die alten Zweifel nicht zerstreut werden, die alten französischen Ängste bestanden weiter, konnte doch das so sensible Gleichgewicht durch die deutsche Einheit zerstört werden. Ein vereinigt Deutschland wäre Frankreich in wirtschaftlicher, politischer und demographischer Sicht haushoch überlegen, das alte Gleichgewicht „zwischen Bombe und Mark“³⁰¹, es könnte kippen und die Waagschale würde sich in Richtung Deutschland neigen. Diese, teils unbewussten Ängste wurden am 28. November von

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ GENSCHER 1995, S. 664.

²⁹⁹ „Warum Europa, immer wieder Europa? Viele andere genauso wichtige Ereignisse geschahen weltweit, die genauso viel Sorge und Aufmerksamkeit beansprucht hätten. (...) Aber auch wenn Europa nicht auf alles eine Antwort hatte, so eröffnete doch sein Wiedererscheinen auf der Weltbühne, nach einem dreiviertel Jahrhundert der Unterwerfung, zuweilen der Demütigung, unseren Ländern und zunächst einmal denen der Europäischen Gemeinschaft erneut die Chance, Geschichte zu machen, statt sie zu erleiden.“ siehe: MITTERRAND 1998, S. 67-68.

³⁰⁰ NESSHÖVER 1996, S. 107-109.

³⁰¹ NESSHÖVER 1996 S. 107-109.

Bonn nur noch verstärkt: Die erste Reaktion François Mitterrands auf den Kohl'schen Zehn-Punkte-Plan war ganz und gar nicht besonnen und zurückhaltend, wie sich doch das französische Staatsoberhaupt seit Mauerfall und bereits vorher gerne präsentiert hatte.³⁰² Noch tags zuvor war schriftlich kommuniziert worden, Rücksprache wegen des anstehenden Gipfels in Straßburg gehalten worden,³⁰³ und doch fiel es hier dem deutschen Bundeskanzler nicht ein, seinem französischen Amtskollegen und Freund einen Wink mit dem Zaunpfahl zu geben. Dabei war es doch Kohl, der schon im Telefonat nach Mauerfall die deutsch-französische Freundschaft so betont hatte.³⁰⁴ In Mitterrands Memoiren herrscht bzgl. des Zehn-Punkte-Programms allerdings ein ganz anderer Ton vor: Nie habe er dem deutschen Bundeskanzler das Recht auf Initiative abgesprochen, auch verstehe er den Handlungsdrang, unter welchem Kohl angesichts der sich überschlagenden Ereignisse stünde.³⁰⁵ Diese Haltung deckt sich wiederum mit den uns zur Verfügung stehenden Quellen.³⁰⁶ Warum genau also echauffierte man sich im Elysée-Palast? Denn so unterschiedlich von der bisherigen Bonner Linie ist der Zehn-Punkte-Plan von Kohl nun auch wieder nicht, was Präsident Mitterrand selbst zugibt.³⁰⁷ Frei nach dem Prinzip „Aus Alt mach Neu“ war der Fahrplan des Kanzlers lediglich eine Zusammenstellung aus bereits erklärten Zielen und unterschriebenen, internationalen Verpflichtungen.³⁰⁸ Aber was störte den Elysée, neben der Tatsache, nicht persönlich informiert worden zu sein? Im Zehn-Punkte-Programm Kohls wurden zwei entscheidende, für Frankreich neuralgische Punkte offen gelassen, deren ordnungsgemäße Lösung Mitterrand im Juli als Voraussetzung für jegliche Einheitsbestrebungen gesehen hatte: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Abwicklung bzw. Regelung des zukünftigen Status der Vier Mächte.³⁰⁹ Und die Tatsache, dass durch diese Initiative Kohls der Dynamik in

³⁰² ATTALI 1995, S. 350.

³⁰³ Nr. 100 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Staatspräsident Mitterrand, Bonn, 27. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

³⁰⁴ Nr. 85 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, 11. November 1989, in: ebd.

³⁰⁵ MITTERRAND 1998, S. 55.

³⁰⁶ Nr. 102 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 30. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

³⁰⁷ MITTERRAND 1998, S. 55.

³⁰⁸ WEIDENFELD 1998, S. 630.

³⁰⁹ HAFTENDORN 2001, S. 356.

Ostdeutschland nicht gerade an Geschwindigkeit genommen werden würde. Nach außen hin mag der Präsident vielleicht sich bemüht haben, gelassen aufzutreten, in Wirklichkeit aber „(...) war er voller Unruhe wegen Kohls Haltung.“³¹⁰

Tief verwurzelt waren also die Gründe, die Frankreich in den kommenden Wochen zu einem Verhalten bewegen werden, welches sich inhaltlich in wenigen Punkten von dem Großbritanniens unterscheidet. Die sukzessive europäische Integration ist zwar bereits eine von Anfang an sehr präsente Ordnungsvorstellung Frankreichs. Doch die Stabilität in Europa und eine Verlangsamung der Geschwindigkeit des bereits im November so rasanten Einigungsprozesses werden ebenfalls Handlungsmuster der *Grande Nation* sein, die zwar theoretisch seit Juli 1989 über einen Fahrplan zur deutschen Einheit verfügte, den sie aber in den ersten Wochen nach Mauerfall nur bedingt bis gar nicht anwandte. Bis in den Dezember hinein ist Frankreichs Verhalten also mit Recht als konzeptlos zu bezeichnen.³¹¹

1.2.2 Dezember 1989 – Zweigleisige Pariser Deutschlandpolitik

Nach dem ersten Gespräch auf europäischer Ebene fühlte sich Frankreich in der Pflicht, auch auf außereuropäischer Ebene tätig zu werden. Gegenüber den USA Einfluss geltend zu machen, in der Liga der ganz Großen mitzuspielen und somit die französische Position auf internationaler Bühne zu festigen, dies war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieg ein stetes Anliegen französischer Außenpolitik. Freiheit und Unabhängigkeit soweit wie möglich zwischen den Blöcken zu leben³¹², dieses altbewährte Handlungsmuster kam zu Jahresende 1989 in einem persönlichen Treffen mit Gorbatschow in Kiew am 6. Dezember³¹³

³¹⁰ SCHABERT 2002, S. 418.

³¹¹ WEIDENFELD 1998, S. 629. Wie auch für Großbritannien bezieht sich das attestierte Verhalten Frankreichs auf die Handlungsmuster der französischen ‚classe politique‘. Die Öffentliche Meinung ist dem Einigungsprozess von Anfang an nicht abgeneigt. Siehe hierzu LEHMANN 1996.

³¹² KAISER 1996, S. 64-67.

³¹³ ATTALI 1995, S. 363-365.

wieder zum Einsatz, genau drei Tage nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Malta.³¹⁴

Die Präsenz einer französischen Siegermacht trat Anfang Dezember auch noch an anderer Stelle zu Tage: In der Botschafterkonferenz der Vier Mächte im Kontrollratsgebäude³¹⁵, zu welcher Frankreich wie auch Großbritannien ihre sofortige Zusage gaben.³¹⁶ Das verwunderte Bonn wenig, waren diese Bestrebungen Frankreichs von Seiten der Bundesrepublik schon Mitte November erkannt worden.³¹⁷ Außerdem informierte Mitterrand in Straßburg Kohl persönlich von der Einladung der Sowjetunion, zu welcher man schwerlich nein sagen könne.³¹⁸ Wie Großbritannien spielte also die *Grande Nation* im Dezember häufig die Vier-Mächte-Karte, obwohl die Wichtigkeit Europas seit dem 18. November präsent war.

Auf europäischer Ebene kristallisierte sich hingegen langsam eine kohärente französische Vorgehensweise im Einigungsprozess heraus, Mitterrand wusste, was er wie umgesetzt haben wollte. In Straßburg hatte der französische Präsident viel vor und erwartete auch diesbezüglich eine konstruktive bundesdeutsche Haltung. Hier standen nicht Deutschland und die Einheit zur Debatte. Dies hatte man schon in Paris zur Genüge diskutiert. Europa auf den Weg zu bringen, das war das Hauptziel des Gipfeltreffens aus französischer Sicht. Dies gab man auch Bonn nochmals zu verstehen, indem der französische Präsident Bundeskanzler Kohl am 1. Dezember signalisierte, in Straßburg sollten Entscheidungen getroffen werden, welche „uns unmissverständlich auf den Weg der Wirtschafts- und Währungsunion und der Europäischen Union verpflichten.“³¹⁹ Straßburg konnte also kommen und mit ihm das „ordnende Element“³²⁰, nach welchem sich der französische Staatspräsident so sehnte. Endlich stand Europa auf der Tagesordnung.

³¹⁴ Nr. 109 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Laeken bei Brüssel, 3. Dezember 1989, siehe Anm. 1, in: KÜSTERS 1998.

³¹⁵ Nr. 121 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 13. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

³¹⁶ HAFTENDORN 2001, S. 357.

³¹⁷ Nr. 94B Haltung der drei Westalliierten und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zur Entwicklung in der DDR, 17. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

³¹⁸ Nr. 117 Arbeitsfrühstück des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, Straßburg, 9. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

³¹⁹ Nr. 108A Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand an Bundeskanzler Kohl vom 1. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

³²⁰ HARBAUM 2008, S. 98.

Die deutsch-französische Kommunikation im Vorfeld war eng. Und eigentlich zogen die beiden an ein und demselben Strang. Doch wurde in Straßburg während der Verhandlungen keine gemeinsame deutsch-französische Linie gelebt, Misstrauen und Argwohn schlugen dem deutschen Bundeskanzler trotz seiner Beteuerungen und seines Engagements³²¹ von seinen europäischen Partnern entgegen.³²² Mitterrand schreibt hierzu lediglich, das Treffen hätte bereits in einer angespannten Atmosphäre begonnen.³²³ Kohl zeigte sich im Nachhinein enttäuscht von seinem französischen Amtskollegen, ihm mangle es an einer klaren Strategie, auch wenn er dessen „Dilemma“³²⁴ sehr gut verstand.³²⁵ Eigenartigerweise zeigen sich weder Mitterrand noch Kohl in ihren Memoiren mit dem Ergebnis des EG-Treffens zufrieden, dabei war es für beide Seiten eigentlich als ein Erfolg zu verbuchen, trotz des angespannten Gipfelklimas: Die Deutschen hatten „grünes Licht“³²⁶ zur WWU gegeben, Frankreich hatte also in seinen europäischen Ambitionen keinerlei Abstriche zu machen. Umgekehrt gelang es der deutschen Delegation nach einem langen Hin und Her, das deutsche Selbstbestimmungsrecht in das Schlusskommuniqué mit einzubauen.³²⁷

³²¹ Besonders Präsident Mitterrand gegenüber zeigte Kohl seine Wohlgesonnenheit bzgl. eines erfolgreichen EG-Gipfels: „Mit diesem Arbeitskalender und mit vorstehenden Erläuterungen will ich zum Erfolg der französischen Präsidentschaft und zu Ihrem persönlichen Erfolg beitragen. Hierfür werde ich mich auch bei den Beratungen in Straßburg einsetzen.“ in: Nr. 111 in: KÜSTERS 1998.

³²² „Man konnte in Straßburg förmlich mit Händen greifen, wie die Befürchtung wuchs, dass die Deutschen, die jahrelang in die europäische Entwicklung und in die der Nato eingebunden waren, nun etwas tun würden, was sie ganz allein betraf. (...) Über Nacht stellte sich die Frage, wo die Deutschen standen und ob sie noch verlässliche Partner waren.“ in: Ebd.

³²³ MITTERRAND 1998, S.88.

³²⁴ HARBAUM 2008.

³²⁵ „In Mitterrands Brust schlugen zwei Herzen: eines für das revolutionäre Aufbegehren, wie es die Menschen in der DDR demonstrierten; das andere für Frankreich, dessen Rolle und Rang im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet schienen. So waren für mich denn manche Äußerungen oder Reaktionen Mitterrands befremdlich und nicht akzeptabel.“ in: KOHL 2009, S. 139.

³²⁶ HARBAUM 2008, S.101.

³²⁷ SCHABERT 2002, S. 429.

Die europäische Einigung wurde in Straßburg auf den Weg gebracht, der Gipfel stellte die entscheidenden Weichen für die „EG-isierung“³²⁸ der „Deutschen Frage“. Am Rande des Gipfels wurden jedoch noch andere Konstellationsmöglichkeiten zwischen den beiden europäischen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs erörtert, für Frankreich ein Ausloten der gebotenen Handlungsmöglichkeiten. Doch war Thatchers Angebot Mitterrand wohl aufgrund mangelnder Inhalte nicht attraktiv genug³²⁹, der französische Präsident zog es vor, den vom Elysée-Vertrag vorgezeichneten Weg zu vollenden. Allerdings nahm sich Frankreich vor einer endgültigen Verfolgung dieses Wegs die Freiheit heraus, andere Angebote zu prüfen, andere Wege auszuloten. Mehrere Eisen im Feuer haben. Eine mögliche Achse wie auch das Treffen im Kontrollratsgebäude sind hierfür Beispiele. Jedoch schienen diese anderen Möglichkeiten der *Grande Nation* für ihre eigenen Ziele nicht viel versprechend genug. Paris sollte sich für die enge deutsch-französische Kooperation, für ein gemeinsames Europa entscheiden, für eine sichere Zukunft Frankreichs, besonders, nachdem sich Wahrnehmung Francois Mitterrands bzgl. der DDR im Dezember radikal veränderte.

Am 20. Dezember 1989 sollte Mitterrand als erstes Staatsoberhaupt der westlichen Alliierten in der vierzigjährigen Geschichte der DDR das Deutschland östlich des Eisernen Vorhangs besuchen. Als ob niemand davon gewusst hätte, wurde dies lange Zeit in der Forschung als ein Beweis französischen Bremsens im Einigungsprozess angesehen, als eine Fortbestandsermunterung des maroden SED-Regimes. Für die Erhaltung des Status-quo.³³⁰ Diese Art von Besuchen sprechen ihre eigene Sprache, haben ihre eigene Symbolik, besonders in derart bewegten Monaten wie Ende des Jahres 1989, das steht außer

³²⁸ GRUNER 1993, S. 347.

³²⁹ „Ich hatte ihr, wie immer wenn unser Gespräch dieses Thema berührte, geantwortet, dass zu meinem tiefen Bedauern das Bündnis zwischen unseren Ländern zwar stets in den offiziellen Reden gefeiert würde, tatsächlich aber keinen Inhalt besitze, dass es uns ihres Landes wegen nie gelingen werde, ein Sonderabkommen über was auch immer, einschließlich der Abstimmung der einfachsten Waffensysteme, zustande zu bringen, dass Großbritannien nicht über ausreichenden Handlungsspielraum verfüge, um sich der Kontrolle durch die USA zu entziehen, und dass ich den Aufbau Europas, dessen einen Pfeiler die BRD bilde, nicht gegen eine wünschenswerte, aber auf gute Gefühle beschränkte französisch-englische Entente eintauschen würde.“ in: MITTERRAND 1998, S. 38.

³³⁰ Vgl. LAPPENKÜPER 2008, S. 43 bzw. SCHÖLLGEN 2013, S. 237.

Frage. Allerdings wussten die hier involvierten Akteure François Mitterrand und Helmut Kohl darum. Helmut Kohl? Ja, denn für ihn kam der Ostberlin-Besuch seines französischen Amtskollegen keineswegs überraschend, es war Kohl selbst gewesen, welcher ihn auf zweimalige Nachfrage hierzu ermutigt hatte.³³¹ Und trotzdem zeigt sich der Bundeskanzler in seinen Memoiren diesbezüglich „ernsthaft irritiert“³³², als wenn der französische Staatsbesuch für ihn aus heiterem Himmel gekommen wäre. Die „Symbolik seines Besuches“³³³ wurde von Kohl „als destruktiv für den Prozess der radikalen Veränderungen in der DDR“³³⁴ verstanden.

Doch was betonte nun Mitterrand auf dieser Reise? Das Selbstbestimmungsrecht und die Legitimität des Willens aller Deutschen zur staatlichen Einheit.³³⁵ Im maroden sozialistischen Paradies wurde sich der französische Staatspräsident einer Sache bewusst: Die bereits sehr poröse Fassade des einzigen deutschen Arbeiter- und Bauernstaates bröckelte nicht nur, sie war akut einsturzgefährdet. „Der Präsident suchte die Bremse und fand in Wirklichkeit das Gaspedal seiner eigenen Überzeugungen bezüglich einer baldigen Wiedervereinigung.“³³⁶ Eine Verlangsamung des Einigungsprozesses? Nur schwerlich möglich angesichts der Situation in der DDR.

Wie eine „Sphinx“³³⁷ verhielt sich Frankreich im Dezember 1989, für alle Außenstehenden quasi undurchschaubar. „Mitterrand reichte dem Nachbarn im Osten den Wein des Selbstbestimmungsrechts und goss zugleich das Wasser der Vier-Mächte-Rechte hinein“.³³⁸ Eine Pariser Sphinx also, die ihr Auge bereits klar auf Europa gerichtet hatte, die aber um der eigenen Position Willen immer mehrere Standbeine hatte. Nachdem diese sich nach und nach als nichtig erwiesen und die starke Abhängigkeit der internationalen Stellung Frankreichs von der Ordnung des Kalten Kriegs als Gefahr erkannt wurde³³⁹, blieb Europa, wie sich in Straßburg und Paris bereits abgezeichnet hatte.

³³¹ Nr. 117 Arbeitsfrühstück des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, Straßburg, 9. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

³³² KOHL 2009, S. 168.

³³³ Ebd.

³³⁴ Ebd.

³³⁵ MITTERRAND 1998, S. 100.

³³⁶ HARBAUM 2008, S. 107.

³³⁷ RÖDDER 2009, S. 161.

³³⁸ Ebd.

³³⁹ NESSHÖVER 1996, S. 110-111.

Doch sollte der von Deutschland und Frankreich in Straßburg gemeinsam vorgezeichnete Weg noch einer empfindlichen Belastungsprobe ausgesetzt werden.

1.2.3 Französische Neurosen: Die polnische Westgrenze

Einst hatte Paris am Zehn-Punkte-Plan zwei entscheidende Dinge durch ihre Absenz gestört: Eine Regelung für die Vier Mächte und die polnische Westgrenze. Was Ersteres betraf, so schien sich die Sache für Frankreich wie für Großbritannien zur Jahreswende erledigt zu haben.³⁴⁰ Diese Karte wurde von Frankreich im Dezember zur Genüge gespielt. Erfolglos. Was Polen betraf, so lagen die Dinge anders.

Seit De Gaulle war die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Deutschen die französische Bedingung einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.³⁴¹ Das 20. Jahrhundert hatte Frankreich Argwohn vor einem zu starken deutschen Nationalstaat gelehrt, vor allem dessen Orientierung gen Osten. 1938/1939 bestätigten sich die französischen Befürchtungen, der Verzicht auf die gewaltsame Veränderung der Grenzen des Versailler Vertrags im Vertrag von Locarno galt nicht für die deutsche Ostgrenze³⁴². Aufgrund mangelnder internationaler Widerstände nahmen die Ereignisse ihren Lauf. 1989/1990 fand sich Frankreich in einer ähnlichen Situation wieder, die Geister von Locarno machten Paris erneut zu schaffen³⁴³: Was, wenn ein wiedervereintes Deutschland die polnische Westgrenze erneut in Frage stellen würden? Die Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Schlussakte von Helsinki festgeschrieben worden war, und damit die Anerkennung der polnischen Westgrenze wurden zum

³⁴⁰ THATCHER 1993, S. 1102.

³⁴¹ HARBAUM 2008, S. 112.

³⁴² Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz Teil II; Bd. 4 Neueste Zeit 1914-1959, bearbeitet von Helmuth RÖNNEFARTH und Heinrich EULER, Würzburg 1959, hier S. 93-99.

³⁴³ NESSHÖVER 1996, S. 106-107 spricht hier vom „Schlagwort Rapallo“, welches 1989 wieder in die öffentliche französische Diskussion eingeführt wurde, einem Vertrag der Weimarer Republik und Sowjet-Russlands zur Stärkung von deren Position im internationalen System. (Vertrags-Ploetz Teil II; Bd. 4, hier S. 72.) Zum besseren Verständnis der französischen Sorge vor einer deutschen Ostorientierung ist allerdings der Vertrag von Locarno notwendig, da hier explizit die Revision der deutschen Ostgrenze offengehalten wird (Ebd., S. 93-96.).

„Schlachttross“³⁴⁴ für Frankreich im Einigungsprozess. Diesmal keine bösen Überraschungen. Gleichzeitig war sich der französische Präsident auch der Problematik der Helsinki-Akte bewusst: Selbstbestimmungsrecht der Völker bei gleichzeitiger Unverletzlichkeit der Grenzen.³⁴⁵ Dieser Widerspruch trat nun an den Tag. Frankreich wollte eine gesamtdeutsche Garantie für die Oder-Neiße-Linie, Deutschland konnte hier aber nur bedingt Zugeständnisse machen: Bundeskanzler Kohl sah sich als Verfassungsorgan an den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Moskauer und Warschauer Vertrag gebunden: Nur ein gesamtdeutscher Souverän könnte diese Grenze bestätigen. Nicht die BRD alleine.³⁴⁶ Frankreich aber wollte genau diese Bestätigung, und zwar vor einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

In den folgenden Monaten sollten die persönlichen Gespräche zwischen den beiden Staatsmännern immer wieder um diesen für Frankreich neuralgischen Punkt drehen. Bei einem persönlichen Treffen auf Mitterrands Landsitz in Latché an der Atlantikküste verdeutlichte der französische Präsident nochmals seine Linie³⁴⁷: Langsamer müsste es im Einigungsprozess vorangehen. Er selbst hätte mit 80 Millionen Deutschen kein Problem, das Problem allerdings wäre, dass Deutschland ein Volk wäre, welches nie seine Grenzen gefunden hätte. Die deutsche Ostgrenze war schon in Latché für Mitterrand eine höchst spezifische Grenze, denn sie „präsentiere die Risiken des Bruchs.“³⁴⁸

Für beide Staatsmänner war es aber schon im Januar das erklärte Ziel eine „Ordnung 2000“³⁴⁹ zu schaffen, keine Ordnung 1919 oder 1945. Trotz der Differenzen um die Oder-Neiße-Linie lässt sich also eine dichte Kommunikation feststellen, die fortgeführt werden sollte.³⁵⁰ So viel Verständnis für Kohls Situation, wie Mitterrand in seinen

³⁴⁴ Ebd., S. 120.

³⁴⁵ MITERRAND 1998, S. 30.

³⁴⁶ Nr. 120 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Baker, Berlin (West), 12. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

³⁴⁷ Nr. 135 Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, Latché, 4. Januar 1990, in: KÜSTERS 1998.

³⁴⁸ Ebd.

³⁴⁹ Ebd.

³⁵⁰ Nr. 160 Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Staatspräsident Mitterrand, 5. Februar 1990, in: Ebd. bzw. Nr. 187 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, Paris 15. Februar, 1990, in: Ebd.

Memoiren vorgibt zu haben,³⁵¹ war wohl jedoch beim französischen Staatsoberhaupt doch nicht vorhanden, denn laut ihm fehlten dem deutschen Bundeskanzler offensichtlich das Gespür für die politische Wichtigkeit dieser Angelegenheit. Juristisch wäre er vollkommen im Recht.³⁵² Auch ist die von Kohl geforderte Erklärung eines gesamtdeutschen Parlaments zur Anerkennung für Mitterrand lediglich als „einseitiger Akt“ zu bewerten, Frankreich beharrte auf einem völkerrechtlich gültigen Vertrag.³⁵³ Mitte Februar war dieser wunde Punkt in den deutsch-französischen Beziehungen also immer noch nicht geklärt. In gebetsmühlenartiger Weise hatte sich die Diskussion in den drei Wintermonaten kaum verändert, beide legten ihre Standpunkte dar, keiner von beiden rückte auch nur einen Zentimeter davon ab. Beide sahen sich im Recht. Nach der Verabschiedung der Entschließung bzgl. der Oder-Neiße-Grenze und des geplanten Vertrags zwischen Gesamtdeutschland und Polen³⁵⁴ telefonierte Kohl und Mitterrand Mitte März diesbezüglich ein letztes Mal.³⁵⁵ Bundeskanzler Kohl wird im Nachhinein über diesen Anruf schreiben: „Unser Telefonat war wie ein reinigendes Gewitter.“³⁵⁶ Mitterrand berichtete über seine Zusammenkunft mit dem polnischen Ministerpräsident und über dessen Ergebnis: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wäre notwendig, dementsprechend sollten die Verhandlungen über einen völkerrechtlich bindenden Vertrag schon vor dem Vollzug der deutschen Einheit beginnen. Allerdings könnte die Billigung eines solchen Vertrags erst durch einen gesamtdeutschen Souverän erzielt werden. Für die bald beginnenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen sollte Polen auch, wenn es selbst Verhandlungsgegenstand sei, anwesend sein.³⁵⁷ Kohl zeigte sich auf die Erläuterungen des französischen Präsidenten sehr verstimmt und legte in einem für ihn

³⁵¹ „Wäre ich Deutscher, ich würde leiden wie sie leiden, und die Aufforderungen zum Verzicht zerreißen. (...) Nur zu normal, wenn Kohl und seine Minister zögern; dass ihnen abverlangt wird, das einseitig von Stalin aufgezwungene Gesetz als Prinzip des internationalen Rechts anzuerkennen, erscheint ihnen als zu weit gehende Forderung.“ in: MITTERRAND 1998, S. 115.

³⁵² Ebd.

³⁵³ Ebd.

³⁵⁴ Vgl. mit Nr. 204 und Nr. 204A in: KÜSTERS 1998.

³⁵⁵ Nr. 218 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, 14. März 1990, in: Ebd.

³⁵⁶ KOHL 2009, S. 222.

³⁵⁷ Ebd.

ungewöhnlich langen Monolog alle die Dinge dar, welche ihn von Anfang an in der Sache der polnischen Grenze gestört hätten. Auf internationalem Niveau fühlte er sich ungerecht behandelt, zudem zeigte er sich verstimmt, dass die Polen mit dem französischen Verbündeten über die Aushandlung des Vertrags sprächen und diese auch noch beschlössen, ohne sich zuvor an die Bundesrepublik gewandt zu haben.³⁵⁸

Das Ergebnis stand fest, beide Seiten hatten einstecken müssen: Die Bonner Regierung hat die leidvolle Erfahrung machen müssen, dass „für viele 40 Jahre Demokratie in der Bundesrepublik nichts gelten.“³⁵⁹ Frankreich hatte diesbezüglich wenig dafür getan, diesen Eindruck aus der Welt zu schaffen. Und Präsident Mitterrand musste sich letztendlich mit einem Vertragswerk zufrieden geben, welches erst nach der vollzogenen Einheit durch ein gesamtdeutsches Parlament verabschiedet werden würde. Frankreich sollte im nun folgenden Zwei-plus-Vier-Prozess weiterhin auf ein Vorankommen in der Vertragsfrage drängen.³⁶⁰ Erst nach der gemeinsamen Verabschiedung der Erklärung bzgl. der westpolnischen Grenze von Bundestag und Volkskammer zeigte es zufriedener.³⁶¹ Der Zeitpunkt, nicht der Akt an sich war das Problem gewesen.³⁶² Doch hatte dadurch Paris den Bruch mit Bonn riskiert³⁶³, fast wäre der Weg, der schon in Straßburg vorgezeichnet wurde, untergraben worden.³⁶⁴ Endgültig war die Sache für Paris aber erst am 14. November 1990 geklärt, als der völkerrechtlich bindende Vertrag zur polnischen Westgrenze von einem gesamtdeutschen Parlament verabschiedet wurde. Frankreich hatte diesbezüglich sein Ziel erreicht: Nie wieder Locarno.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Ebd.

³⁶⁰ Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei-plus-Vier, Bonn, 5.5.90, in: KÜSTERS 1998.

³⁶¹ SCHABERT 2002, S. 482.

³⁶² HARBAUM 2008, S. 112-117.

³⁶³ WEIDENFELD 1998, S. 623-626.

³⁶⁴ NESSHÖVER 1996, S. 120.

1.2.4 Hand in Hand - Das deutsch-französische Tandem auf einem gemeinsamen Weg nach Europa

Wie war es also, das deutsch-französische Verhältnis während des Einigungsprozess? War es nur von Streit und Unverständnis geprägt? Sicherlich, die deutsche Einigung stellte das „bilaterale Verhältnis auf eine schwere Probe.“³⁶⁵ Aber sie wurde trotz aller existierenden Differenzen, sei es persönlicher oder inhaltlicher Natur, auf professionelle Art und Weise gemeistert.³⁶⁶

Das französische Staatsoberhaupt hatte sehr früh begriffen, dass die deutsche Einheit nicht aufzuhalten war und Europas Chance von einer zügigen Integration der westeuropäischen Staaten abhängig war. Nicht alle Vorbehalte waren ausgelöscht, aber Bonn und Paris hatten mit Jahresbeginn 1990 einen guten, fruchtbaren Dialog gefunden, auf dessen Basis das zukünftige Europa und Deutschland gebaut werden konnten.³⁶⁷ Nachdem man sich im März bezüglich der polnischen Westgrenze ausgesprochen hatte, ging das deutsch-französische Tandem Ende des Monats Hand in Hand den Weg in ein geeintes Europa.³⁶⁸ Die deutsche Einheit wurde in Dublin endgültig in die europäische Integration eingebettet³⁶⁹, ihr wurden die, zumindest aus der Sicht des Auslands, notwendigen monetären wie auch politischen Zügel angelegt, welche einen möglichen deutschen Hegemon im Zaun halten sollten.³⁷⁰ Die Einheit gegen die Aufgabe der Deutschen Mark, laut Winkler sogar eine der Vorbedingungen Frankreichs für die Einigung.³⁷¹ Im Zwei-plus-Vier-Mechanismus erwies sich Frankreich

³⁶⁵ RÖDDER 2009, S. 193.

³⁶⁶ „Unsere gesellschaftlichen Vorstellungen, unser politisches Engagement, unsere Freundschaften und, wer weiß, auch unsere Charaktere: alles musste uns a priori trennen. Doch wir haben das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern auf ein höheres Niveau gehoben und kraft einer engen persönlichen Beziehung der Europäischen Gemeinschaft den ihr fehlenden Schwung gegeben. Ich stand der deutschen Sozialdemokratie nahe, wünschte ihren Erfolg und habe den Mann, der sie bekämpfte und von der Regierungsmacht verdrängte, zu schätzen gelernt.“ In: MITTERRAND 1998, S. 120.

³⁶⁷ SOUTOU 1996, S. 401.

³⁶⁸ Nr. 257 55. Deutsch-französische Konsultationen, Paris, 26. April 1990, in: KÜSTERS 1998.

³⁶⁹ GRUNER 1993, S. 347.

³⁷⁰ HARBAUM 2008, S. 124.

³⁷¹ WINKLER 2000, S. 526.

ebenfalls als verlässlicher Partner der bundesdeutschen Delegation. Nationale Interessen und französische Traditionen wie das ständige Bestreben einer Überwindung der beiden Blöcke wurden zurückgestellt, die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands auch westlich des Rheins gewünscht. Dies wurde schon Ende April bei einem Treffen der drei Mächte mit Seiders deutlich.³⁷² Jedoch war für Frankreich der Zwei-plus-Vier-Prozess erst der Anfang, erst mit dem Vertrag von Maastricht war für Paris dieser lange Weg beendet.³⁷³

1.2.5 Zwischenfazit Frankreich:

Ein geeintes Europa als Garant französischer Sicherheit gegen die „deutschen Unsicherheiten“³⁷⁴

Frankreich hatte im Strudel der Ereignisse rund um die deutsche Einheit seine Zeit gebraucht, um seinen Platz in diesem Prozess zu finden, aber auch, um seine Strategie zu formulieren. In den Monaten Ende des Jahres 1989 glich das Verhalten der französischen Republik einer wahren Achterbahnfahrt, aus bundesdeutscher Sicht waren mehrere Hochs, aber vor allem auch mehrere Tiefs zu verzeichnen, die französische „Sphinx“³⁷⁵ war nicht zu durchschauen. Mit dem Niedergang der Ordnung Jaltas, auf deren Stellung die französische Position im internationalen System beruhte, wurden im November 1989 Rufe nach Gleichgewicht, Ordnung und Stabilität laut. Ähnlich wie Großbritannien sollte sich Frankreich während der gesamten Wende nicht komplett von diesen Ordnungsvorstellungen verabschieden können, die Diskussion um die Oder-Neiße-Linie kann hierfür als Beispiel herangezogen werden. Besonders aber in den ersten zwei Monaten nach Mauerfall rang Paris um eine kohärente Linie in der „Deutschen Frage“, denn neben den traditionell britischen Ordnungsvorstellungen ist bereits ein anderes Konzept präsent, diesmal ein typisch französisches: das Prinzip der Freiheit – « liberté » – der Selbstbestimmung der Völker über ihr eigenes Schicksal.

³⁷² Nr. 260 Gespräch des Bundesministers Seiders mit den Vertretern der Drei Mächte, Bonn, 30.4.1990, in: KÜSTERS 1998.

³⁷³ NESSHÖVER 1996, S. 122-123.

³⁷⁴ VIENOT, Pierre: Incertitudes allemandes, London 1931.

³⁷⁵ RÖDDER 2009, S. 160.

Zwischen eigenem Sicherheitsbedürfnis, französischen Traditionen einer Blocküberwindung und dem Freiheitsgedanken hin und her gerissen entsteht bis zur Jahreswende 1989/90 ein sehr verschwommenes Bild: Seit Mauerfall war eine forcierte europäische Integration bereits eine mögliche Lösung der „Pariser Dilemmata“³⁷⁶, nichtsdestoweniger behielt sich Paris aber das Ausloten anderer Optionen vor: Die Vier-Mächte-Karte wird häufig zum Einsatz kommen, Frankreich verspürt das Bedürfnis, sich als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs zu präsentieren, sowie auf internationalem Parkett Einfluss geltend zu machen, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten. Aber auch alte Konstellationen sind es für Frankreich wert, geprüft zu werden. Bis in den Winter hinein unterscheiden sich die Ordnungsvorstellungen von Frankreich und Großbritannien kaum, allerdings wurden diese auf komplett unterschiedliche Art und Weise gelebt.

Schließlich fanden die Bundesrepublik und Frankreich eine gute Kommunikationsbasis, die den Grundstein für ein neues Europa legen sollte. Der Streit um die Anerkennung der polnischen Westgrenze sollte die einzige Wunde im deutsch-französischen Verhältnis bleiben, welche einer besonderen und intensiven Pflege bedurfte. Frankreich hatte seine verschiedenen Handlungsmöglichkeiten zur Genüge ausgelotet, die Strategie einer „defensiven Gegenmachtsbildung“³⁷⁷ war ab dem sowjetischen Ja zur deutschen Selbstbestimmung endgültig vom Tisch. Am Ende siegte Europa, aus dem ambivalenten Frankreich wurde ein durch und durch europäisches Frankreich, denn es war Paris in zweifacher Hinsicht dienlich: Europa als verlässlichster Garant französischer Sicherheit, aber auch Europa als Forum und Möglichkeit einer neuen Platzierung der *Grande Nation* in der künftigen, unipolaren Welt. Für eine gesicherte Zukunft Frankreichs.

³⁷⁶ HARBAUM 2008.

³⁷⁷ NESSHÖVER 1996, S. 106.

1.3 VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA - „Wichtigster Anwalt der deutschen Sache“³⁷⁸

1.3.1 November 1989 – Verhaltene Reaktionen

Der Erfolg des deutschen Einigungsprozesses sollte entscheidend von der Qualität des Verhältnisses zwischen Bonn und Washington abhängig sein. Dank deren dichter Kommunikation und Kooperation wurde am Ende des Jahres 1990 die deutsche Einheit Wirklichkeit. Das Fundament für diese erfolgreiche Zusammenarbeit war bereits zwei Jahre zuvor gelegt worden.

Mit George Bush folgte Ronald Reagan im Januar 1989 ein außenpolitisch extrem versierter und sachkundiger Mann in das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten.³⁷⁹ Bush war somit auf die anstehenden Herausforderungen dieses bewegten Jahres bestens vorbereitet. Aus bundesdeutscher Perspektive war Reagans Nachfolger auch ein Präsident, welcher „(...) für die Probleme Deutschlands und Europas aufgeschlossen war.“³⁸⁰ Das und ein „erheblicher Vertrauensvorschuss“³⁸¹ für das bundesdeutsche Kabinett, welches sich seit 1982 als zuverlässiger und proamerikanischer Partner erwiesen hatte³⁸², legte das Fundament für hervorragende deutsch-amerikanische Beziehungen während des Einigungsprozesses.³⁸³

³⁷⁸ WIRSCHING 2006, S. 663.

³⁷⁹ Auf internationaler Ebene hatte er sich bereits durch seinen Posten als erster US-Botschafter in China und schließlich durch das Amt des Vizepräsidenten unter Reagan einen Namen gemacht SCHÖLLGEN 2013, S. 241.

³⁸⁰ HAFTENDORN 2001, S. 384.

³⁸¹ KÜSTERS 1998, S. 27-28.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Zwischen George Bush und Helmut Kohl entwickelte sich eine stabile, tragfähige Kooperation und eine Freundschaft auf privater Ebene, Dankesschreiben und Urlaubsgrüße zeugen davon. Ihr Nationalstolz und Familiensinn verbanden die beiden Staatsmänner. Siehe Nr. 171 Schreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, White House, 9. Februar 1990; Nr. 303 Schreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, 7. Juni 1990 sowie Nr. 226 Schreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, Washington, 21. März 1990, in: KÜSTERS 1998. Kohl sollte später Bush in seinen Memoiren zur deutschen Einheit danken, er hätte sich „auch persönlich immer auf seinen Freund (...) verlassen können.“ in KOHL 2009, S. 19.

Die US-amerikanischer Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses basierte aber nicht nur auf Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen, auch ideologische Komponenten fielen bei dieser Entscheidung beträchtlich ins Gewicht.³⁸⁴ Deutschland war für die Administration Bush nunmehr in das Zentrum der amerikanischen Außenpolitik gerückt.³⁸⁵ Nicht alle Verbündeten waren mit dieser neuen Ausrichtung einverstanden.³⁸⁶ Doch trotz mancher Kritik trug das von Bush bereits in einer Rede in Mainz angekündigte Konzept der „partner in leadership“³⁸⁷ seine Früchte: Die Verbindung von persönlicher Freundschaft und enger gegenseitiger Abstimmung sollte zur Erfolgsformel im deutschen Einigungsprozess werden.

War dann also die Diskussion um die „Deutsche Frage“ für die Vereinigten Staaten von vornherein entschieden? Der Mauerfall kein „Schock“³⁸⁸ für Washington sondern absehbar und die Administration auf die nun folgenden Monate bestens vorbereitet? Sicherlich, die Ereignisse in Ostberlin konnten in Washington ein ganzes Stück entspannter gesehen werden als in London oder gar Paris: Man blickte aus der Perspektive einer Weltmacht und von der anderen Seite des Atlantiks nach Europa. Auch fehlte den USA historisch gesehen die negative Erfahrung im eigenen Land mit einem deutschen Nationalstaat, ganz im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich.³⁸⁹ Und: Eine erfolgreiche deutsche Einigung implizierte für die Vereinigten Staaten den Sieg des Westens im Kalten Krieg.³⁹⁰ Doch hatten die Entwicklungen in Berlin für Washington auch ihre Schattenseiten: Eine mögliche Einigung der beiden deutschen Staaten bedeutete nämlich

³⁸⁴ Im Sinne des amerikanischen Freiheitsgedanken war die deutsche Teilung auf Dauer für die Vereinigten Staaten nicht vertretbar. (RÖDDER 1998, S. 233-241) Ähnlich wie in Frankreich wird dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die außenpolitische Direktive der Regierung Bush trug diesem Grundgedanken und dem internationalen Tauwetter Ende der 1980er Jahre Rechnung: Bereits bei Regierungsantritt sollte sie den Weg in eine dichte Kooperation mit Bonn vorzeichnen und das Ziel amerikanischer Außenpolitik klar definieren: Die „Überwindung des Status quo zugunsten eines ungeteilten und freien Europas und seiner Einheit auf der Grundlage der westlichen Werte“. (RÖDDER 2004, S. 99.)

³⁸⁵ KNAPPE 1996, S. 72.

³⁸⁶ THATCHER 1993, S. 1084; siehe Punkt IV/1.1.4 dieser Arbeit.

³⁸⁷ KNAPPE 1996, S. 71.

³⁸⁸ KOHL 2009, S. 20.

³⁸⁹ KAISER 1991, S. 49-52.

³⁹⁰ HAFTENDORN 2001, S. 442.

auch eine Gefährdung der Rolle der USA in Europa, sowohl aus militärischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht.³⁹¹

Und tatsächlich, in Washington reagierte die politische Führung sehr verhalten auf die Nachricht der geöffneten Grenze. Zu viel war noch im Unklaren, zu viel stand für Bush auf dem Spiel, als dass er an dieser Stelle bereits von Einheit oder gar einem Sieg in der Blockkonfrontation gesprochen hätte.³⁹² Ganz vorsichtig wollte man sich an die nun kommenden Ereignisse heranwagen, nichts überstürzen und vor allem Abstand von allzu großer Euphorie nehmen, öffentliche waren Triumphe zu vermeiden.³⁹³ Genau diese Linien spiegelten sich auch in Bushs Telefonat mit Helmut Kohl am Abend des 10. Novembers wieder:³⁹⁴ Die „allergrößte Achtung“³⁹⁵ und der „Stolz der amerikanischen Regierung“³⁹⁶ auf Deutschland werden Kohl ausgesprochen. Und auch, dass man sich bemühen werde, zu „exzessive Rhetorik“³⁹⁷ zu vermeiden, denn „dann könne man Schwierigkeiten bekommen.“³⁹⁸ Was Bush unter diesen Schwierigkeiten versteht, erläutert er gegenüber Kohl an dieser Stelle noch nicht. Man wollte engen Kontakt halten und bald wieder telefonieren.³⁹⁹ Kommunikation und Zurückhaltung, die Mischung dieser beiden Handlungsmuster kann Washington bereits einen Tag nach Mauerfall im persönlichen Kontakt mit Bonn zugeschrieben werden. Und Offenheit, von beiden Seiten. Der Vertrauensvorschuss noch vor Regierungsantritt der Administration Bush machte sich somit auch in dieser ganz speziellen Situation bemerkbar. In Bonn ist man mit Washington und deren Zurückhaltung auf einer Linie⁴⁰⁰, denn auch hier ist man an einer kalkulierbaren Entwicklung interessiert. Für seine verhaltene Reaktion

³⁹¹ ZELIKOW/RICE 1997, S. 26.

³⁹² Ebd., S. 156-158.

³⁹³ RÖDDER 1998, S. 241.

³⁹⁴ Nr. 82 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 10. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Ebd.

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ Ebd.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ Ebd.

erntete Präsident Bush jedoch harsche Kritik im eigenen Lager, Farblosigkeit wurde ihm vorgeworfen.⁴⁰¹

Nichtsdestoweniger wurde die enge Kommunikation mit Kohl fortgesetzt, wie am 10. November vereinbart, telefonierten die beiden Regierungschefs eine Woche später miteinander, kurz vor dem Sondergipfel in Straßburg.⁴⁰² Was die „Deutsche Frage“ angeht, müsste man sich unbedingt treffen und in aller Ruhe unterhalten, er „wolle sicher sein, dass er jede Nuance der deutschen Frage erfasst habe.“⁴⁰³ Hier wird das erste Mal direkt von den Folgen der Entwicklungen für Deutschland gesprochen. Auch wenn die Vereinigten Staaten an dieser Stelle noch nicht Position beziehen legte man Wert auf gegenseitiges Verständnis, denn Partner in leadership bedeutete, Bonn bewusst Autonomie und Handlungsspielraum zuzugestehen und somit mögliche bilaterale Alleingänge der Bundesrepublik mit dem Osten zu verhindern.⁴⁰⁴

Trotz der positiven Haltung gegenüber der BRD war man in Washington nicht entspannt, sondern tendenziell angespannt bzgl. der Ereignisse in Europa. Man war sich der schwankenden Statik des Kalten Krieges bewusst und wollte keinesfalls ihren plötzlichen Einsturz herbeiführen. Stabilität war erwünscht, aber noch fehlte eine präzise Vorgehensweise im Einigungsprozess, trotz der Tatsache, dass Ende November sowohl bundesdeutscher als auch britischer Besuch in den Vereinigten Staaten angekündigt war. Eine genaue Strategie sollte sich erst allmählich entwickeln. Zwei Linien existierten bezüglich einer möglichen US-amerikanischen Vorgehensweise Mitte November in Washington: Das Außenministerium empfahl, zwar „die nationalen

⁴⁰¹ RÖDDER 1998, S. 241. Doch für Bush, dessen Administration relativ wenig Wert auf die zeremonielle Seite der Präsidentschaft legte, war dies eine ganz bewusste und begründete Reaktion, zu ungewiss war die Reaktion der Sowjetunion und zu riskant jegliche Instabilität: „Ich werde mir nicht auf die Brust schlagen und auf der Mauer tanzen.“ (ZELIKOW/RICE 1997, S. 158.)

⁴⁰² Nr. 93, in: KÜSTERS 1998. Hier kritisierte Bush offen die zu euphorischen Reaktionen in den Vereinigten Staaten, zum ersten Mal sprach er die Gefahr einer Destabilisierung des sowjetischen Regierungschefs offen an. Man sollte sich lieber von der „großen Rhetorik“⁴⁰² entfernen. Die enge Kommunikation wird hier weitergelebt, Bush bestand auf deren Fortführung und forderte sogar explizit Ratschläge von seinem Freund. (Ebd.)

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ KAISER 1991, S. 49-52.

Bestrebungen der Deutschen zu unterstützen“⁴⁰⁵, jedoch sollte der Fokus eher auf einer Demokratisierung im Osten liegen⁴⁰⁶. Wie Großbritannien also? Dem Außenminister selbst war diese Linie zu unpräzise, er stütze sich fortan auf vier Prinzipien, die zwei seiner Mitarbeiter entworfen hatten: Unterstützung der deutschen Selbstbestimmung, ohne sich allerdings auf ein genaues Ziel festzulegen, Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in EG und NATO, die Vereinigung sollte friedlich und schrittweise erfolgen und die KSZE-Schlussakte sei bzgl. der Grenzen zu achten.⁴⁰⁷ Mitte November war in Washington hinter den Kulissen also schon konkret die Rede von einer deutschen Wiedervereinigung. Wie genau man vorgehen wollte bzw. inwieweit sich die Unterstützung des deutschen Selbstbestimmungsrechts durch die USA äußern sollte, war allerdings noch nicht klar.

Diese wohlwollende Haltung der Vereinigten Staaten blieb zwar Bonn nicht verschlossen⁴⁰⁸, jedoch legte man, wie auch Präsident Bush, Wert auf persönlichen Kontakt zwischen den beiden Ländern zur Förderung und Erhaltung dieser Einstellung. Ein Treffen zwischen Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl war zwar von beiden Seiten gewünscht worden, jedoch vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Malta nicht realisierbar.⁴⁰⁹ So musste der Besuch von Außenminister Genscher am 20. November vorerst genügen.⁴¹⁰ Die deutsche Einheit sollte in Washington direkt noch nicht angesprochen werden⁴¹¹, zu vorsichtig waren beide Seiten. Jedoch konnte sich Bonn bereits im November der amerikanischen Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes sicher sein, dies wurde Genscher zugesichert.⁴¹² Wieder war ein Schritt mehr zu einer

⁴⁰⁵ ZELIKOW/RICE 1997, S. 169.

⁴⁰⁶ Ebd.

⁴⁰⁷ Ebd.

⁴⁰⁸ Nr. 94B Haltung der drei Westalliierten und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zur Entwicklung in der DDR, 17. November 1989, in KÜSTERS 1998.

⁴⁰⁹ Nr. 93 in: ebd.

⁴¹⁰ Eine Atmosphäre geprägt von „großer Herzlichkeit, (...) Wärme und tiefen freundschaftlichen Gefühlen“ erwarteten den bundesdeutschen Außenminister, welcher Präsident Bush als Zeichen des Dankes sogar einen Stein der Berliner Mauer übergab. (GENSCHER 1995, S. 665.)

⁴¹¹ ZELIKOW/RICE 1997, S. 169.

⁴¹² „So verließ ich das Weiße Haus in dem Bewusstsein, mit Freunden zusammengetroffen zu sein, mit Freunden, die unseren Wunsch nach Herstellung der deutschen Einheit befürworteten, uns unterstützten und sich zusammen mit uns

gemeinsamen deutsch-amerikanischen Linie getan worden. Die von Bakers Mitarbeitern entworfenen vier Richtlinien hatten sich im Verhalten der Administration Bush gegenüber dem bundesdeutschen Außenminister bereits niedergeschlagen.

Vier Tage später stand den USA ein anderer Besuch ins Haus: Margaret Thatcher hatte sich angekündigt. Wie geplant wurde die Eiserne Lady von Präsident Bush in Camp David empfangen. Spätestens seit dem Telefonat mit der britischen Regierungschefin, welches Bush gleich nach dem mit Kohl am 17. November führte,⁴¹³ war dem amerikanischen Präsidenten der harte Kurs seiner Amtskollegin bekannt. ⁴¹⁴ Trotz aller Erklärungen konnte Thatcher ihren amerikanischen Amtskollegen nicht zu konkreten Äußerungen zu einer aktiven Verlangsamung des Prozesses bewegen.⁴¹⁵ Die Partnerschaft Washington-Bonn war über jegliche Versuche der britischen Premierministerin erhaben. Die USA hielten, was sie Genscher bei seinem Besuch versprochen hatten. Die Vier Prinzipien des Außenministeriums hielten Schritt für Schritt Einzug in die konkrete Politik Washingtons, Anfang Dezember sollten sie endgültig zum Leitfaden der Vereinigten Staaten im Einigungsprozess werden.⁴¹⁶

1.3.2 Dezember 1990 – Ein aktives Amerika

Ein bedachtes Vorgehen war kennzeichnend für die USA bis Ende November 1989, „friedlich“⁴¹⁷ und „schrittweise“⁴¹⁸ sollte alles vonstattengehen. Bisher hatte sich Washington eher zurückgehalten, eher reaktiv als aktiv war das Verhalten nach Mauerfall. Dies sollte sich schlagartig ändern, denn mit der Kohl'schen Offensive des Zehn-

Gedanken darüber machten, wie dieses Ziel in einer Weise verwirklicht werden könnte, die für ganz Europa ein Gewinn sein würde, und wie man dazu die Zustimmung der Sowjetunion erreichen könnte.“ in: GENSCHER 1995, S. 667.

⁴¹³ Nr. 93, in: KÜSTERS 1998.

⁴¹⁴ Dementsprechend konzentriert bereitete er sich auf das bevorstehende Treffen vor. Der NSC riet ihm, sich auf keinen Fall auf Formulierungen einzulassen, welche die deutsche Wiedervereinigung als „fernes, unerreichbares Ziel“ erschienen ließen. Bush hielt sich daran. (ZELIKOW/RICE 1997, S. 172.)

⁴¹⁵ Ebd., S. 172-173.

⁴¹⁶ Siehe Punkt IV/3.2 dieser Arbeit.

⁴¹⁷ ZELIKOW/RICE 1997, S. 169.

⁴¹⁸ Ebd.

Punkte-Plan sah sich nun auch das Weiße Haus unter Zugzwang. Mehr amerikanische Präsenz und eine konkrete Vorgehensweise waren nun gefragt. Man wollte seiner Führungsrolle gerecht werden.

Die USA waren das einzige Land innerhalb des westlichen Lagers, welches von Bundeskanzler Kohl persönlich von seiner Initiative informiert werden sollte: In einem Schreiben am 28. November legte Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan dar und bat den amerikanischen Präsidenten inständig, die Vorgehensweise der Bundesregierung zu unterstützen.⁴¹⁹ Dies sollte auch letztendlich geschehen, Bush sollte in Malta im Sinne Kohls auf den sowjetischen Generalsekretär einwirken.⁴²⁰ Die USA waren sich bewusst, auf welch dünnem Eis sich der deutsche Bundeskanzler international bewegte. Wie schon bei Mauerfall zeigt sich hier ein weiteres Mal, dass die Vereinigten Staaten dem Erhalt der Stabilität im internationalen System eine große Bedeutung beimaßen. Diesmal galt die Sorge Washingtons jedoch nicht Gorbatschow, sondern ihrem eigenen Verbündeten Helmut Kohl, welcher vor zu starker internationaler Kritik abgeschirmt werden musste.⁴²¹ Auf keinen Fall sollte auch noch die Einheit innerhalb des westlichen Bündnisses gefährdet oder gar Kohls Position bedroht werden. Jetzt musste man Farbe bekennen und handeln. Drei Ziele wurden deshalb formuliert, deren Umsetzung der amerikanische Präsident auf beiden Gipfeltreffen in Malta mit Gorbatschow und in Brüssel mit den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses erreichen sollte: Die Sowjetunion sollte unter keinen Umständen beunruhigt werden, aber falls nötig, sollte man sich zur deutschen Wiedervereinigung bekennen. Das westliche Bündnis sollte auf eine Linie zur Unterstützung der Initiative Kohls gebracht werden. Kohls Initiative sollte aber gleichzeitig auch bzgl. ihrer Kompatibilität mit amerikanischen Zielen (Grenzfragen und Verbleib in der NATO) geprüft werden. Den Rahmen für die Veränderungen in Mitteleuropa

⁴¹⁹ „Lieber George, ich wäre Ihnen besonders verbunden, wenn Sie gegenüber Generalsekretär Gorbatschow die in diesen 10 Punkten zum Ausdruck kommende Politik unterstützen und ihm verdeutlichen würden, dass nicht das Festhalten an überkommenen Tabus, sondern dieser zukunftsgerichtete Kurs im besten Interesse auch seines Landes liegt. Dafür danke ich Ihnen im Voraus! Mit freundlichen Grüßen, Ihr Helmut Kohl.“ in: Nr. 101 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Bush, Bonn, 28. November 1989, in: KÜSTERS 1998.

⁴²⁰ Nr. 109 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Laeken bei Brüssel, 3. Dezember 1989, in: ebd.

⁴²¹ ZELIKOW/RICE 1997, S. 182.

sollte eine schließlich eine neue, gesamteuropäische Vision bilden.⁴²² Washington ging also merklich in die Offensive, auch wenn diese zum Großteil reaktiv bzgl. der Zehn Punkte zu verstehen ist. Die Stabilität Europas sowie die Einheit im westlichen Bündnis waren den Amerikanern aber zu wichtig, als dass sie riskiert hätten, die Führungsrolle in dem nun anstehenden Prozess einem anderen Land zu überlassen. Auch in Malta sollte Präsident Bush zu Bonn stehen und dessen Initiative verteidigen⁴²³, in Brüssel sollte er den amerikanischen Fahrplan für den Einigungsprozess öffentlich vorstellen.⁴²⁴ Die Vier Punkte Bakers waren nun zur offiziellen Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten geworden, sie sollten die Vorgehensweise Washingtons für die kommenden Monate strukturieren.⁴²⁵ Doch wie Kohls Initiative, so war der Schritt Washingtons doch auch gewagt: Die Vier Punkte war nichts Geringeres als die US-amerikanischen Maximalforderungen für eine deutsche Wiedervereinigung, mit der Realpolitik des Kalten Krieges hatte dies nichts mehr zu tun.⁴²⁶

Im Dezember sollte sich Bonn weiter auf seinen transatlantischen Partner verlassen können, die Kommunikation auf Botschafterebene wie auch zwischen gewählten Vertretern der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten blieb eng.⁴²⁷ Ob durch persönliche Treffen wie das in Laeken bei Brüssel oder durch gegenseitige Schreiben, Kohl und Bush brachten sich immer gegenseitig auf den neuesten Stand, die deutsch-amerikanische Strategie wurde immer gemeinsam abgestimmt. Gemeinsam wollte man in Richtung deutsche Einheit gehen. Selbst und besonders bei Missverständnissen erwies sich dieses dichte Kontaktnetz als Segen.⁴²⁸ Im November ließ man

⁴²² ZELIKOW/RICE 1997, S. 187.

⁴²³ Nr. 93, in: KÜSTERS 1997.

⁴²⁴ ZELIKOW/RICE 1997, S. 195.

⁴²⁵ HAFTENDORN 2001, S. 356.

⁴²⁶ RÖDDER 2009, S. 150.

⁴²⁷ Nr. 101, Nr. 109 sowie Nr. 113 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 7. Dezember 1989, Nr. 121 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 13. Dezember 1989, Nr. 132 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Vertretern der Drei Mächte, Bonn, 21. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

⁴²⁸ Außenminister Baker besuchte im Dezember sowohl West- als auch Ostberlin. Bemerkungen bei einer Pressekonferenz bzgl. des Kohl'schen Zehn-Punkte-Programms ließen an der US-amerikanischen Unterstützung dieses Fahrplans Zweifel laut werden. Baker entschuldigte sich in einem persönlichen Schreiben an

in der amerikanischen Hauptstadt die Ereignisse sich entwickeln, Stabilität und Ordnung im internationalen System durften nicht weiter gefährdet werden. So unterschiedlich war der Standpunkt Washingtons nicht von dem der anderen beiden westlichen Siegermächte, auch nicht im Dezember 1989. Die Ordnungsvorstellungen bzgl. der Erhaltung der Stabilität im internationalen System blieben gleich. Auch das Handlungsmuster der Kommunikation und Abstimmung mit den Verbündeten, insbesondere mit Bonn, findet sich im Dezember wieder. Was verloren geht, ist die US-amerikanische Zurückhaltung, das Abwarten. Sie wird ersetzt durch gezielten Aktivismus und gelebten Führungsanspruch bzgl. der äußeren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, ein im Dezember für die USA komplett neues Handlungsmuster. Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers gab hierfür den Anstoß. In fast hektischer Art und Weise zeigten die USA im Dezember eine ungewohnt hohe Präsenz in Europa.⁴²⁹ Man hoffte, die restliche Stabilität in Europa zu erhalten und gleichzeitig den dort angestoßenen Prozess in die aus US-amerikanischer Sicht richtige Richtung zu lenken: Hin zu einem geeinten Europa in einer unipolaren Welt.

1.3.3 Zwei-plus-Vier – Eine diplomatische Erfolgsgeschichte

Das Ziel stand nun fest: Am Ende des Wandels in Mittel- und Osteuropa sollte die deutsche Einigung stehen und mit ihr das Ende der Spaltung Europas. Die Frage, die sich in den USA nun am dringendsten stellte, war das Wie. Wie sollte dieses Ziel erreicht werden, wie die beiden deutschen Staaten vereinigt werden, sodass alle Nachbarn zufrieden wären und den Interessen aller Verbündeten Rechnung getragen würde?

Der Wunsch nach einer zeitnahen Vereinigung Ost- und Westdeutschlands stellte die Vereinigten Staaten im Januar vor drei entscheidende Probleme: Mit welcher Geschwindigkeit und welchem Ergebnis bzgl. der deutschen NATO-Mitgliedschaft sollte der Prozess vorstattengehen? Welcher Mechanismus sollte den Rahmen für die

Bundeskanzler Kohl für die Unannehmlichkeiten auf sehr herzliche Art und Weise und sicherte Kohl weiterhin die amerikanische Unterstützung zu. Siehe Nr. 125 Schreiben des Außenminister Baker an Bundeskanzler Kohl in: KÜSTERS 1998.

⁴²⁹ ZELIKOW/RICE 1997, S. 215.

Vereinigung der BRD und der DDR bilden und inwieweit sollte westliches Militär in einem vereinigten Deutschland in den 1990er Jahren präsent sein?⁴³⁰ Da sich Kohl Ende Januar bzgl. einer klaren Aussage der NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands nach wie vor bedeckt hielt und die Zeit drängte, konzentrierte sich die Administration Bush auf die Schaffung eines Mechanismus für die Einigung. Am adäquatesten erschien dem NSC eine de-facto-Einigung der beiden deutschen Staaten untereinander. In einem zweiten Schritt sollten dann erst die Vier Mächte zu näheren Konsultationen und zur Abwicklung der Einigung herangezogen werden. Die Sowjetunion allerdings vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie lediglich zur Abwicklung der deutschen Einheit heranzuziehen schien dem US-Planstab unter Ross und Zoellick zu riskant. Die KSZE als Verhandlungsforum schied ebenfalls aus⁴³¹, zu groß wäre der Kreis der Beteiligten, die Ansprüche an ein geeintes Deutschland geltend machen könnten, zu viele Staaten würden bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten mitmischen. Und die Verhandlungen nur auf den Kreis der Vier Mächte zu beschränken hieße Deutschland zu bevormunden. Genscher hatte bereits bei seinem Besuch im November in Washington klargemacht, dass Westdeutschland eine „Katzentischlösung“⁴³² dieses Mal nicht akzeptieren würde. Nicht noch einmal sollte über das Schicksal Deutschlands über die Köpfe der Deutschen hinweg entschieden werden.⁴³³ Wie sollte also der Rahmen für die deutsche Einheit aussehen, wenn so viele Möglichkeiten von vornherein ausgeschlossen? Ross und Zoellick versuchten, all dies zu berücksichtigen, als sie Außenminister Baker im Januar den Vorschlag unterbreiteten, das Vier-Mächte-Forum für die Abwicklung der deutschen Einheit um die beiden deutschen Staaten zu erweitern. Gewissermaßen ein „Zwei-plus-Vier-Mächte-Forum“⁴³⁴, welches nach den Wahlen in Ostdeutschland seine Arbeit aufnehmen sollte.⁴³⁵ Laut Ross und Zoellick war dies die effektivste Möglichkeit, auf eine „Zeitrafferversion der Einigung“⁴³⁶ umzuschalten, welche Anfang 1990 aus Sicht der USA dringend

⁴³⁰ Ebd., S. 238.

⁴³¹ Ebd., S. 240.

⁴³² GENSCHER 1995, S. 667.

⁴³³ Ebd.

⁴³⁴ ZELIKOW/RICE 1997, S. 240.

⁴³⁵ Ebd.

⁴³⁶ Ebd.

notwendig wurde. Allerdings standen die Mitarbeiter des Außenministeriums diesem Vorschlag nicht unkritisch gegenüber: Die Zwei-plus-Vier-Variante würde den Prozess nicht beschleunigen, sondern eher bremsen, außerdem könnten die Implikation der Vier Mächte in Bonn Irritationen hervorrufen. Was die Sowjetunion angehe, so wäre deren Implikation an dieser Stelle aus US-amerikanischer Perspektive in keinem Fall wünschenswert.⁴³⁷ Trotz dieser Vorbehalte wurde das Zwei-plus-Vier-Konzept schließlich von allen Seiten der Bush-Administration unterstützt, zu groß war das Risiko einer bilateralen deutsch-sowjetischen Regelung der Einheit, wenn dieses Gesprächsforum nicht verwirklicht werden könnte. Und ein Ausscheiden der USA aus dem Entscheidungsprozess zur deutschen Einheit hätte einem Abschied Gesamtdeutschlands aus dem westlichen Bündnis bedeutet.⁴³⁸

Zielorientiert arbeitete also die Bush-Administration auf die Abwicklung der deutschen Einheit hin: Auf die Mitte Januar aufgeworfenen Fragen hatte Washington binnen weniger Wochen drei klare Richtlinien entworfen, welche der Position der Vereinigten Staaten bzgl. Mittel- und Osteuropa immer mehr Profil gaben: Der schnellste Weg zur Einheit sollte verfolgt werden, an dessen Ende sollte die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO stehen. Der Zwei-plus-Vier-Mechanismus sollte hierfür den Rahmen bilden, Deutschland und die Vier Siegermächte gleichzeitig in den Entscheidungsprozess einbinden. Und die Vereinigten Staaten würden weiterhin ihren Verpflichtungen als europäische Macht in den 1990er Jahren nachkommen: Es würden weiterhin US-Truppen in Westdeutschland stationiert bleiben, wenn auch in reduzierter Form.⁴³⁹ Das europäische Sicherheitssystem der NATO würde also auch nach einer Beendigung des Kalten Krieges in seinen Grundzügen erhalten bleiben.⁴⁴⁰

Auf der Open-Sky-Konferenz in Ottawa Anfang Februar 1990 erreichte Baker unter großem Engagement schließlich die Zustimmung aller Mitglieder der NATO und des Warschauer Paktes zum Zwei-plus-Vier-Mechanismus. In einer Pressekonferenz am 13. Februar erklärten sich die Mitglieder beider Bündnisse einverstanden, dass dieses Forum ausschließlich der Abwicklung der äußeren Aspekte der deutschen

⁴³⁷ Ebd., S. 241.

⁴³⁸ Ebd., S. 242.

⁴³⁹ Ebd., S. 246.

⁴⁴⁰ Ebd., S. 243.

Einheit dienen sollte und einzig und allein Fragen, die dieses Thema tangierten, behandeln würde.⁴⁴¹ All das, was die Abwicklung der innenpolitischen, rechtlichen und ökonomischen Aspekte betraf, sollte auf innerdeutscher Ebene vonstattengehen. Eine genauere Ausarbeitung des Konzepts wurde in Ottawa an die politischen Direktoren der jeweiligen Außenministerien übergeben.⁴⁴² Für die deutsch-amerikanische Linie in den Verhandlungen sollte das Treffen zwischen Bush und Kohl in Camp David entscheidend sein.⁴⁴³

Mehrere Treffen auf Beamtenebene sollten die der Außenminister vorbereiten und bis in den Juli 1990 begleiten.⁴⁴⁴ Bis zur Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau am 12.09.1990⁴⁴⁵ sollten auf Minister-Ebene insgesamt drei Treffen im Frühjahr und Sommer 1990 stattfinden.⁴⁴⁶ „Knackpunkt“ in den Verhandlungen war die vom Westen geforderte volle Souveränität des vereinigten Deutschlands: Nach der Einheit sollte keine Übergangsperiode Deutschland in seiner internationalen Handlungsfähigkeit beschränken oder gar singularisieren.⁴⁴⁷ Bis zum viel zitierten „Durchbruch im Kaukasus“⁴⁴⁸ sollte allerdings die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands und die weitere Präsenz westlicher Streitkräfte das größte Hindernis in

⁴⁴¹ Ebd., S. 271-275.

⁴⁴² GÖRTEMAKER 2009, S. 41-42.

⁴⁴³ Nr. 194 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Camp David, 25. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁴⁴ Nr. 220 Erste Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Bonn, 14.3.1990; Nr. 264 Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Berlin-Niederschönhausen, 30.4.1990; Nr. 285 Dritte Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, Bonn, 22.5.1990; Nr. 339 6. Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene unter Beteiligung Polens, Berlin-Niederschönhausen, 3./4. Juli 1990 in: KÜSTERS 1998.

⁴⁴⁵ Nr. 421 Gespräch des Chef des Bundeskanzleramts Seiders mit den Vertretern der Drei Mächte, Bonn, 13.09.1990, Anm. 1, in: Ebd.

⁴⁴⁶ Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Bonn, 5.5.90; Nr. 325 A-C Zweites Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Berlin-Niederschönhausen, 22. Juni 1990; Nr. 354 Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier unter zeitweiliger Beteiligung Polens, Paris, 17. Juli 1990 in: ebd.

⁴⁴⁷ Nr. 325 Zweites Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Berlin-Niederschönhausen, 22. Juni 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁴⁸ KOHL 2009, S. 327.

den Verhandlungen zu einer „Abschließenden Regelung“⁴⁴⁹ darstellen: Hierüber herrschte lediglich Einigkeit im westlichen Lager.⁴⁵⁰

„Ottawa bildete den Auftakt für eine beispiellose diplomatische Aktivität und eine enge deutsch-amerikanische Abstimmung.“⁴⁵¹ Nach anfänglich zögerlichem Verhalten im deutschen Einigungsprozess wurden die USA ihrer Führungsrolle im westlichen Lager gerecht. Die Ziele waren klar formuliert, Zwei-plus-Vier sollte zu ihrer Umsetzung nach amerikanischem Sinne beitragen. Politik für die deutsche Einheit funktionierte für die Vereinigten Staaten nach wie vor über eine genaue Abstimmung mit Bonn. Nicht nur zur Kontrolle des bundesdeutschen Verhaltens, sondern vor allem zur Durchsetzung der eigenen Ziele war die enge Kooperation mit der Bundesrepublik unabdingbar, wie die kommenden Monate zeigen sollten.

1.3.4 Gemeinsam für die Einheit – Schlüsselmomente deutsch-amerikanischer Kooperation

In Ottawa akzeptierten die Mitglieder des Warschauer Pakts und der NATO den Zwei-plus-Vier-Mechanismus als Rahmen für die Regelung der „Deutschen Frage“ und damit die Vereinigung beider deutscher Staaten in nicht allzu ferner Zukunft. Voraussetzung für diese Zustimmung war also die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch alle Beteiligten, allen voran durch Moskau. Ohne diese wären die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen obsolet gewesen. Das Ja der Sowjetunion zu bekommen war der erste von zwei großen Verhandlungserfolgen des Westens gegenüber der Sowjetunion, welcher ohne die enge Kooperation zwischen Bonn und Washington nicht zustande gekommen wäre.

Am 7. und am 10. Februar waren in der Sowjetunion zwei wichtige Besuche angekündigt: Der des amerikanischen Außenminister Bakers und der des deutschen Bundeskanzlers.⁴⁵² Die Zeit im Einigungsprozess drängte und der Westen versuchte, die Sowjetunion peu à peu zu einer konstruktiven Haltung bei der Neugestaltung der Mitte

⁴⁴⁹ Nr. 421, Anm. 1, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁵⁰ Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Bonn, 5.5.90, in: Ebd.

⁴⁵¹ BORTFELDT 1993, S. 139.

⁴⁵² ZELIKOW/RICE 1997, S. 255.

Europas zu bewegen. Trotz der Tatsache, dass Außenminister Baker den deutschen Bundeskanzler über seine Ergebnisse in Moskau direkt informieren wollte, war George Bush daran gelegen, noch mal ein persönliches Wort an Kanzler Kohl zu richten, ehe dieser in der Sowjetunion eintreffen sollte.⁴⁵³ Gesamtdeutschland als Mitglied der NATO, die amerikanische Bedingung zur deutschen Einheit, taucht in diesem Schreiben ebenfalls wieder auf, verbunden mit einer Erleichterung Bushs, sich in der Einstellung des Bundeskanzlers diesbezüglich sicher sein zu können.⁴⁵⁴ Offensichtlich war dies für Bush von so großer Wichtigkeit, dass er das Bedürfnis hatte, dies vor dem deutsch-sowjetischen Treffen nochmals zu unterstreichen. Vertrauen bei gleichzeitiger Kontrolle durch enge Abstimmung, das war nach wie vor die Devise Washingtons.

Einen Tag später erhielt Helmut Kohl ein weiteres US-amerikanisches Schreiben, welches eine detaillierte Abstimmung der deutschen Verhandlungsposition in Moskau mit der amerikanischen Seite ermöglichte.⁴⁵⁵ Ein weiterer Knackpunkt zwischen Ost und West wurde ebenfalls von Baker in Moskau angesprochen: Die Mitglied-

⁴⁵³ Der Bundeskanzler sollte wissen, dass Washington hinter ihm stand. Außerdem sollten die US-amerikanische und die bundesdeutsche Haltung gegenüber der Sowjetunion absolut identisch sein. (ZELIKOW/RICE 1997, S. 263.) Nur so konnte die westliche Verhandlungsposition glaubhaft erscheinen, nur so war ein Weiterkommen in der „Deutschen Frage“ möglich. in: Nr. 170 Schreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, 9. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁵⁴ Ebd., Anm. 4.

⁴⁵⁵ Außenminister Baker teilte dem Bundeskanzler die Ergebnisse seines Moskaubesuchs mit: Die Sowjetführung würde nun die deutsche Einigung als unausweichlich akzeptieren, ohne sich allerdings auf ein Wann und Wie zu spezifizieren. Baker unterstrich in Moskau das Verständnis der Bundesrepublik für die sowjetischen Vorbehalte, allerdings gäbe es keinen Weg, über das Schicksal Deutschlands ohne die Deutschen zu bestimmen. Das deutsche Selbstbestimmungsrecht und die Implikation der beiden deutschen Staaten in die Abwicklung der Einigung müsse von Moskau akzeptiert werden.⁴⁵⁵ Ein weiterer Knackpunkt zwischen Ost und West wurde ebenfalls von Baker in Moskau angesprochen: Die Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO. In seinem Schreiben teilte Baker Kohl genauestens seine Gesprächsstrategie mit, mit welcher er versuchte Gorbatschow klarzumachen, dass eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft auch und vor allem im sowjetischen Interesse sei, als Schutz vor einem zu mächtigen deutschen Nationalstaat. In: Nr. 173 Schreiben des Außenministers Baker an Bundeskanzler Kohl, 10. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

schaft Gesamtdeutschlands in der NATO.⁴⁵⁶ Baker ebnete dem Bundeskanzler den Weg zum Erfolg: Am gleichen Tag verkündete Kohl in einer Pressekonferenz nach seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Generalsekretär, dass das deutsche Selbstbestimmungsrecht auch von Moskau geachtet werden würde.⁴⁵⁷ Die detaillierte Abstimmung zwischen Washington und Bonn trug ihre ersten Früchte: Nach dem deutschen Selbstbestimmungsrecht akzeptierte die sowjetische Führung zwei Tage später in Ottawa den Zwei-plus-Vier-Mechanismus als Weg zur deutschen Einheit.

Ein weitere Schlüsselmoment in der deutsch-amerikanischen Kooperation ist der 24. Februar: Bundeskanzler Kohl reiste als erster deutscher Bundeskanzler nach Camp David in die USA. Für die kommenden Monate sollten Grundsatzentscheidungen getroffen werden, in entspannter Atmosphäre unter Freunden sollte die genaue deutsch-amerikanische Linie abgestimmt werden.⁴⁵⁸ Hauptaugenmerk der Gespräche in Camp David lag auf der gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft und dem weiteren Procedere im deutschen Einigungsprozess. Der deutsche Bundeskanzler betonte mehrere Male, dass Bonn einen Verbleib des vereinigten Deutschlands im Nordatlantischen Bündnis nicht nur wünsche, sondern dieser sogar notwendig sei für die Stabilität eines künftigen Europas.⁴⁵⁹ Auch was die

⁴⁵⁶ In seinem Schreiben teilte Baker Kohl genauestens seine Gesprächsstrategie mit, mit welcher er versuchte Gorbatschow klarzumachen, dass eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft auch und vor allem im sowjetischen Interesse sei, als Schutz vor einem zu mächtigen deutschen Nationalstaat. Auf beeindruckende Art und Weise gelang es dem amerikanischen Außenminister, den Teil der deutschen Vergangenheit, auf welchem das Misstrauen der Nachbarn und Siegermächte im Einigungsprozess basierte, zu Gunsten Deutschlands zu verwenden: Zur Überzeugung der Sowjetunion für einen Verbleib Gesamtdeutschlands im Atlantischen Bündnis. Siehe: "Then I put the following question to him: Would you prefer to see a unified Germany outside of NATO, independent and with no US forces or would you prefer a unified Germany tied to NATO, with assurances that NATO's jurisdiction would not shift one inch eastward from its present position?" in: Ebd.

⁴⁵⁷ Nr. 174 Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10. Februar 1990 und Nr. 175 Delegationsgespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10. Februar 1990 sowie die abschließende Presseerklärung Bundeskanzler Kohls am 10. Februar in Moskau, in: KÜSTERS 1998, S. 812-813.

⁴⁵⁸ ZELIKOW/RICE 1997, S. 298-299.

⁴⁵⁹ Nr. 192 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Camp David, 24. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

Gestaltung eines künftigen Europas anging, waren sich Bonn und Washington einig: Beide wollten „(...) hinsichtlich der Zukunft Europas (...) eine Schlüsselrolle spielen.“⁴⁶⁰ Die Vereinigten Staaten konnten sich nun der Unterstützung der BRD für eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft sicher sein. Im Gegenzug würden sie sich dafür einsetzen, dass die innerdeutschen Verhandlungen zur deutschen Einheit nicht von außen gestört werden würden. Nichts sollte von den Vier Mächten über die Köpfe der Deutschen hinweg entschieden werden.⁴⁶¹ Die Abschirmung der deutschen Wiedervereinigung nach außen gegen eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis war der „historische Handel“⁴⁶², der „Schulterschluss“⁴⁶³, welcher in Camp David besiegelt wurde und die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zum Erfolg führen sollte.⁴⁶⁴ Für Washington waren die letzten Zweifel bzgl. der bundesdeutschen Linie im Einigungsprozess ausgeräumt worden, nun konnte man gemeinsam der Einheit entgegengehen. Der Wandel des Atlantischen Bündnisses sollte eine weitere, gemeinsame Entwicklung zwischen Bonn und Washington darstellen, welche auf die Sowjetunion vertrauensbildend wirkte⁴⁶⁵ und den sogenannten „Durchbruch im Kaukasus“⁴⁶⁶ erst ermöglichte. An Letzteren knüpften beide Seiten hohe Erwartungen.

Der Zeitpunkt dieses Treffens zwischen Kohl und Gorbatschow war vielversprechend und bewusst gewählt worden: Nach den drei westlichen Gipfeln und nach einem erfolgreichen KPdSU-Parteitag,

⁴⁶⁰ Nr. 192 in: KÜSTERS 1998.

⁴⁶¹ Ebd.

⁴⁶² ZELIKOW/RICE 1997, S. 297. Dieses Quidproquo hatte Außenminister Baker schon Ende Januar bei der Entwerfung des Zwei-plus-Vier-Konzepts im Sinne: Vereinigung gegen NATO-Mitgliedschaft. Ebd., S. 247.

⁴⁶³ Nr. 194 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Camp David, 25. Februar 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁶⁴ RÖDDER 2009, S. 201.

⁴⁶⁵ Im Einigungsprozess sollte die NATO für die Vereinigten Staaten eine doppelte Rolle erfüllen: Einerseits sicherte sie die Einbindung Gesamtdeutschlands in den Westen, sowohl politisch als auch militärisch. Zum anderen wirkte die Reformbereitschaft des Atlantischen Bündnisses vertrauensbildend auf die Sowjetunion.⁴⁶⁵ Washington wurde auch im Bereich der NATO zusammen mit Bonn seinem Führungsanspruch im westlichen Bündnis gerecht, die zunehmende Politisierung dieses altgedienten Instrument des Kalten Krieges und damit die Tatsache, dass es die Blockkonfrontation überleben sollte war nur durch enge Absprachen möglich geworden. (HAFTENDORN 2001, S. 385.).

⁴⁶⁶ KOHL 2009, S. 327-352.

auf welchem die Reformgegner Gorbatschows eine Niederlage hatten einstecken müssen.⁴⁶⁷ Und tatsächlich, beide noch offenen Problematiken, die den Zwei-plus-Vier-Prozess inhaltlich stagnieren ließen⁴⁶⁸, sollten im Kaukasus im Sinne des Westens geklärt werden: Mit dem Zugeständnis der vollen Souveränität an ein vereinigtes Deutschland erkannte Gorbatschow ebenfalls das deutsche Recht auf eine freie Bündniswahl an.⁴⁶⁹ Einen Tag nach seiner Rückkehr nach Bonn rief Kohl den amerikanischen Präsidenten an, um ihm den bundesdeutschen Verhandlungserfolg mitzuteilen⁴⁷⁰: Er habe gegenüber Gorbatschow genau die gleiche Formel verwandt, wie einst Bush bei dessen Besuch in Washington⁴⁷¹: Eine volle Souveränität Deutschlands gehe mit einer freien Bündniswahl einher.⁴⁷² Auch hier wird wieder dem Partner, wie bereits in zahlreichen Telefonaten und Schreiben, die genaue Vorgehensweise dargelegt, auf welche dieser in zukünftigen Gesprächen bauen kann, wie dies vor Kohls Moskaubesuch im Februar der Fall gewesen war⁴⁷³. In diesem Fall diene die detaillierte Berichterstattung der Offenlegung der bundesdeutschen Verhandlungsstrategie. Verbunden mit dem Dank Bonns für die Unterstützung der USA in den letzten Monaten⁴⁷⁴ sollte aber auch der durch die amerikanische Presse entstandenen Eindruck aus der Welt geschafft werden, Washington wäre bei dieser Einigung übergegangen worden.⁴⁷⁵

⁴⁶⁷ BORTFELDT 1993, S. 180.

⁴⁶⁸ Nr. 325 Zweites Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Berlin-Niederschönhausen, 22. Juni 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁴⁶⁹ Nr. 350 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 15. Juli 1990; Nr. 352 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, 15. Juli 1990 und 353 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow im erweitertem Kreis, Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990 in: Ebd.

⁴⁷⁰ Nr. 355 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 17. Juli 1990, in: Ebd.

⁴⁷¹ Nr. 299 Fernschreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl, 4. Juni 1990, Anm. 5 in: Ebd.

⁴⁷² Nr. 355, in: Ebd.

⁴⁷³ Siehe Punkt IV/3.4.1 dieser Arbeit.

⁴⁷⁴ Ebd. bzw. Nr. 361 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Bush, Bonn, 19. Juli 1990, in: Ebd.

⁴⁷⁵ Washington reagierte auf den „Durchbruch im Kaukasus“ erfreut und verärgert zugleich: Erfreut über das Ergebnis und verärgert, weil man über den bundesdeutschen Verhandlungserfolg nicht umgehend informiert worden war und befürchtete, dass sich die deutsch-sowjetische Übereinkunft dem amerikanischen

Mit dem Zugeständnis der vollen Souveränität und freien Bündniswahl hatte die Sowjetunion letztendlich einen „Schlussstrich unter die Nachkriegsgeschichte“⁴⁷⁶ gezogen, die deutsche Einheit würde sich noch im Jahr 1990 vollziehen. Die engen Absprachen zwischen Bonn und Washington glichen wohlüberlegten Schachzügen im Einigungsprozess, von beiden Seiten aus: Bonn war sich bewusst, dass eine Einheit beider deutscher Staaten nur mit Rückendeckung der Amerikaner erfolgen konnte. Washington war an einer Gestaltung des Einigungsprozesses im amerikanischen Sinne interessiert. Beides war nur möglich durch enge Kooperation. Doch auch Bush hatte zu danken, denn der Freundschaft mit Kohl verdankte er nichts Geringeres als den Sieg der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg in seiner Präsidentschaft.⁴⁷⁷

1.3.5 Zwischenfazit Vereinigte Staaten: „Partner in leadership“⁴⁷⁸ zur Überwindung der europäischen Teilung

Das Ende der europäischen Teilung und mit ihr die Überwindung der Blockkonfrontation ist in weiten Teilen der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Westdeutschland und den Vereinigten Staaten zuzuschreiben. Fundamente für diese hervorragende Kooperation waren bereits bei Regierungsantritt der Administration George Bush gelegt worden. Trotz dieser guten Ausgangsposition reagierte Washington zögerlich auf die Öffnung der innerdeutschen Grenze, auf internationaler Ebene hielten sich die Vereinigten Staaten im gesamten

Einfluss entzöge. (ZELIKOW/RICE 1997, S. 469.) Außerdem hatte die Bush-Administration eine Einigung in dieser wichtigen Angelegenheit erst im September erwartet, im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Auf eine so schnelle, bilaterale Regelung war man weder in Washington noch in Bonn gefasst gewesen. (BORTFELDT 1993, S. 183).

⁴⁷⁶ BORTFELDT 1993, S. 181.

⁴⁷⁷ Als er den 6. Oktober 1990 zum deutsch-amerikanischen Tag erklärte, sandte er die Erklärung auch an Bundeskanzler Kohl. Dieser fand zusätzlich zur Erklärung noch eine sehr persönliche Zeile vor: „Dear Helmut, I had a tear of joy in my eye when I signed this. With respect and friendship, George Bush.“ Siehe: German-American Day am 6. Oktober in: KÜSTERS 1998, S. 1555-1558.

⁴⁷⁸ KNAPPE 1996, S. 71.

November sehr zurück, öffentliche Triumphe wurden vermieden. Auch auf der anderen Seite des Atlantiks herrschten demnach traditionelle Ordnungsvorstellungen vor: Um der Stabilität im internationalen System willen durfte die Position des sowjetischen Regierungschefs auf keinen Fall ins Wanken geraten. Der vielversprechende Reformkurs Moskaus musste in jedem Fall erhalten werden. Langsam und kontrolliert sollte der Wandel vor sich gehen. Zurückhaltung, aber gleichzeitig auch eine rege Korrespondenz mit Bonn waren die Handlungsmuster der Vereinigten Staaten im November. Intern jedoch wurde bereits zu diesem Zeitpunkt über eine Vereinigung beider deutscher Staaten und eine mögliche US-amerikanische Position nachgedacht. Im Dezember des Jahres 1989 hatten sich die Ordnungsvorstellungen der Vereinigten Staaten nicht verändert, Stabilität und Kontrollierbarkeit stand nach wie vor im Zentrum amerikanischen Interesses. Den Zehn-Punkte-Plan Kohls nahm man aber zum Anlass, diesem Ziel auf andere Art und Weise näher zu kommen: Aus Furcht vor einer Destabilisierung des westdeutschen Regierungschefs auf internationaler Ebene wurde die Zurückhaltung durch Tatkraft und Initiative ersetzt, die bereits im November entwickelten vier Punkte des Außenministeriums wurden nun offizielle Politik. Angesichts der Geschwindigkeit der Ereignisse in der DDR zog man es vor, selbst die Fäden in die Hand zu nehmen und die historische Chance zu nutzen: Eine erfolgreiche Überwindung der europäischen Teilung würde nichts Geringeres als den Sieg der Amerikaner in der über 40-jährigen Blockkonfrontation bedeuten. Noch dazu hatte man die Gelegenheit, die Zukunft Europas ein weiteres Mal mitzugestalten, nach amerikanischem Gusto. Anfang Dezember schrieben sich die USA die deutsche Wiedervereinigung auf die Fahnen, die außenpolitische Direktive der Regierung Bush sollte endlich verwirklicht werden. Enger Kontakt und detaillierte Abstimmungen waren ab Dezember kennzeichnend für die deutsch-amerikanische Strategie im Einigungsprozess. Beide Seiten waren sich bewusst, dass dies unabdingbar war für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele sowie der jeweiligen nationalen Interessen. 1990 diente zur Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses. Die Vereinigten Staaten waren in diesem Jahr ein wahrer „Anwalt der deutschen Sache“⁴⁷⁹, die sie gekonnt nach allen Richtungen abschirmten und ihr somit zielorientiert zur Vollendung verhalfen. Die

⁴⁷⁹ WIRSCHING 2006, S. 663.

Entscheidung für den Zwei-plus-Vier-Mechanismus, trotz seiner Mängel, die er aus US-amerikanischer Sicht aufwies, ist hierfür signifikativ: Wie Ende November anlässlich des Zehn-Punkte-Plans Kohls zog Washington es vor, die Führung zu übernehmen und dadurch die Kontrolle zu behalten. Bilaterale Alleingänge Deutschlands mit der Sowjetunion sollten unter allen Umständen verhindert werden. In den Augen der Amerikaner ermöglichte einzig und allein eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands eine weitere Bindung an den Westen.

Die deutsch-amerikanische Kooperation war der Schlüssel zum Erfolg der Vereinigung beider deutscher Staaten. Der Wandel des atlantischen Bündnisses, das sowjetische Ja zur deutschen Selbstbestimmung und zur vollen Souveränität, auch bzgl. der Bündniswahl, waren die neuralgischen Punkte, welche dank intensiver Konsultationen zwischen Bonn und Washington erfolgreich gelöst worden waren. „Partner in leadership“ wurde zur Erfolgsformel des deutschen Einigungsprozess: Sie ermöglichte enge Zusammenarbeit und gegenseitige Kontrolle. Am Ende stand die Freiheit für Deutschland und Europa.

2 DER OSTEN – Moskau und die deutsche Wiedervereinigung

2.1 Machtwechsel im Kreml 1985 - Der Anfang vom Ende ?

„Am Anfang war Gorbatschow.“⁴⁷⁹ Dieses Zitat könnte zu der Schlussfolgerung verleiten, die Rolle der Sowjetunion im deutschen Einigungsprozess als eine „Geschichte der großen Männer“ schreiben zu wollen und denen bereits in der Forschung kritisierten Personalisierungstendenzen einiger Akteure stattzugeben.⁴⁸⁰ Dies ist mit Nichten die Intention dieses Abschnittes. Jedoch kann das Verhalten der Sowjetunion in der „Zeitenwende“⁴⁸¹ nicht verstanden werden, ohne die veränderte Situation im Kreml am Ende der 1980er Jahre zu kennen, an deren Anfang Gorbatschow nun einmal stand. Der nun folgenden, skizzenhafte Abriss über die veränderten politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Ostblocks soll zu diesem Verständnis beitragen und – ähnlich wie bei den Vereinigten Staaten⁴⁸² – die Voraussetzung für die weitere Analyse bilden.

Bereits lange vor dem Amtsantritt Gorbatschows befand sich die Sowjetunion in einer tiefen, ökonomischen Krise: Erreichte das sowjetische Bruttoinlandsprodukt bereits Mitte der 1970er Jahre nur knapp zu zwei Dritteln die Leistung des US-amerikanischen, so klaffte Ende der 1980er die Schere zwischen den beiden konkurrierenden Systemen noch weiter auseinander, gerade einmal die Hälfte der amerikanischen Wirtschaftsleistung wurde noch von der UdSSR erreicht. Nicht mehr nur wirtschaftliche Stagnation, aber ein sukzessiver Rückgang der Wirtschaftsleistung bei steigenden Ausgaben für die Rüstung waren deutliche Anzeichen des Niedergangs des sowjetischen Imperiums, welcher lange vor dem Fall der Berliner Mauer seine Schatten vorauswarf. Hinzu kam eine stetig anwachsende Anziehungskraft des durch wirtschaftliche Prosperität schillernden Westens. Doch auch

⁴⁷⁹ RÖDDER 2009, S. 15.

⁴⁸⁰ WEIDENFELD 1998, S. 622.

⁴⁸¹ RÜHL 1990.

⁴⁸² Siehe Punkt III/1.3.1 dieser Arbeit und die abrissartige Darstellung über die Administration George Bush.

ideell zogen sich langsam Risse durch den Ostblock: Die Herrschaftskrise in Polen, nicht abreisen wollende Nationalitätenkonflikte und Autonomieforderungen der einzelnen Staaten machten den sowjetischen Machthabern zu schaffen. Jedoch verschlossen diese fast bis zum Schluss hiervor die Augen.⁴⁸³

In dieser Situation wurde nun 1985 ein mit seinen 54 Jahren im Vergleich zur bisherigen sowjetischen Politbüro-Elite reichlich junger Mann aus dem Kaukasus zum mächtigsten Mann des Ostblocks.⁴⁸⁴ Nicht nur deshalb unterschied sich Gorbatschow von seinen Vorgängern: Nach den ersten Antrittsbesuchen im Westen galt er bereits schon zu Regierungszeiten als „intelligent, gebildet und weltläufig“⁴⁸⁵, ein Mann also, dessen Persönlichkeit die Hoffnung auf Veränderung in Ost und West nährte. Doch nicht nur im Ost-West-Konflikt sollten die Zeichen nun weniger auf Konfrontation stehen, auch für das deutsch-sowjetische Verhältnis sollte sich dieser Mann a posteriori als Glücksfall erweisen. Die BRD hatte er bereits 1975 besucht, war mit weiteren westlichen Staaten ebenfalls vertraut und begriff sich, wie Helmut Kohl auch, als Vertreter der Nachkriegsgeneration, von welcher er unter den Sowjetführern der Erste war. Kohl und Gorbatschow verband ebenfalls ein sich im Gespräch ähnelnder Politikstil: Beide setzten auf Vertrauen und ein nachhaltiges Verständnis der Handlungen des Anderen, welches sich nach dem Besuch des Generalsekretärs im Juni 1989 in der Bundesrepublik noch verstärken sollte.⁴⁸⁶ Ein weiterer Faktor sollten den Deutschen auf dem Weg zur Einheit unbewusst zu Gute kommen: Die Tatsache, dass Gorbatschow und dessen enger Familienkreis mehr

⁴⁸³ DÜLFFER 2004, S. 91-96.

⁴⁸⁴ RÖDDER 2009, S. 15.

⁴⁸⁵ Ebd.

⁴⁸⁶ Siehe Nr. 2 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 12.06.1989; Nr. 3 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 13.06.1989; Nr. 4 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 13.06.1989, in KÜSTERS 1998. „International war die »Gemeinsame Erklärung« eine Sensation. Erstmals hatten wir mit einem Partner aus dem kommunistischen Land festgeschrieben, dass die menschlichen Anliegen vorrangig vor Klassenkampf und Konfrontation waren.“ In: KOHL 2009, S. 33. Der Besuch unterstrich des Weiteren einen Wandel zwischen den Beziehungen der Sowjetunion zu den beiden deutschen Staaten: In dem Maße, wie sich BRD und UdSSR annäherten, hatten die Machthaber in Ostberlin eine zunehmende größer werdende Kluft zu dem großen Bruder in Moskau zu verzeichnen. Siehe STENT 1999, S. 78.

unter den Repressionen des stalinistischen Regimes zu leiden gehabt hatten, als unter denen der deutschen Besatzung.⁴⁸⁷

Zwei Seiten von Gorbatschows Persönlichkeit sollten Eingang in die Geschichtsbücher finden: Die einen werden diesen ganz eigenen Führungsstil als „Zickzackkurs“⁴⁸⁸ betiteln, für die anderen sollte Gorbatschow die Gabe haben, „Unvereinbares zu vereinbaren: Marx und Markt, Leninismus und Demokratie.“⁴⁸⁹ Einerseits sollte er die Bewunderung des Westens durch seine Offenheit und seine Abneigung gegen Dogmatismus und Gewalt hervorrufen. Auf der anderen Seite aber machten den Westen seine Sprunghaftigkeit, Unentschlossenheit und Widersprüchlichkeit besonders in den Verhandlungen zur deutschen Einheit enorm zu schaffen⁴⁹⁰, da dies eine Berechnung seiner Politik, Einschätzung oder gar Antizipationen so gut wie unmöglich machen sollte. Denn die Umgestaltung, die Gorbatschow initiierte, durchdrang Gesellschaft und Politik in solchem Maß, dass die gewohnten Handlungsmuster der Sowjetunion durch neue, dem Westen noch unbekannte substituiert wurden und häufig Misstrauen erregten.⁴⁹¹

„Zauberlehrling Gorbatschow“⁴⁹² verschloss im Unterschied zu seinen Vorgängern nicht die Augen vor dem immer deutlich zu spürenden Verfall des Sowjetimperiums und scheute vor tiefgreifenden Reformen nicht zurück.⁴⁹³ In drei Schlagworten ist dieser, ab 1985 auch im Westen spürbarer Kurswechsel im Kreml fassbar: Innenpolitisch sollte das Land nach den Prinzipien der Glasnost und Perestroika sukzessive umgestaltet werden, das gemeinsame europäische Haus sollte in der Außenpolitik die Blockkonfrontation abschwächen und

⁴⁸⁷ KÜSTERS 1998, S. 29-36.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 29.

⁴⁸⁹ RÖDDER 2009, ebd.

⁴⁹⁰ Ebd.

⁴⁹¹ KÜSTERS 1998, ebd.

⁴⁹² RÖDDER 2009, ebd.

⁴⁹³ Außenminister Schewardnadse sollte hierzu in seinen Memoiren schreiben: „Der Alptraum eines Lebens unter dem Damoklesschwert gegenseitiger nuklearer Vernichtung wurde zum gemeinsamen Los der Menschheit. (...) In der Welt musste sich jemand finden, der das Wagnis einging, die neuen Realitäten unserer Zeit mit dem neuen Gedankengut auf einen Nenner zu bringen.“ In: SCHEWARDNADSE 1991, 96-96.

langfristig neutralisieren.⁴⁹⁴ Das erste Mal in der Geschichte des Ost-West-Konflikts erhielten hiermit zutiefst westliche Ideale Einzug in die sowjetische Politik.⁴⁹⁵ Außenpolitisch spürbar und fassbar für den Westen wurde diese „Götterdämmerung“⁴⁹⁶ durch eine liberalere Haltung des Kremls gegenüber den eigenen Verbündeten, der Geist der Perestroika sollte aus der Breschnew-Doktrin eine „Sinatra-Doktrin“⁴⁹⁷ werden lassen.⁴⁹⁸ Jedoch sollte in Gorbatschows Vorstellung dieses „Neue Denkens“⁴⁹⁹ eine Umgestaltung innerhalb des sozialistischen Systems ermöglichen, der Niedergang der Sowjetunion war keinesfalls intendiert⁵⁰⁰, im Gegenteil, er stand am Anfang der Initiativen Gorbatschows. Er war derjenige, der das erste Mal mit der traditionellen Feindstilisierung des Westens brach⁵⁰¹, der das erste Mal Kooperation zwischen Ost und West einer machtpolitischen Konfrontation vorzog.⁵⁰² Gorbatschow sollte die richtigen Impulse setzen, allerdings damit auch eine Dynamik kreieren, die diesen intendierten Wandel unberechenbar und unlenkbar machten⁵⁰³ und Gorbatschow von einer ursprünglich aktiven Position in eine lediglich auf die Ereignisse reagierende, reaktive Politik verbannte. Die deutsche Einheit – die größte außenpolitische Herausforderung der Sowjetunion

⁴⁹⁴ Glasnost kann als Mut zur Wahrheit übersetzt werden, durch welchen eine offenere Sprache und die Thematisierung von Missständen in Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht werden sollten. Perestroika bedeutet Umgestaltung: Pluralismus, Demokratie, neue Medienstrukturen und mehr Eigenverantwortlichkeit sollten in die sowjetische Gesellschaft Einzug erhalten. Siehe DÜLFFER 2004, S. 100-101.

⁴⁹⁵ RÖDDER 1998, S. 236.

⁴⁹⁶ PLOETZ 2000, S. 14.

⁴⁹⁷ RÖDDER 1998, ebd.

⁴⁹⁸ Eine detailliertere Darstellung über die von Gorbatschow initiierten Reformen findet sich in RÖDDER 2009, S. 13-19 bzw, in ADOMEIT 1998, S. 193-299.

⁴⁹⁹ „Das neue Denken verlangt, die Welt aus der Perspektive des Menschen wahrzunehmen, aus der Perspektive seiner Interessen. Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Unter diesem Gesichtspunkt stellt das neue Denken keineswegs etwas Neues dar. Neu ist es in dem Sinne, dass die Orientierung auf das Wohl der Menschen heute immer mehr zu einem imperativen Maßstab der Politik wird.“ In: SCHEWARDNADSE 1991, ebd.

⁵⁰⁰ DÜLFFER 2004, ebd.

⁵⁰¹ PLOETZ 2000, ebd.

⁵⁰² GARTHOFF 1994, S. 3.

⁵⁰³ Ebd.

seit der Nachkriegszeit⁵⁰⁴ – sollte lange Zeit hinter sowjetinternen Präokkupationen zurückstehen.⁵⁰⁵ Letztendlich sollten ihre Eigen-
dynamik sie zum Beispiel schlechthin einer größtenteils reaktiven,
sowjetischen Politik machen.

2.2 Stürmisches Jahresende - Mühseliges sowjetisches Navigieren im November und Dezember 1989

2.2.1 Vom Mauerfall zum Zehn-Punkte-Plan

Generalsekretär Gorbatschow war sich der desolaten Lage des kleinen sozialistischen Bruders DDR wohl bewusst, spätestens nach seinem dortigen Besuch im Oktober anlässlich des 40. Geburtstags der DDR. Die „Reformnotwendigkeit“⁵⁰⁶ wurde den Genossen in Berlin auch „unmissverständlich kommuniziert“.⁵⁰⁷ Ende Oktober jedoch, selbst angesichts des Austauschs der DDR-Führungsrige und des Sturz Honeckers, war Gorbatschow klar, dass dies allein als Maßnahme nicht genügen würde, um die erdrückenden Probleme der DDR zu lösen.⁵⁰⁸ Die Forderungen der Menschen auf den Straßen des ostdeutschen Staates, voller Hoffnung angesichts des in der sowjetischen Machtzentrale vorherrschenden „Neuen Denkens“, drangen sehr wohl bis an die Ohren der Machthaber im Kreml. Moskau befand sich im Dilemma. Denn, so brachte es der Generalsekretär in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin Kochemassow am 7.11. auf den Punkte: „Das sowjetische Volk wird uns nie vergeben, wenn wir die DDR verlieren.“⁵⁰⁹ Auch wenn hier das Wort selbst nicht fiel, so war der Inhalt dieser Aussage doch eindeutig: Eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten würde von den Menschen in der Sowjetunion aufgrund der Last der Vergangenheit nicht akzeptiert werden. Und auch aus geopolitischer Sicht hatte Moskau keinerlei

⁵⁰⁴ KAISER 1993, S. 59.

⁵⁰⁵ RÖDDER 2009, S. 154.

⁵⁰⁶ Nr. 98 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 21.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁰⁷ Ebd.

⁵⁰⁸ STENT 1999, S. 90.

⁵⁰⁹ Ebd.

Interesse, den Trumpf, den sie durch die Teilung Europas und Deutschlands in den Händen hielt, aufzugeben: Die Teilung ermöglichte erst den ehemals so gefürchteten Feind im Westen zu bändigen, sie war der „maßgebliche Garant“⁵¹⁰ für das seit 1945 vitale Sicherheitsinteresse der Sowjetunion. Wie für Frankreich also würde auch für die Sowjetunion jegliche Veränderung in diesem statischen System sehr viel kaputtmachen. So richtig traute sich zu diesem Zeitpunkt noch niemand, öffentlich davon zu sprechen, doch der 9. November 1989 sollte ein Übriges tun und die Veränderungen im Osten endgültig auf die weltpolitische Tagesagenda zwingen.

Die Forschung ist sich immer noch uneins, inwieweit Gorbatschow und sein engster Beraterkreis von der Maueröffnung am Abend des 9. Novembers informiert waren oder sie gar initiiert hätten. Für die weitere Darstellung wird sich der These Biermanns angeschlossen, laut welcher dies nicht der Fall war.⁵¹¹ Für Gorbatschow kam der Mauerfall ebenso unerwartet wie für alle anderen Akteure. Der erste Kontakt zwischen dem Generalsekretär und dem Bundeskanzler nach der Grenzöffnung fand lediglich indirekt statt, Gorbatschow sollte der letzte der vier Siegermächte sein, der vom Bundeskanzler am 11. November telefonisch kontaktiert wurde.⁵¹² Allerdings war dieser erster Kontakt vom Kremlchef initiiert worden, er folgte also, dem „Neuen Denken“ treu, der Linie, welche von ihm und Kohl im Juni 1989⁵¹³ als der zukünftige gemeinsame Weg bestimmt worden war: Der Versuch, die Gegenseite zu verstehen und eine intensive Kommunikation sollten die herkömmlichen Handlungsmuster seiner Vorgänger ablösen und sich durch den gesamten Einigungsprozess ziehen. Während der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am

⁵¹⁰ Ebd., S. 74.

⁵¹¹ BIERMANN hält eine Implikation oder gar Initiative Gorbatschows in die Entscheidung zur Grenzöffnung am 9. November für unwahrscheinlich, da zum einen das besagte Papier zur freien Ausreise in sehr kurzer Zeit die Institutionen durchlief und zum anderen eine Initiative des Kreml-Chefs seinen eigenen Reformkurs gefährdet hätte. Siehe BIERMANN 1997, S. 227-231.

⁵¹² Nr. 87 Telefongespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, 11.11.1989 in KÜSTERS 1998.

⁵¹³ Nr. 2 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 12.06.1989; Nr. 3 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 13.06.1989 sowie Nr. 4 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Bonn, 13.06.1989, in KÜSTERS 1998.

10. November wurde dem Bundeskanzler eine mündliche Botschaft vom Generalsekretär übermittelt⁵¹⁴, in welcher dieser in der Entscheidung der DDR, die Grenze zu öffnen, einen Beweis für die „(...) Tiefe und Ernsthaftigkeit der Veränderungen“⁵¹⁵ in Ostdeutschland sah. Diese seien von der Bundesregierung auch als solche zu verstehen und die DDR weiterhin in jeder Handlung als einen souveränen Staat zu behandeln. Die Botschaft war eindeutig: Eine „Verschärfung der Lage sei zu verhindern und jeglicher Destabilisierung“⁵¹⁶ vorzubeugen. Der Status quo war und bleibt unantastbar, ganz selbstverständlich blieben die herkömmlichen Ordnungsvorstellungen bestehen. Was die Handlungsmuster angeht, so geht die Sowjetunion hier den ersten Schritt in die Kommunikation, auch aus dem Wunsch heraus, bereits am Tag nach Mauerfall Präsenz zu zeigen. Kohl schreibt in seinen Memoiren noch über eine besorgte Frage Gorbatschows bzgl. der Stabilität der Lage in Berlin, offensichtlich war der sowjetische Generalsekretär überzeugt, dass die dort herrschenden, chaotischen Zustände Überlegungen eines Einsatzes der sowjetischen Truppen rechtfertigen würden. Gorbatschow sollte sich nach Versicherung Kohls schließlich dagegen entscheiden. Der Bundeskanzler selbst vermutet diesbezüglich eine gezielt falsche Information, die dem sowjetischen Generalsekretär in der Hoffnung einer Wiederbelebung der Breschnew-Doktrin von internen Gegnern zugespielt worden sei.⁵¹⁷ Aus der mündlichen Botschaft selbst geht nichts dergleichen hervor.⁵¹⁸

⁵¹⁴ Nr. 80 Mündliche Botschaft des Generalsekretärs Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl, 10.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵¹⁵ Ebd.

⁵¹⁶ Ebd.

⁵¹⁷ „Erst später erfuhr ich, dass Gorbatschow gezielt falsch informiert worden war: Reformgegner im sowjetischen Geheimdienst KGB und im Ministerium für Staatssicherheit der DDR wollten eine militärische Intervention der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen herbeiführen. (...) · Später erzählte mir Michail Gorbatschow, dass er daraufhin der DDR-Führung signalisiert habe, anders als am 17. Juni 1953 werde die Sowjetunion nicht mit Panzern eingreifen. Ich bin Gorbatschow noch heute sehr dankbar dafür, dass er nicht den Scharfmachern Gehör schenkte, sondern vernünftigen Argumenten zugänglich war.“ In: KOHL 2009, S. 89-90.

⁵¹⁸ Nr. 80 Mündliche Botschaft des Generalsekretärs Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl, 10.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

Die gleichen Linien wurden auch im direkten Telefonat einen Tag später zwischen den beiden Regierungschefs deutlich⁵¹⁹: Gorbatschow unterstrich nochmals nachhaltig, dass alles getan werden müsse, um eine Destabilisierung der Situation zu vermeiden. Kohl stimmte zu und versicherte, dass dies auch und vor allem im Interesse der Bundesregierung läge. Der Kremlchef betonte des Weiteren, alle müssten „Verantwortungsgefühl und Umsicht zeigen“⁵²⁰, „ungeschickte Handlungen“⁵²¹ müssten in jedem Fall vermieden werden. Der Bundeskanzler sollte sich doch auch dafür einsetzen, dass „(...) auch andere in dem Rahmen blieben, den die Zeit fordere.“⁵²² Ein Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Washington? Denn ein auf der Mauer tanzender US-Präsident, der den Sieg im Ost-West-Konflikt verkündet hätte, wäre das letzte gewesen, was sich Gorbatschow gewünscht hätte. Auch dieser Sachverhalt sollte zu den Glücksfällen im Einigungsprozess gehören: Georg Bush war definitiv kein „Mauer-Tänzer“, seine Positionen unterschieden sich von denen der Sowjetunion in den Tagen nach Mauerfall nur sehr unwesentlich.⁵²³ Kooperation und Kommunikation – Moskau und Bonn waren sich einig, dass die Situation nur so gemeinsam gelöst werden könne. „Moskau werde sich konstruktiv verhalten (...)“⁵²⁴, so der sowjetische Botschafter in Bonn am 13. November, allerdings, mit Blick auf das sowjetische Interesse am sicherheitspolitischen Status quo und der Tatsache, dass die DDR allein 20% des Außenhandels der Sowjetunion darstellte, „gäbe es auch harte Realitäten.“⁵²⁵ Doch trotz letztere und der Tatsache, dass das Wort „Einheit“ oder „Wiedervereinigung“ in keinem der Gespräche in den ersten drei Tagen nach Mauerfall gefallen war, so wurde die Reaktion der Moskauer Führung in Bonn sehr positiv aufgenommen.⁵²⁶ Nicht nur wegen der Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft, sondern schlicht und einfach wegen der Tatsache, dass sich keiner der

⁵¹⁹ Nr. 87 Telefongespräch des Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, 11.11.1989, in: ebd.

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ Ebd.

⁵²² Ebd.

⁵²³ Siehe III/1.3.1 dieser Arbeit.

⁵²⁴ Nr. 90 Gespräch des Bundesminister Seitzers mit Botschafter Kwizinskij, Bonn, 13.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵²⁵ Ebd.

⁵²⁶ Nr. 94B Haltung der drei Westalliierten und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zu den Entwicklungen in der DDR, 17.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

Sowjetvertreter klar gegen eine mögliche Einheit positioniert hatte. Am 17. November erfuhr der deutsche Außenminister sogar durch eine ihm bestimmte Vorlage⁵²⁷, dass der Generalsekretär in einer Rede vor Moskauer Studenten zwei Tage zuvor das Wort „Wiedervereinigung“⁵²⁸ zum ersten Mal öffentlich gebraucht hatte, was zu diesem Zeitpunkt bemerkenswert ist.⁵²⁹ Ob das Durchsickern dieser Information nun in Moskau bekannt geworden ist oder nicht sei dahingestellt, einen Tag später wurde dem bundesdeutschen Botschafter in Moskau nochmals klar gemacht, dass „(...) konstruktive Beziehungen nicht als Synonym für Wiedervereinigung ausgelegt werden dürften.“⁵³⁰

Im Telefonat mit Kohl am 11. November wurde bereits indirekt die USA gegenüber dem deutschen Bundeskanzler erwähnt, sehr früh waren schon gewisse Zweifel zu spüren, die USA könnten die Sowjetunion übergehen und sich die Wiedervereinigung auf die Fahnen schreiben. Diese Sorge brachte Generalsekretär Gorbatschow nochmals gegenüber Altbundeskanzler Willy Brandt bei dessen Moskau-Besuch am 17. November an, einem sehr offenen Gespräch über seine eigene Situation und die Veränderungen auf internationaler Ebene.⁵³¹ Gorbatschow erläuterte Brandt, in den USA gäbe es Richtungen, die fürchteten, die Sowjetunion könne zum „Taufpaten der Wiedervereinigung“⁵³² werden, da von ihren Ja oder Nein alles abhinge. Er hätte nun die Sorge, die USA könnten hier einer in dieser Richtung aktiv werdenden Sowjetunion zuvorkommen.⁵³³ Bereits im November zeigt sich also, wie sehr der Einigungsprozess, der zwar am Ende des Ost-West-Konflikts stehen sollte, doch von dessen Logik geprägt war: Handlungen der Akteure gehen immer gegenseitige Wahrnehmungen voraus⁵³⁴, beide, USA und Sowjetunion, haben Angst, die jeweils andere Macht könnte zur Schutzmacht der deutschen Einheitsbestrebungen

⁵²⁷ Dok. 23 Vorlage des Referatsleiters 213, Neubert, für Bundesminister Genscher, 17. November 1989 in: MÖLLER et al. 2015.

⁵²⁸ Ebd.

⁵²⁹ Ebd.

⁵³⁰ Nr. 55 Bericht Zagladins über ein Gespräch mit dem bundesdeutschen Botschafter in der UdSSR, Blech, am 16. November 1989 in: GALKIN /TSCHERNJAJEW 2011.

⁵³¹ Nr. 98 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 21.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵³² Ebd.

⁵³³ Ebd.

⁵³⁴ vgl. LOTH 2001.

werden und damit die eigene Macht aus dem Feld drängen, übergehen. Genau dieser Mechanismus sollte Ende November im Dreieck Bonn-Moskau-Washington nochmals zum Tragen kommen und aus einer anfangs verhalten positiven Sowjetunion, die den Willen zur gemeinsamen Gestaltung deutlich an den Tag legte, eine im Dezember desorientierte und schließlich im Einigungsprozess lediglich reaktive Macht machen.

Genau diesem Wahrnehmungs- und Fehleinschätzungsmechanismus ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch erst die deutsche Initiative des Zehn-Punkte-Plan zuzuschreiben. Ein in der Forschung noch kaum diskutiertes Treffen zwischen Portugalow⁵³⁵ und Ministerialdirektor Teltschik hat hierzu den Ausschlag gegeben.⁵³⁶ Bei diesem Treffen erschien Portugalow mit einem paper, welches die offiziellen Positionen der Sowjetunion zur „Deutschen Frage“ enthielt, aber auch mit einem sogenannten non-paper, dessen inoffizielle Positionen, unter ihnen auch eine hypothetische Wiedervereinigung, ebenfalls gegenüber Teltschik erwähnt worden waren.⁵³⁷ Dies alles geschah von Sowjetseite in dem Glauben, die deutsche Einheit sei bereits ein von Bonn fest verfolgtes Ziel. In Teltschiks Augen befand sich die Bundesregierung nach diesem Treffen unter enormen Zugzwang, sie musste definitiv handeln und die Initiative übernehmen, bevor es Moskau tat.⁵³⁸ Und Bonn ging in die Offensive, die Zehn-Punkte von Bundeskanzler Kohl hatten – auch aufgrund der unterlassenen Vorankündigung – ganz eigene Effekte auf die Verbündeten und auch, vielleicht zur Überraschung der Bundesregierung, auf Gorbatschow, denn dieser

⁵³⁵ Mitglied der internationalen Abteilung des ZK unter der Leitung Falins. Siehe: PLATO 2002, hier S. 113-115, Anm. 54.

⁵³⁶ PLATO 2002, S. 113-115.

⁵³⁷ Wer hatte nun Portugalow geschickt, denn dieser war nicht in der Lage, ein solches Treffen selbst zu initiieren. Lange Zeit verneinte Falin, derjenige gewesen zu sein, der Portugalow mit diesem Besuch beauftragt hatte, wohl auch in dem Wissen, nicht als Treiber zu gelten. Letztendlich aber bekannte er sich dazu, der Auftraggeber gewesen zu sein. (Siehe ebd.) Auch die Bundesregierung bemerkte nach diesem Treffen und der Reaktion Gorbatschows auf den Zehn-Punkte-Plan, die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Linien, welche einerseits im sowjetischen ZK und bei Gorbatschow und seinen engstem Beraterkreis andererseits vorherrschten. (Siehe Ebd., S. 154)

⁵³⁸ Nr. 112 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 6.12.1989, hier Nr. 112 A Die Sowjetunion und die deutsche Frage, in: KÜSTERS 1998.

war nun von außen her gezwungen worden, das so sensible Thema Einheit auf höchster Ebene im Kreml zu diskutieren.⁵³⁹ Wird von Teltschik selbst die Reaktion Moskaus auf die westdeutsche Initiative sogar als relativ positiv für Deutschland ausgelegt⁵⁴⁰, so musste Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Moskau am 5.12. den Kopf hinhalten und alle sowjetische Kritik am Vorgehen des Bundeskanzlers über sich ergehen lassen.⁵⁴¹ Er selbst sollte später darüber schreiben, dass „es meine unerfreulichste Begegnung mit dem Generalsekretär werden sollte (...)“⁵⁴². Gorbatschow und Schewardnadse fühlten sich überrollt, wie auch Paris und London. Als dann auch noch die USA als Reaktion auf die Kohl'schen Zehn Punkte ihre eigenen Vier Prinzipien bzgl. des deutschen Einigungsprozesses in die offizielle Politik einfließen ließ⁵⁴³ und Bush in Malta auf den Generalsekretär im Sinne Kohls eingewirkt hatte⁵⁴⁴, ließ das in Moskau endgültig den Eindruck entstehen, in der „Deutschen Frage“ übergangen und vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.⁵⁴⁵ Für die Westmächte war im Gegenzug das Nein Gorbatschows zu jeglichen Einheitsbestrebungen eine gemachte Sache.⁵⁴⁶ Besonders aus Sicht der USA waren deshalb Initiative und Überzeugungsarbeit zu leisten.⁵⁴⁷ Die Logik des Kalten Krieges erzeugte Fehlwahrnehmungen. Diese wiederum schlugen sich in

⁵³⁹ BIERMANN 1997, S. 27-31.

⁵⁴⁰ Nr. 102 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 30.11.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁴¹ Gorbatschow und Schewardnadse warfen Genscher vor, sich durch diesen Schritt in die Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen, den Reformprozess zu unterminieren und die Lage zu destabilisieren. Siehe: Nr. 61 Gespräch Gorbatschow mit Bundesaußenminister Genscher am 5. Dezember 1989, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011. Gorbatschow selbst beschreibt über das Zehn-Punkte-Programm: „Helmut Kohl hatte es offenbar eilig und fürchtete, jemand könnte ihm in dieser Angelegenheit zuvorkommen (...). Es empörte mich, dass plötzlich ein solcher Schachzug unternommen worden war, nachdem zwischen mir und dem Kanzler vor ganz kurzer Zeit ein konstruktiver, positiver Meinungsaustausch stattgefunden hatte.“ in: GORBATSCHOW 1999, S. 90-91.

⁵⁴² GENSCHER 1995, S. 683.

⁵⁴³ Siehe III/1.3.2 dieser Arbeit.

⁵⁴⁴ Nr. 109 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Laeken bei Brüssel, 3. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁴⁵ SCHEWARDNADSE 1991, S. 240.

⁵⁴⁶ Siehe besonders III/1.1.2 und 1.2.2 dieser Arbeit sowie GORBATSCHOW 1999, S. 93.

⁵⁴⁷ Siehe III/1.3.2 dieser Arbeit.

den Handlungen der Akteure nieder: Für die Sowjetunion unter Gorbatschow bedeutete dies vor allem, dass die offene, konstruktive Haltung im November ihr Ende fand, der Kreml gab zwar nicht die dichte Kommunikation mit Bonn auf, doch sollte er die Handlungen der Bundesregierung und der Vereinigten Staaten mit Argwohn, wenn nicht gar misstrauisch beäugen.⁵⁴⁸ Desorientiert von den in ihren Augen überstürzten Verhalten Kohls und verunsichert durch die Position der USA sollte die Sowjetunion im Dezember sehr viel Mühe haben, eine kohärente Linie in ihrer Deutschlandpolitik zu finden.⁵⁴⁹

2.2.2 Aktivität und Rückzug

Die Mauer war gefallen und das Ziel des Zehn-Punkte-Programms Helmut Kohls war auch allen Beteiligten klar: Am Ende sollte die Einheit beider deutscher Staaten stehen. Die Sowjetunion sah sich nun mit mehreren Handlungsmöglichkeiten konfrontiert: Den Einheitsprozess ähnlich wie die USA befürworten und ihn v.a. nach eigenem Gusto zu gestalten. Seine eigene Position reaktiv den Geschehnissen anpassen und weitgehend eine passive Rolle übernehmen. Oder aber versuchen, den Prozess zu verlangsamen, um Zeit zu gewinnen zur eigenen Positionierung.⁵⁵⁰ Wie noch zu zeigen sein wird, wird Moskau im Dezember v.a. von der dritten Möglichkeit Gebrauch machen, Biermann beschreibt den Dezember in seiner Phaseneinteilung des Einigungsprozess präzise als eine erste Umorientierungsphase, in welcher ein diplomatisch aktiver Gorbatschow versuchte, den Prozess zu bremsen und an deren Ende aber eine eher in sich gekehrte Sowjetunion zum Überdenken der eigenen Position steht.⁵⁵¹

Diplomatisch war Gorbatschow im Dezember durchaus aktiv, seit langem war ein Treffen zwischen ihm und Präsident Bush für den 2. und 3. Dezember angedacht.⁵⁵² Und auch lässt sich zwischen

⁵⁴⁸ „Aber man werde im Kreml, darüber müsse sich Bonn im Klaren sein, das Verhalten der Bundesregierung aufmerksam verfolgen.“ in: GENSCHER 1995, S. 686.

⁵⁴⁹ STENT 1999, S. 97-103.

⁵⁵⁰ RÖDDER 2009, S. 154.

⁵⁵¹ BIERMANN 1997, S. 768-778.

⁵⁵² GORBATSCHOW, Michail: Gipfelgespräche – Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 93-131.

der Sowjetunion und Frankreich eine weitere Parallele ziehen: Wie Mitterrand für den Straßburger EG-Gipfel⁵⁵³ wusste auch Gorbatschow genau, zu was er dieses Treffen mit Bush gebrauchen wollte: Das „Neue Denken“ der Sowjetunion auch in die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen einfließen zu lassen und somit gemeinsam in eine Welt ohne Blockkonfrontation zu gehen, denn für Gorbatschow hatte der Kalte Krieg bereits sein Ende gefunden. Und wie Mitterrand wollte der Kremlchef keinesfalls, dass dieser Gipfel zu einem weiteren Mauer- oder gar Einheits-Gipfel mutierte. Dementsprechend standen bei der zweitägigen Begegnung auf der Maxim Gorki vielmehr das allgemeine Verhältnis von Ost und West, von Washington und Moskau auf der Agenda. Die Welt befände sich in Wandlung, die Militärbündnisse und damit die Blöcke müssten komplett neu definiert werden.⁵⁵⁴ Und doch kam Gorbatschow nicht um die „Deutsche Frage“ herum, auch sie wurde mit dem US-Präsidenten kurz angerissen, genauso wie der Zehn-Punkte-Plan und dessen Wirkung auf den Sowjetchef. Hier sprach Gorbatschow das erste Mal gegenüber einen westlichen Vertreter eine hypothetische Einheit der beiden deutschen Staaten an. Er stellte sich aber nicht dagegen, sondern verwies vor allem auf die zeitliche Komponente, die dieser Prozess unabhängig von seinem Ausgang benötigen würde.⁵⁵⁵ Trotz der Tatsache, dass der Generalsekretär auf den bestehenden Status quo verwies, so verließ er

⁵⁵³ Siehe 1.2.2 dieser Arbeit.

⁵⁵⁴ „In strategischer Hinsicht sind die Methoden des ‚Kalten Krieges‘ und der Konfrontation gescheitert. Wir haben das begriffen. (...) Ganz Europa ist also in Bewegung geraten und auf dem Weg zu etwas Neuem. Wir (...) haben den Gedanken des gemeinsamen Hauses Europa in diese Bewegung eingebracht. (...) Die gegenwärtig bestehenden Instrumente zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dürfen nicht zerstört, sondern müssen den Forderungen der Zeit angepasst werden. Wir müssen sie zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten einsetzen. Die NATO und der Warschauer Pakt sollten nicht allein militärische Organisationen bleiben, sondern mehr und mehr zu politischen werden.“ in: GORBATSCHOW 1993, S. 93-131.

⁵⁵⁵ „Wird ein geeintes Deutschland neutral sein, keinem militärisch-politischen Bündnis angehören oder Mitglied der NATO sein? (...) Soll der Prozess laufen; es ist nicht nötig, ihn künstlich voranzutreiben. (...) Weder Sie noch ich sind verantwortlich für die Teilung Deutsch. Die Geschichte hat es so verfügt. Möge die Geschichte auch in Zukunft darüber entscheiden.“ in: Nr. 59 Gespräch Gorbatschow mit US-Präsident Bush am 2. Dezember 1989, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011.

doch gegenüber Präsident Bush komplett die altbewährten Ordnungsvorstellungen der UdSSR, statt Blockkonfrontation sollte man gemeinsam ein künftiges Europa, eine künftige Welt gestalten. Und auch gegenüber Washington wird in den Handlungsmustern die gleiche Offenheit und Kommunikation gelebt wie im November gegenüber Bonn. Gorbatschow wusste also durchaus, was er wollte und wie der Weg dorthin aussehen sollte, trotz Mauerfall und Zehn-Punkte-Plan verfolgte er diesen bzgl. seiner eigenen Position gewagten Weg auch gegenüber den Vereinigten Staaten weiter. Und doch, trotz dieses Wagnisses gab es im Dezember noch eine andere Seite der Sowjetunion, eine andere Seite Gorbatschows, und damit eine erneute Parallele zu Frankreich: Nämlich die Seite, die wusste, dass der Krieg in den Köpfen der Menschen für immer eingebrannt bleiben sollte, die Seite, die wusste, dass man trotz aller Schwäche immer noch Siegermacht war.⁵⁵⁶

In diesem Sinne traf sich Gorbatschow in Kiew mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 6. Dezember.⁵⁵⁷ Auch hier vertrat der Generalsekretär seine Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“, in dem Wissen, dass er hier mit Mitterrand auf den richtigen Gesprächspartner gestoßen war. Es sei auch kontraproduktiv die Deutschen zu erniedrigen, sie hätten ein Recht auf Einheit und die Zeit wäre gekommen.⁵⁵⁸ Gorbatschow blieb also auch gegenüber dem französischen Präsidenten in der Linie, welche er gegenüber Kohl bereits im Juni 1989 angeschlagen hatte.⁵⁵⁹ Innerhalb dieses Treffens äußerten sich aber auch wieder die beiden Verhaltensextrême Gorbatschows: Einerseits wird bereits unwahrscheinlich viel zugestanden, andererseits zieht man aber die ausgestreckte Hand dann doch wieder zurück: Bzgl. des Zehn-Punkte-Plans des Bundeskanzler schlugen beide härtere Töne an, eine Beschleunigung des Prozesses ist unter keinen Umständen zu wünschen, auch hätten die Deutschen bestimmt nicht allein das Wort in dieser Sache, beide – Frankreich und die Sowjetunion – müssten in diesen Zeit eng zusammenstehen, eine unbedachte Einigung beider deutschen Staaten in naher Zukunft

⁵⁵⁶ STENT 1999, S. 97-103.

⁵⁵⁷ ATTALI 1995, S. 358-366.

⁵⁵⁸ KAISER 1993, S. 61.

⁵⁵⁹ Nr.2, 3, 4 in KÜSTERS 1998.

würde Gorbatschow seine Position kosten.⁵⁶⁰ Auch für Gorbatschow war es also interessant auszuloten, wie die westlichen Bündnispartner der Bundesrepublik denn in Wirklichkeit zu dem „deutschen Problem“⁵⁶¹ stünden. Mangelnde Initiative kann der Sowjetunion zu Beginn Dezember also wahrlich nicht vorgeworfen werden, das gilt auch für das von ihr ins Leben gerufene Treffen der Vier Siegermächte im Gebäude des ehemaligen Kontrollrats am 11. Dezember⁵⁶² - das letzte Treffen dieser Art hatte 1971 stattgefunden und hatte somit einen ganz eigenen Beigeschmack für die Bundesregierung.⁵⁶³ Auch die Tatsache, dass die Zusage von Großbritannien und Frankreich postwendend kam⁵⁶⁴, entging dem Kremlchef sicherlich nicht und bestätigte ihn in seiner Linie, nach welcher eine schnelle Einheit nicht nur nicht von der Sowjetunion abgelehnt wurde. Jedoch wurden – va. auf Betreiben der USA, Bonn nicht vor den Kopf zu stoßen - dort Dinge besprochen, die direkt mit dem „deutschen Problem“ wenig zu tun hatten.⁵⁶⁵ Was auch immer die noch ungeklärte Motivation Moskaus für dieses Treffen gewesen sein mag, in jedem Falle sollte diese diplomatische Initiative mit die Letzte im Einigungsprozess gewesen sein, die vom Kreml ausging. International sollte sich Moskau seitdem sehr zurückhalten.

Jedoch sollte sich die Kommunikation mit dem Bundeskanzler intensivieren. Dieser sah aufgrund der Tatsache, dass bis Mitte November sich Gorbatschow bei jedem der westlichen Siegermächte über die in seinen Augen überstürzte Handlung des Bundeskanzlers beschwert hatte, Handlungsbedarf und erklärte in einem Schreiben an den Generalsekretär nochmals die Intentionen der bundesdeutschen Politik.⁵⁶⁶ Das Antwortschreiben Gorbatschows hierauf war zwar

⁵⁶⁰ « (...) et notre rapprochement sont plus nécessaires que jamais. Le contexte actuel pousse à une coopération toujours plus étroite entre nous. (...) Le problème doit trouver sa solution dans le cadre européen: cela garantira l'Europe contre tout cataclysme et contribuera à la juste solution du problème allemand. (...) Aidez-moi à éviter la réunification allemande, sinon, je serai remplacé par un militaire. » in : ATTALI, 1995, ebd.

⁵⁶¹ Ebd., S. 364.

⁵⁶² Nr. 121 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, Bonn, 13. Dezember 1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁶³ STENT 1999, S. 102.

⁵⁶⁴ HAFTENDORN 2001, S. 357.

⁵⁶⁵ STENT 1999, ebd.

⁵⁶⁶ Nr. 123 Schreiben des Bundeskanzler Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn 14.12.1989, in: KÜSTERS 1998.

freundlich und im Geist der neuen deutsch-sowjetischen Beziehungen verfasst, jedoch erheblich distanzierter, als dies noch im November der Fall gewesen war, eine gute Portion Argwohn vor den künftigen bundesdeutschen Vorgehen ist zu spüren. Und zum ersten Mal gegenüber dem Bundeskanzler machte der Generalsekretär unmissverständlich die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen für ihn deutlich.⁵⁶⁷ Die gleiche Linie verfolgte Gorbatschow in einer Rede vor dem ZK, in welcher er unterstrich, das „(...) jeglicher Versuch, die DDR zu unterminieren, von der Sowjetunion neutralisiert“ werden würde. Ministerialdirigent Hartmann wertete dies, in Anbetracht des letzten Schreibens des Generalsekretärs⁵⁶⁸, als deutlichen Hinweis der Sowjetunion an Bonn, die Moskauer Sorgen ernst zu nehmen, besonders in Hinblick auf den DDR-Besuch Kohls Ende Dezember.⁵⁶⁹ In ganz ähnlicher Weise interpretierte Hartmann⁵⁷⁰ die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vor dem europäischen Parlament, in welcher das erste Mal öffentlich im Westen von Moskau über eine potentielle Wiedervereinigung gesprochen wurde.⁵⁷¹

Kein aktives Moskau also mehr Ende Dezember, aber ein Moskau, welches sich überfordert mit der Schnelligkeit der Ereignisse nun zurückzieht. Die einzigen, vom Westen vernommene Äußerungen bestanden lediglich Sorgen, wenn nicht Ängsten vor dem, was die Veränderungen für das eigene Land bedeuten könnten. Ein tendenziell in sich gekehrtes, zurückgezogenes Moskau. Sehr viel versprechend fing die Entwicklung im November an, hier hatte man den Eindruck, Gorbatschow würde die von ihm initiierten Veränderungen voll und ganz in seine Deutschlandpolitik einfließen lassen und eine Einigung der beiden deutschen Staaten konstruktiv mitzugestalten. Das „Neue Denken“ findet sich auch noch im Dezember wieder, im Verhältnis zu Bush wie auch zu Kohl selbst, doch ist man

⁵⁶⁷ Nr. 126 Schreiben des Generalsekretärs Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl, ohne Datum, in: Ebd.

⁵⁶⁸ „Ich bitte Sie Herr Bundeskanzler, diese meine Botschaft ganz ernst zu nehmen und sie als die Fortsetzung unseres politischen Dialoges zu betrachten, der für unsere Beziehungen und für das Schicksal Europas so wichtig ist. Mit Hochachtung M. Gorbatschow“, in: ebd.

⁵⁶⁹ Nr. 127 Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 18.12.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁷⁰ Nr. 131 Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 20.12.89, in: Ebd.

⁵⁷¹ Nr. 20 in KAISER 1993.

vorsichtiger geworden, distanzierter. Und man ist sich der Vergangenheit bewusst, eine Vergangenheit, welche die Sowjetunion zur Siegermacht gemacht hatte. In der Angst, keine aktive Rolle spielen zu dürfen, ging diese konstruktive, aktive Komponente Ende Dezember vollends verloren.

2.3 „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“⁵⁷² - Ein Reaktives Moskau

Immer versteifter und unbeweglicher war die sowjetische Position im deutschen Einheitsprozess zum Jahresende 1989 geworden. Die DDR müsste unter allen Umständen als souveräner Staat weiterhin ernst und wahrgenommen werden, die Nachkriegsgrenzen wären unantastbar. Der Eindruck, übergangen worden zu sein provozierte Blockade statt Mitgestaltung, Obstruktion statt Konstruktion. Denn Gestaltung wurde nicht als Möglichkeit angesehen, den Prozess im Interesse der Sowjetunion mitzugestalten – ein Wunsch, der durchaus im November noch präsent war – sondern Gestaltung würde vor allem eine Beschleunigung des Prozesses bedeuten, künstlich herbeigeführte Veränderungen, vor dessen Nachwirkungen der Kremlchef großen Respekt hatte. War eine deutsche Einheit für das sowjetische Volk verkraftbar, seine eigene Position stabil genug?

Bis Ende Januar setzte der Kremlchef im Einigungsprozess vor allem auf eine innere Reform der DDR.⁵⁷³ Außerdem war zu Jahresende 1989 die deutschen Einigungsbestrebungen nicht die einzigen Sorgen Gorbatschows: Der sonst durch die harte Hand der Breuschnew-Doktrin aufeinander eingeschworene Ostblock begann brüchig zu werden, Litauen, Aserbaidschan, die drohende innere Spaltung in Reformgegner und Befürworter waren für den Generalsekretär erst einmal vorrangig⁵⁷⁴, die inneren Probleme sollten gelöst und der eigene Machtbereich konsolidiert werden. Und wie 1945 schlug sich dieser

⁵⁷² Diesen von Gorbatschow selbst formulierten Satz hielt Kohl dem Generalsekretär bereits Mitte Dezember in einem Schreiben zu Verdeutlichung der bundesdeutschen Politik vor, in welchen er eben für eine Gestaltung des begonnenen Prozesses plädierte. Siehe: Nr. 123 Schreiben des Bundeskanzler Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn 14.12.1989, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁷³ ADOMEIT 1998, S. 564.

⁵⁷⁴ RÖDDER 2009, S. 154-156.

Wunsch nach innere Konsolidierung auch auf die Außenpolitik nieder, die weltpolitischen Probleme des Ost-West-Konflikts und damit die „Deutsche Frage“ gerieten Ende Dezember 1989 immer mehr zugunsten einer sowjetinternen Machtkonsolidierung in den Hintergrund, zudem wurde auf grundlegende Reformen in der DDR vertraut. Doch auch Reformen konnten die Menschen nicht in Ostdeutschland halten, sie wollten mehr, und der sukzessive Niedergang der DDR zwang die sowjetischen Machthaber zu einem Kurswechsel. Die auf internationaler Ebene geradezu als Winterstarre anmutende Untätigkeit und Zurückgezogenheit der Sowjetunion seit Mitte Dezember täuschte, im Januar rumorte es hinter den dicken Mauern des Kremls. Die Erkenntnis, dass eine anhaltende Obstruktion im Einigungsprozess, ein Beharren auf der Unveränderlichkeit der Nachkriegsgrenzen für die Sowjetunion sowohl politisch als auch wirtschaftlich in eine Sackgasse führen würde und dass man einer baldigen Einheit, die nicht mehr aufzuhalten war⁵⁷⁵, sogar Vorteile abgewinnen könnte, setzte sich peu à peu durch. Diese Rumoren im Kreml drang Mitte Januar sogar bis an die Ohren des Auswärtigen Amtes in Bonn⁵⁷⁶, die Bundesregierung war sich des langsamen Wandels der sowjetischen Position bewusst, nun war es wichtig, dies zu ihren Gunsten zu verwenden.

Doch noch war diese Wandlung in der Haltung zur „Deutschen Frage“ nicht offizielle Politik, am 25. Januar sollte sie schließlich in einer internen Sitzung zu dieser gemacht werden. Die Entscheidungskanäle im deutschen Einigungsprozess waren auf sowjetischer wie auch auf amerikanischer Seite nicht die regulären: Wie auch Washington⁵⁷⁷ wurde in Moskau das Gros der Schlüsselentscheidungen in ad hoc zusammengestellten Beraterstäben entschieden, die meist, besonders im Falle von Moskau, ohne einen genauen Fahrplan agierten.⁵⁷⁸ Am 25. Januar 1990⁵⁷⁹ trat nun der engste Beraterkreis um Generalsekretär Gorbatschow zusammen, die Zeit drängte, und ein

⁵⁷⁵ BIERMANN 1997, S. 768-778.

⁵⁷⁶ Dok. 39 Vorlage des Referatsleiters 213, Neubert, für Bundesminister Genscher, 12. Januar 1990, in: MÖLLER et al. 2015.

⁵⁷⁷ Siehe III/1.3.1 und 1.3.2 dieser Arbeit.

⁵⁷⁸ STENT 1999, S. 109.

⁵⁷⁹ In der Forschung war man lange Zeit davon ausgegangen, diese einschlägige Sitzung des Beraterstabs zur „Deutschen Frage“ hätte am 26. Januar stattgefunden. PLATO weist durch die vorhandenen Protokolle, Tschernjajews Tagebuch und einem Abgleich mit den damaligen Wochentagen nach, das es sich definitiv um den 25. Januar handeln musste. Siehe PLATO 2002, S. 187-198.

einstimmiger Kurs des Kremls in der „Deutschen Frage“ war mehr denn je von Nöten. Die Quellenlage zu dieser bedeutsamen Zusammenkunft ist nicht unproblematisch. Durch die Tatsache, dass während der Sitzung weder Protokoll noch Stenogramm erstellt worden waren, kann die Forschung lediglich auf die nach der Sitzung erstellten Ergebnisprotokolle von Gorbatschow selbst und Tschernjajew zurückgreifen. Ein anderer Bericht, allerdings inhaltlich durchaus abweichend von den beiden ersten, existiert noch vom Leiter der internationalen Abteilung des ZKs Falin. Von Plato greift für seine Darstellung auf das Ergebnisprotokoll von Tschernjajew zurück, in welchem - vielleicht auch wegen der Tatsache, dass es nach der Sitzung erstellt worden ist - der Verfasser eine Versicherung für die Glaubwürdigkeit des Inhalts abgibt. Tschernjajew fügte im Nachhinein ebenfalls noch eine Fußnote bei, welche das Ergebnis des Treffens eindeutig festhalten sollte: Im Sinne des „Neuen Denkens“ sei man übereingekommen, die Einheit nicht zu blockieren.⁵⁸⁰ Bei genauerer Betrachtung des Protokolls hingegen muss man der These von Platos zustimmen, die besagt, dass die nachträgliche Fußnote Tschernjajew weitaus eindeutiger bzgl. der sowjetischen Haltung zur „Deutschen Frage“ ist, als das gesamte Protokoll.⁵⁸¹

Diese vom Auswärtigen Amt als „große Rochade“⁵⁸² bezeichnete Wandlung der Haltung der Sowjetunion, welche nun die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Prinzip billigte, war sicherlich nicht das Produkt einer ausgeklügelten, politischen Strategie, das Ziel, welches am Ende eines sowjetischen Fahrplan zur deutschen Einheit stand. Die Einheit wurde Ende Januar akzeptiert, geduldet, vor allem,

⁵⁸⁰ Ebd.

⁵⁸¹ RYZKOW: „Man muss realistisch auf den Prozess blicken. Man kann ihn nicht aufhalten. Nun kommt alles auf die Taktik an, weil wir die DDR nicht halten können. Alle Barrieren sind bereits niedergerissen.“ (...) GORBATSCHOW: „Es gab den Frieden von Brest Nr. 1, jetzt sind wir in der Situation des 'Friedens von Brest Nr.2'. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, dann droht uns, dass man uns wieder das halbe Land absäbelt. (...) Das wichtigste ist jetzt, den Prozess in die Länge zu ziehen, wie immer auch das endgültige Ziel aussehen mag. Es ist notwendig, dass sich sowohl die Deutschen als auch Europa und die UdSSR an dieses Ziel gewöhnen.“ in: Nr. 66 Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbatschow am 26. Januar 1990, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011.

⁵⁸² Dok. 44 Vorlage des Referatsleiters 213, Neubert, für Bundesminister Genscher, 31. Januar 1990, in: MÖLLER et al. 2015.

weil „(...) man als Getriebener der Entwicklung in der DDR kaum eine andere Möglichkeit sah.“⁵⁸³

Auch wenn Bonn bereits ahnen konnte, dass Bewegung in die versteifte Position der Sowjetunion gekommen war, fehlte der letzte Schritt noch: Gorbatschow musste die neue Linie der Moskauer Politik gegenüber den westlichen Siegermächten und auch gegenüber Bonn offiziell machen. Gelegenheit hierzu bot sich bereits Anfang Februar: In Moskau sollte sich hoher westlicher Besuch einfinden: Der amerikanische Außenminister Baker einerseits und eine Delegation um Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher andererseits. Die Einladung des Bundeskanzlers erfolgte bezeichnenderweise auf Initiative des Generalsekretärs⁵⁸⁴, wie im November nach Mauerfall ging dieser den ersten Schritt und suchte Kommunikation und Kontakt zu Kohl, auch sollte alles auf ein Vier-Augen-Gespräch ohne protokollarische Zwänge hinauslaufen.⁵⁸⁵ Die sowjetische Eiszeit war Ende Januar definitiv beendet. Bundeskanzler Kohl war sich der Sensibilität des Treffens durchaus bewusst, ähnlich wie Bush vertrat er die Linie, den sowjetischen Generalsekretär auf keinen Fall brüskieren zu wollen, Fingerspitzengefühl gegenüber der sich im Niedergang befindenden Großmacht war dringend von Nöten.⁵⁸⁶ Nach intensiver Koordination der bundesdeutschen und US-amerikanischen Position⁵⁸⁷ reiste der Bundeskanzler zum ersten persönlichen Treffen nach dem Mauerfall nach Moskau. Wie auch in dem ersten Telefonat nach Mauerfall war die Atmosphäre zwischen den beiden Staatsmännern von dem gegenseitigen Wunsch erfüllt, eine gemeinsame für beide Seiten einvernehmliche Lösung zu finden. Allerdings mutete die Bestätigung des deutschen Selbstbestimmungsrechts gegenüber dem Bundeskanzler in dem Gespräch nur noch wie eine reine Formsache an. Der Inhalt des Gesprächs zielte bereits auf weitere, von der deutschen Einheit erzeugte Problematiken ab, allen voran auf die deutsche Bündnis-

⁵⁸³ PLATO 2002, S. 198.

⁵⁸⁴ Nr. 155 Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Botschafter Kwizinskij, Bonn, 02.02.90, in: KÜSTERS 1998.

⁵⁸⁵ Nr. 156 Schreiben des Generalsekretärs Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl, 02.02.90, in: Ebd.

⁵⁸⁶ Nr. 150 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn 29. Januar 1990 bzw. Nr. 172 Gesprächspunktation der Abteilung 2 für Bundeskanzler Kohl, ohne Datum, in: Ebd.

⁵⁸⁷ Nr. 173 Schreiben des Außenminister Baker an Bundeskanzler Kohl, 10.02.90, in: ebd. bzw. siehe Punkt III/1.3.4 dieser Arbeit

zugehörigkeit, aber auch auf die dadurch verursachten wirtschaftlichen Einbußen für die Sowjetunion.⁵⁸⁸ Auch hier bestätigte der Bundeskanzler nochmals seinen bereits im Herbst gezeigten Kooperationswillen. Das deutsche Selbstbestimmungsrecht jedoch ließ sich Kohl nochmals von Gorbatschow mit dessen Einverständnis auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bestätigen.⁵⁸⁹ Ein politisch wichtiger Schritt, wichtig für Deutschland, für die USA, für den ganzen Einigungsprozess und das, obwohl den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht von der Sowjetunion nie öffentlich abgestritten worden war.⁵⁹⁰ Moskau hatte sich aber im Gegenzug nach Mauerfall auch nie einwandfrei dafür ausgesprochen, bis eben zum 10. Februar.

Das Tor zur Einheit stand nun auch mit Billigung der Sowjetunion offen, der Prozess war angelaufen, das genaue Ergebnis und der Weg dorthin blieben allerdings noch zu gestalten. Sicherlich hätte Moskau weiterhin auf seiner Obstruktionsstrategie beharren können, doch Gorbatschow war weitsichtig genug, um im Januar abschätzen zu können, dass dies der Todesstoß für alle Veränderungen im Ost-West-Konflikt gewesen wäre, die er bereits angestoßen hatte.⁵⁹¹ Eine bewusste Entscheidung für das endgültige Ende der sowjetischen Eiszeit im Januar und für das „Neue Denken“ – aber lediglich in Reaktion auf nicht mehr abzuändernde Sachverhalte.

2.4 „Zickzackdiplomatie“⁵⁹² und „Janusköpfigkeit“⁵⁹³ – Die Sowjetunion im Zwei-plus-Vier-Prozess

Auch nach dem sowjetischen Ja zur Achtung des deutschen Selbstbestimmungsrechts war noch nicht alles gewonnen, im Gegenteil. Der Startschuss für die genaue Aushandlung der Bedingungen zur Vereinigung beider deutscher Staaten war gegeben worden, man machte sich auf den Weg. Doch dieser Weg sollte sich durchaus als steinig

⁵⁸⁸ Nr. 174 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10.02.90, in: Ebd.

⁵⁸⁹ Ebd. sowie Nr. 175 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10.02.90, in: Ebd.

⁵⁹⁰ TSCHERNJAJEW 1991, S. 240.

⁵⁹¹ STENT 1999, S. 109.

⁵⁹² RÖDDER 2009, S. 230.

⁵⁹³ RÖDDER 2009, S. 252.

erweisen, dies war allen Teilnehmern bewusst, denn bereits Anfang Februar war der für die Sowjetunion neuralgische Punkt, die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschlands in den gemeinsamen Gesprächen zum Tragen gekommen, eine Lösung jedoch schien weit entfernt. Spätestens nach seinem Telefonat mit dem US-Präsidenten am 28. Februar hatte der Generalsekretär endgültig die Gewissheit: Der Westen würde mit nichts geringerem als dem Ziel einer Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gehen.⁵⁹⁴ Für die Sowjetunion war dies nichts Geringeres als das Worst-Case-Szenario innerhalb des Einigungsprozesses, die sichtbare Niederlage von Ost gegen West im Kalten Krieg. Noch dazu kam, dass die eigenen Reihen alles andere als geschlossen waren, bereits im Winter war die Spaltung Moskaus im Einigungsprozess in Reformbefürworter und Traditionalisten deutlich spürbar: Gorbatschow, Tschernjajew und Schachnasarow konnten sich vergleichsweise früh unter gewissen Bedingungen eine deutsche NATO-Mitgliedschaft vorstellen, das Außenministerium sowie die internationale Abteilung des ZK unter Falin waren davon Meilen entfernt. Den vielleicht besten Blick für die internationale Situation hatte, oft zwischen den Fronten agierend, Außenminister Schewardnadse, der stets auf die Flexibilität der sowjetischen Position bedacht war und versuchte, sich keine Handlungsoption zu verbauen.⁵⁹⁵ Keine klare Position, das Fehlen des berüchtigten Roten Fadens - eine Diagnose die die Forschung eindeutig stellt⁵⁹⁶ - zeigt sich allein in der Vielfalt der im Kreml existierenden Positionen zur deutschen NATO-Mitgliedschaft: Die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft, ein komplettes Auflösen beider Militärbündnisse, eine potentiell mit Frankreich vergleichbare Position zwischen den Blöcken bis hin zu einem Status, der den Blockfreien ähneln würde, all dies existierte als mögliche Option bzgl. Bündniszugehörigkeit im Kreml⁵⁹⁷ und war bereits im Februar Gesprächsthema zwischen Gorbatschow und Kohl.⁵⁹⁸

⁵⁹⁴ Nr. 79 Telefonat Gorbatschow mit US-Präsident Bush am 28. Februar 1990, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011 bzw. GORBATSCHOW 1999, S. 119.

⁵⁹⁵ RÖDDER 2009, S. 230.

⁵⁹⁶ Vgl. hierzu RÖDDER 2009, ebd.; KAISER 1993, S. 62ff und ADOMEIT 1998, S. 565.

⁵⁹⁷ ADOMEIT 1998, ebd.

⁵⁹⁸ Nr. 174 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10.02.90, in: KÜSTERS 1998, bzw. Nr. 175 Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Moskau, 10.02.90, in: Ebd.

Zusätzlich zu dieser Konzeptlosigkeit kam ab Februar eine Charakteristik sowjetischen Verhaltens hinzu, welches einerseits sicherlich der Situation, andererseits aber gewiss der Persönlichkeit Gorbatschows geschuldet war⁵⁹⁹ und bereits im November als typisch für das Verhalten des Kremls im Einigungsprozess angesehen werden konnte⁶⁰⁰: Rödder bedient sich der Begriffe „Zickzackdiplomatie“⁶⁰¹ oder gar „Janusköpfigkeit“⁶⁰² um ein Verhalten zu charakterisieren, welches einerseits durch Nähe, Kommunikation und den Willen, eine für alle einvernehmliche Lösung zu finden geprägt war und sich durch eine im Kreml noch nie da gewesene Weitsicht auf die Welt von morgen auszeichnete. Die andere Seite der Medaille ist jedoch ein Verhalten, welches bisherige Verhandlungserfolge wieder zurückzieht, in alten, vergessen geglaubten Kategorien denkt und den westlichen Verhandlungsteilnehmern eine adäquate Einschätzung der Situation schier unmöglich machte. Wie im Herbst 1989 so lassen sich auf im Frühjahr 1990 beide Linien im sowjetischen Verhalten nachweisen. Beide ziehen sich durch das gesamte Frühjahr 1990.

Der aus westlicher Sicht auf Kooperation und gemeinsamer Konstruktion ausgelegter Verhaltensstrang lässt sich nach den Februargesprächen in Moskau in gleicher Linie Anfang März fortführen. Bereits zu diesem Zeitpunkt im Einigungsprozess hält der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion Adamischin eine Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO (bei einem Sonder-status des Gebiets der ehemaligen DDR) nicht für ausgeschlossen. Des Weiteren sah er hierin keine nennenswerte Bedrohung für die Sicherheit der Sowjetunion.⁶⁰³ Adamischin gehörte somit den Reformern im Kreml auch im Bezug auf die deutsche Einheit und äußerte bereits Anfang März einen Vorschlag, der bei einer konsequenten Verfolgung durch die sowjetische Delegation die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen wesentlich hätte erleichtern können. Trotz der nach wie vor unterschiedlichen Positionen bzgl. der Bündnismitgliedschaft im März blieb ein dichter Kontakt zwischen Bonn und Moskau durch diverse Treffen und Schreiben erhalten: Ob es nun die bevorstehenden Wahlen in der DDR

⁵⁹⁹ Siehe Punkt III/2.1 dieser Arbeit

⁶⁰⁰ Siehe Punkt III/2.2.2 dieser Arbeit.

⁶⁰¹ RÖDDER 2009, ebd.

⁶⁰² Ebd., S. 252.

⁶⁰³ Dok. 65 Vorlage des Leiters der Politischen Abteilung, Kastrup, für die Staatssekretäre Sudhoff und Lautenschlager, 5. März 1990, in: MÖLLER et al. 2011.

Mitte März⁶⁰⁴ oder aber die Problematik der polnischen Westgrenze waren⁶⁰⁵, ein neuer Abgleich der Positionen bzgl. der potentiellen NATO-Mitgliedschaft⁶⁰⁶ oder aber die Versicherung Portugals an Teltchik, der Beitritt der DDR nach Art. 23 des Grundgesetzes bereite der Sowjetunion nun keine Bauchschmerzen mehr⁶⁰⁷ – man sprach miteinander, auf den unterschiedlichsten Ebenen, immer in der Hoffnung, durch ein ständiges Abgleichen der Positionen irgendwann bei der eigenen Wunschposition herauszukommen. Im April dasselbe Spiel, diesmal nur zwischen Kohl und Gorbatschow persönlich⁶⁰⁸, gekonnt nutzte Kohl den 45-jährigen Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs im Sinne der neuen deutsch-sowjetischen Beziehungen.⁶⁰⁹ Und auch ein anderes Gesprächsthema beginnt seit April mehr Platz den Gesprächen einzunehmen: Deutsche Wirtschaftshilfen für die Sowjetunion.⁶¹⁰ Auch ein Trumpf, den Helmut Kohl in der Hand hielt, dessen er sich wohl bewusst war, aber gleichzeitig ein Sachverhalt, den ebenfalls die Sowjetunion gekonnt in ihrem Interesse einzusetzen wusste. Anfang Mai vollzog sich, schenkt man den Thesen Biermanns Glauben, mit einer Sitzung des Politbüros am 3. Mai wiederum eine Wandlung in der Haltung der Sowjetunion.⁶¹¹ Zweifel an dieser These, laut welcher Außenminister Schewardnadse bei dieser Sitzung des Politbüros in Vorbereitung auf das erste Zwei-plus-Vier-Treffen der Außenminister eine Gesamtmitgliedschaft in der NATO gegen bestimmte Gegenleistungen durchaus als möglich erachtet, kommen

⁶⁰⁴ Nr. 202 A Schreiben des Außenminister Schewardnadse an Bundesminister Genscher, Bonn 05.03.90, in: KÜSTERS 1998.

⁶⁰⁵ Nr. 204 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn 6. März 1990, in: Ebd.

⁶⁰⁶ Nr. 227 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Botschafter Kwizinskij, Bonn, 22. März 1990 und Nr. 228 Vorlage des Ministerialdirektors Teltchik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 23. März 1990, in: Ebd.

⁶⁰⁷ Nr. 232 Gespräch des Ministerialdirektors Teltchik mit dem Berater der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KPdSU, Portugalow, Bonn 28. März 1990, in: Ebd.

⁶⁰⁸ Nr. 253 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Botschafter Kwizinskij, Bonn, 23. April 1990 und Nr. 255 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Gorbatschow, Bonn 24. April 1990 in: Ebd.

⁶⁰⁹ Nr. 255 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Gorbatschow, Bonn 24. April 1990 in: Ebd.

⁶¹⁰ Nr. 253 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Botschafter Kwizinskij, Bonn, 23. April 1990, in: Ebd.

⁶¹¹ BIERMANN 1997, S. 768-778.

insofern auf, als dass Schewardnadse bei einem persönlichen Treffen mit Kohl einen Tag vor der ersten Verhandlungsrunde weiterhin eine Gesamtmitgliedschaft für ausgeschlossen hielt.⁶¹² Jedoch schrieb Tschernjajew am gleichen Tag diesbezüglich an Gorbatschow in einem Memorandum, dass die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands letztendlich gemachte Sache sei, es können nun nur noch im Interesse der Sowjetunion sein, sie mitzugestalten, was wiederum im Sinne Biermanns wäre.⁶¹³ Schewardnadse blieb, trotz des Gesinnungswandels Tschernjajews, in kohärenter Linie zu dem, was er Helmut Kohl einen Tag vor dem ersten Außenministertreffen in Bonn kommuniziert hatte und lehnte auf diesem die Gesamtmitgliedschaft Deutschlands in der NATO nach wie vor ab.⁶¹⁴ Die Verhandlungen erschwerten sich des Weiteren durch neue Vorschläge seinerseits, laut welchen die Regelung der äußeren und inneren Aspekte der Einheit durchaus trennbar wären und somit die Rechte der Vier Mächte selbst nach einer provisorischen Einheit aufrecht erhalten werden könnten.⁶¹⁵ Auf diese eher negativ zu verbuchenden Vorschläge Schewardnadses, welche den Westen überraschten - war doch in den vorangegangenen Kontakten nie von einer Entkoppelung die Rede gewesen - reagiert Außenminister Genscher in seinen Memoiren interessanterweise nicht, er zitiert eher Sätze Schewardnadses, die wohl auch präsent in den Verhandlungen waren, aber sehr im Gegensatz zu dessen Vorschlägen standen, Sätze, welche eine Einheitslösung im bundesrepublikanischen Sinne unterstrichen.⁶¹⁶ Doch sollte dies, mit Hinblick auf die zweite Verhandlungsrunde, in gewisser Weise ein Erkennungsmerkmal der Sowjetunion werden: Eine

⁶¹² Nr. 267 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Schewardnadse, Bonn 4. Mai 1990, in: Ebd.

⁶¹³ Nr. 89 Memorandum Tschernjajews vom 4. Mai 1990 für Gorbatschow zur Deutschlandpolitik, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011.

⁶¹⁴ Nr. 268 Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Bonn, 5.5.90, in: Ebd.

⁶¹⁵ Ebd.

⁶¹⁶ „Wir sind für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, wir glauben, dass ein einiges Deutschland als demokratischer und friedliebender Staat, der seiner Verantwortung und seiner Verpflichtung gegenüber dem Weltfrieden und der Sicherheit bewusst ist, in die europäische Volkerfamilie eingehen wird. (...) Das Schlimmste, was wir tun konnten, wäre, uns auf überlebte Klischees und Vorstellungen zu stützen. Heute kann unserer Meinung nach keinerlei Diskriminierung der Deutschen, rechtlich oder psychologisch, mehr zur Diskussion stehen.“ in: GENSCHER 1995, S. 772.

merkliche Diskrepanz zwischen bereits Erreichtem und Gesagten und den Vorschlägen am Verhandlungstisch selbst.

Die konstruktive Linie zwischen West und Ost war aber selbst nach der ersten Verhandlungsrunde noch durchaus präsent, der Washington-Besuch Präsident Gorbatschows sollte ihr Höhepunkt sein.⁶¹⁷ Die Gespräche mit Präsident Bush drehten sich im Wesentlichen um den neuralgischen Verhandlungspunkt des Einheitsprozesses: Eine Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO. Im Gegensatz zu dem fast schon berühmten Treffen im Kaukasus zwischen dem Kremlchef und der westdeutschen Delegation wird diesem Treffen der beiden Spitzen von Ost und West vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies jedoch zu Unrecht, da in Washington von Gorbatschow ein entscheidendes Zugeständnis gemacht wird, welches er selbst interessanterweise Präsident Bush als Option vorschlug: Für Gorbatschow war die von den USA vorgegebene Linie einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft gewissermaßen der Gegenbeweis für das sonst so von der anderen Seite des Atlantiks propagierte Vertrauen in die Bundesregierung. Also sollten die Deutschen „doch selbst entscheiden, welchem Bündnis sie angehören wollen.“⁶¹⁸ War zu diesem Zeitpunkt bereits die deutsche NATO-Mitgliedschaft für Moskau unausweichlich? Denn für Gorbatschow selbst war die Wahl der Bundesregierung diesbezüglich nach der dichten Kommunikation im Frühjahr klar. Offensichtlich war man in Moskau Ende Mai mehr den je auf eine konstruktive Gestaltung des Einigungsprozesses nach sowjetischem Interesse gepolt, es wurden nun wohl Chancen gesehen, die man früher vielleicht auch einfach nicht wahrnehmen wollte. War ab dem 31. Mai für die Sowjetunion die Bündnisfrage geklärt? Schenkt man den Memoiren Schewardnadses und dessen Verhalten in der zweiten Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche Glauben, so war dem wohl so, denn in diesem zweiten Treffen wurde die Bündnisfrage noch nicht einmal angerissen. Für den Westen gehörte es demnach zu einer zweiten Verhaltenslinie der Sowjetunion im Frühjahr 1990, die alles andere als kooperativ wahrgenommen wurde.

So spürte bereits Ende Februar die Bundesregierung, dass die Haltung der Sowjetunion, die Anfang des Monats noch unverhalten

⁶¹⁷ Nr. 96 Gespräch Gorbatschow mit US-Präsident Bush am 31. Mai 1990, in: GALKIN/TSCHERNJAJEW 2011.

⁶¹⁸ Ebd.

positiv war, Risse bekam, und der Spielraum für die deutsche Einheit wieder enger zu werden begann. Plötzlich wurden gar Stimmen um einen potentiellen Friedensvertrag und Reparationszahlungen an die Sieger von Seiten eines vereinigten Deutschlands laut.⁶¹⁹ Zwei Forderungen, bei denen es nur im Interesse Bonns liegen konnte, diese strikt abzulehnen.⁶²⁰ Auch bzgl. der schon in Moskau angesprochenen Bündnismitgliedschaft Deutschlands verspürte Gorbatschow angesichts des deutsch-amerikanischen Treffens in Camp David Ende Februar das Bedürfnis, persönlich mit dem US-Präsident zu telefonieren und ihn von der Forderung einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft abzubringen.⁶²¹ Der erste Höhepunkt einer erneuten sowjetischen Obstruktionshaltung im Einigungsprozess war Mitte März eine Erklärung des Außenministeriums, welche Bonn bezichtigte, die Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen und den Beitritt der DDR zur BRD nach Art. 23 des Grundgesetz als „Ursupation“⁶²² bezeichnete. Ganz in diesem Sinne und wohl auch auf Reaktion auf die Volkskammerwahlen in der DDR bezeichnete einen Monat später ein Non-paper der Regierung der UdSSR die von der Bundesregierung angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion als „rechtliche Basis für die Einverleibung“⁶²³ der DDR. Mit Fug und Recht konnte der Westen und v.a. Bonn Moskau als „Janusköpfig“ bezeichnen, einerseits reichte man die Hand und war bereit, in eine neue Zeit nach dem Kalten Krieg zu gehen, andererseits war man, besonders aufgrund interner Streitigkeiten und Machtkämpfe, welche der Position des Kremlchefs schwer zu schaffen machten, nicht fähig, alte Handlungsmuster komplett zu verlassen. Als Höhepunkt dieser Linie im sowjetischen Verhalten ist definitiv das zweite Außenministertreffen der Zwei-plus-Vier in Berlin am 22. Juni zu bezeichnen: Neben der Tatsache, dass Schewardnadse die Verhandlungen damit eröffnete, alle Teilnehmer daran zu erinnern, dass auf den Tag genau vor 49 Jahren Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfallen hätte, glänzte er des Weiteren

⁶¹⁹ Nr. 191 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 22.02.90, in: Ebd.

⁶²⁰ Nr. 222 Vorlage des Ministerialdirektors Telschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn 15. März 1990, in: Ebd.

⁶²¹ Nr. 79 Telefonat Gorbatschow mit US-Präsident Bush am 28. Februar 1990, in: GALIKIN/TSCHERNJAJEW 2011.

⁶²² Nr. 82 Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 14. März 1990 zum Prozess der deutschen Wiedervereinigung, in: Ebd.

⁶²³ Nr. 250 Non-paper der Regierung der UdSSR, 19. April 1990, in: KÜSTERS 1998.

durch Vorschläge, die de facto eine Singularisierung Deutschlands und die Absprache der vollen Souveränität bedeutet hätten⁶²⁴. In der NATO-Frage wurde sich ebenfalls kein Zentimeter bewegt, sie kam in den sowjetischen Ausführungen noch nicht einmal vor.⁶²⁵ Dies alles stand im krassen Gegensatz zu allem bis dahin bereits Erreichtem, nach den Verhandlungen sah sich der sowjetische Außenminister einem sehr ungehaltenen Jim Baker gegenüber, der in einem Vier-Augen-Gespräch eine Rechtfertigung dieses vom Westen komplett unerwartetem Verhalten forderte. Hier gab er zu, dies sei alles „sehr unglücklich“⁶²⁶ gelaufen, rechtfertigte aber sein Verhalten mit dem „kolossalen Druck“⁶²⁷, welcher zu Hause auf ihn und auf Gorbatschow lastete, die NATO in London müsste nun in aller Interesse für den Osten positive Signale einer Umgestaltung nach Moskau schicken.⁶²⁸ Widerspruch zwischen den Verhandlungen und dem vorher Gesagten und Zugesicherten, aber auch Widerspruch zwischen der Rechtfertigung vor Jim Baker und Schewardnadses Memoiren, in welchen er die werdende Umgestaltung des Warschauer Pakts und seine berechtigten Hoffnung auf eine Umgestaltung der NATO zum Grund nahm, die Bündniszugehörigkeit auf den Verhandlungen in Berlin nicht weiter zu vertiefen.⁶²⁹ Alles also nur Schauspielerei aufgrund innenpolitischen Drucks?⁶³⁰ Der Westen konnte mit Fug und Recht nach diesem Auftritt verwirrt sein, denn selbst gegenüber Baker im Vier-Augen-Gespräch verlor Schewardnadse über die Aussage Gorbatschows Ende Mai kein Wort.

Wie Frankreich zu Beginn des Einigungsprozesses ist mit der Sowjetunion eine weitere Macht zu verzeichnen, die zweigleisig fährt,

⁶²⁴ Nr. 327 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 26. Juni 1990, in: Ebd.

⁶²⁵ Nr. 325 Zweites Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, Berlin-Niederschönhausen, 22. Juni 1990, in: Ebd.

⁶²⁶ Dok. 121 Drahterlass des Leiters des Ministerbüros, Elbe, an Bundesminister Genscher, z. Z. Dublin, 25. Juni 1990 in: MÖLLER et al. 2011.

⁶²⁷ Ebd.

⁶²⁸ Ebd.

⁶²⁹ „In dieser Situation erschien die Frage nach der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands im Nordatlantikpakt bereits in einem ganz anderen Licht. Darum wurde sie in meiner Berliner Rede im Grunde gar nicht angeschnitten.“ in: SCHEWARDNADSE 1991, S. 248.

⁶³⁰ RÖDDER 2009, S. 252.

unterschiedliche Register zieht und dessen wahre Absichten und Beweggründe sowie ihre Ziele nur schwerlich vom Westen zu durchschauen sind. Einerseits ist Gorbatschow mit seinen Reformanhängern im Kreml seit langem gewillt, eine Welt nach dem Ost-West-Konflikt zu gestalten, seit Februar auch dezidiert mit einem vereinigten Deutschland. Und doch, Unentschlossenheit, Sprunghaftigkeit und sein bereits wackelnder Stuhl zwangen ihn und seinen Beraterstab bis in den Sommer hinein, lediglich reaktiv tätig zu sein und mit paukenschlagartigen 180-Grad-Wendungen statt konstruktiven Vorschlägen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Im Unterschied zu Frankreich jedoch reicht bei Moskau das konzeptlose Manövrieren bis in den Sommer hinein.

2.5 Kaukasische Sommernächte und ihre Folgen

Ende Juni 1990 trat man in den Verhandlungen zur Deutschen Einheit auf der Stelle: Viel war bereits erreicht worden, allerdings war man im Hauptproblem selbst – der deutschen Bündnismitgliedschaft – in der Wahrnehmung des Westens nicht nennenswert weitergekommen. Moskau befand sich nach der Aussage Gorbatschows in Washington in der Entscheidungsphase⁶³¹, der Westen wusste dies, zwar war schon einmal von Gorbatschow den Deutschen die freie Bündniswahl zugestanden worden, allerdings nicht ihnen gegenüber und auch nicht mit dem bewussten Zusatz, dass sich Bonn niemals gegen die NATO aussprechen würde. Wollte Moskau nun den einmal dem deutschen Selbstbestimmungsrecht eingeschlagenen Weg zu Ende gehen oder weiterhin blockieren? Für eine klare Antwort auf eben diese Frage war ein von Kohl und Gorbatschow selbst initiiertes Treffen vorgesehen, welches bereits im Juni geplant wurde⁶³². Erklärtes Ziel war es, letztendlich Klarheit in der Bündnisfrage erreichen zu können. Der Zeitpunkt war von beiden Seiten bewusst gewählt worden: Der Westen wie auch Gorbatschow selbst versprachen sich, trotz allen politischen Wirren, eine Bestätigung der Position des Kremlchefs nach dem

⁶³¹ BIERMANN 1997, S. 768-778.

⁶³² Nr. 306 Schreiben des Präsidenten Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl 9. Juni 1990 bzw. Nr. 309 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Gorbatschow, Bonn, 12. Juni 1990, in: KÜSTERS 1998.

Anfang Juli anstehenden KPdSU-Parteitag.⁶³³ Am 15. Juli war es dann soweit: Eine deutsche Delegation unter der Leitung von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher flog nach Moskau, um in der Einheit wieder ein Stückchen voran zukommen. Man stellte sich auf schwere Verhandlungen ein, besonders bzgl. der Bündnismitgliedschaft, den später so viel zitierten „Durchbruch“⁶³⁴, erwartete keiner, am allerwenigsten der Bundeskanzler.⁶³⁵ Die wichtigsten Punkte in den Verhandlungen wurden bereits in Moskau erreicht, Archys in Gorbatschows kaukasischer Heimat diente dem Feinschliff und vor allem der sowjetischen Psychologie.

In Moskau eröffnete Kanzler Kohl das Gespräch mit einer Agenda von Problemen, die es zu lösen galt, Gorbatschow stimmte zu und signalisierte auch seinen Wunsch, die noch offenen Fragen schlussendlich zu klären.⁶³⁶ Er bestätigte des Weiteren, wie bereits in Washington, dass die amerikanische Präsenz in Europa in seinen Augen zu einer gesamteuropäischen Stabilität betrage, die Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels in Houston und die sukzessive Politisierung der NATO wären ebenfalls Entwicklungen in die richtige Richtung. Aufgrund dessen würde die Sowjetunion auch von denen in der Vergangenheit vorgebrachten, völkerrechtlichen Regelungen Abstand nehmen.⁶³⁷ Die Phantome von Friedensvertrag und Reparationen, die seit dem Frühjahr durch die Verhandlungen spukten, waren also endgültig vom Tisch. Es war bezeichnenderweise auch nicht Kohl, sondern Gorbatschow selbst, welcher als Erster das heikle Thema der Bündnismitgliedschaft anschnitt, indem er eine Liste von Forderungen an den Bundeskanzler stellte: Gesamtdeutschland sollte die Grenzen von BRD und DDR nicht überschreiten, keine ABC-Waffen besitzen und „(...) die militärischen Strukturen der NATO nicht auf das

⁶³³ BORTFELD 1993, S. 180.

⁶³⁴ vgl. KOHL 2009.

⁶³⁵ „Mit einem entscheidenden Durchbruch rechnete zu diesem Zeitpunkt aber so gut wie niemand. Wir im Westen gingen davon aus, dass Gorbatschow nicht bereit sein würde, die deutsche Vereinigung endgültig zu besiegeln. Ein Abschluss der Verhandlungen konnte sich nach westlicher Einschätzung noch weit ins Jahr 1991 hinziehen, vor allem die Bündnisfrage schien mir der Quadratur des Kreises gleichzukommen.“ in: Ebd., S. 327.

⁶³⁶ Nr. 350 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau 15. Juli 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁶³⁷ Ebd.

Territorium der DDR ausgedehnt werden.“⁶³⁸ Aus der Vermutung des Westens nach den Gesprächen in Washington wurde nun Gewissheit: Gorbatschow setzte die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands beim bundesdeutschen Besuch in der Sowjetunion bereits voraus.⁶³⁹ Ähnlich wie bei Kohls und Genschers Februarbesuch war in Gorbatschows Augen der springende Punkt bereits im Vorfeld geklärt worden. Für den Westen war dies aber alles andere als eine ausgemachte Sache, im Februar sowie im Juli: Ähnlich wie im Winter durch die gemeinsame Pressekonferenz beharrten Genscher und Kohl im Juli in den Gesprächen in Moskau und in Archys immer wieder auf den wichtigsten Punkten: Die freie Bündniswahl des geeinten Deutschlands sowie dessen volle Souveränität.⁶⁴⁰ Warum blieb aber dann der Kaukasus im Juli und nicht Washington im Mai in Erinnerung? Denn der springende Punkt der NATO-Mitgliedschaft war bereits zwei Monate vorher beantwortet worden. Rödder führt hierfür im Wesentlichen die gute Atmosphäre des Treffens auf Gorbatschows Landsitz im Kaukasus und natürlich die dortigen Einzelregelungen an.⁶⁴¹ Im Kaukasus wurden die Details bestimmt, die Länge der Übergangsperiode für den Abzug der sowjetischen Truppen, die Beschränkung der deutschen Truppenstärke auf 370 000 Mann und insbesondere die freie Bündniswahl der Bundesrepublik, welche in den abschließenden Vertrag der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen aufgenommen werden sollte. Dies hatte für die Sowjetunion eine besondere Bewandnis, denn, auch wenn allen Beteiligten klar war, dass es sich de facto um das sowjetische Ja zur gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft handelte, so machte es für Moskau doch den entscheidenden Unterschied. Im Gegensatz zu einer niedergeschriebenen NATO-Mitgliedschaft konnte, so Gorbatschow selbst, die freie Bündniswahl dem sowjetischen Volk vermittelt werden, da diese ja durch das Zugeständnis der vollen Souveränität bereits indirekt impliziert wurde.⁶⁴² Die NATO auf dem Papier wäre die eindeutig schriftlich

⁶³⁸ Ebd.

⁶³⁹ vgl. RÖDDER 2009, S. 259 sowie GORBATSCHOW 1999, S. 144-145.

⁶⁴⁰ Nr. 350 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, Moskau 15. Juli 1990 sowie Nr. 353 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow im erweiterten Kreis, Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990, in: KÜSTERS 1998.

⁶⁴¹ RÖDDER 2009, ebd.

⁶⁴² Nr. 353 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow im erweiterten Kreis, Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990, in: KÜSTERS 1998.

fixierte Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg gewesen. Diese Lösung ermöglichte Gorbatschow jedoch, das Gesicht zu wahren.

Was jedoch brachte nun Gorbatschow dazu, diesen letzten Schritt Ende Mai bzw. Mitte Juli 1990 zu gehen, wie ist es zu erklären, dass er auch in dieser entscheidenden Frage den Westen das Feld überließ? Rödder sieht hierin mehr als nur Konzeptlosigkeit und unüberlegte Handlungen. Mit großer Wahrscheinlichkeit war für den Kremlchef der Nutzen aus einer deutschen Einheit im westlichen Sinne größer als der Schaden: Finanzhilfen, die seit dem Frühjahr immer mehr Platz in den Gesprächen zwischen Washington aber vor allem zwischen Bonn und Moskau einnahmen und die Erkenntnis, dass eine künftige Kooperation in Partnerschaft mit einem vereinigten Deutschland zielführender sein werde als ein Beharren auf imperiale Ausdehnung.⁶⁴³ Eine bewusste Entscheidung also für das „Neue Denken“, aber v.a. eine bewusste Entscheidung für die Sowjetunion. Auf den ersten Blick mag dies widersprüchlich erscheinen, ist es doch Moskau, welches die DDR verliert, seinen alten Feind im Westen wieder einen Nationalstaat zugesteht und im Ost-West-Konflikt den Westen das Feld überlassen musste. Und doch ist es eine bewusste Entscheidung Gorbatschows für sein Land. Ohne eine Änderung in der Außenpolitik wäre die in seinen Augen lebensnotwendige Perestroika nicht durchzuführen gewesen⁶⁴⁴, die Konsolidierung des eigenen Machtbereichs als Ordnungsvorstellung stand also, wie 1945 auch, im Vordergrund. Die Außenpolitik war hierfür in der „Zeitenwende“⁶⁴⁵ das Feld der Konzessionen.

Alles andere war nun nur noch eine Sache der Abwicklung, bis zur Unterzeichnung des Einheitsvertrags im September sollten zwar gelegentlich noch einige Unstimmigkeiten bzgl. des sowjetischen Truppenabzugs auftauchen, doch auch diese wurden gekonnt geregelt.⁶⁴⁶ Das erste persönliche Gespräch zwischen Kohl und Gorbatschow nach dem Treffen im Kaukasus jedoch verlief in einem zwischen den beiden ungewohnt rauen Ton, obwohl es auf einer sehr freundschaftlichen Ebene mit einem Gruß an die jeweilige Ehefrau

⁶⁴³ RÖDDER 2009, S. 260.

⁶⁴⁴ WEIDENFELD 1998, S. 42.

⁶⁴⁵ RÜHL 1990.

⁶⁴⁶ Nr. 360 Schreiben des Ministerpräsidenten Ryschkow an Bundeskanzler Kohl, Moskau, 18. Juli 1990 bzw. Nr. 402 Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik mit dem stellvertretenden Außenminister Kwizinskij, Bonn, 28. August 1990 in: Ebd.

begonnen hatte.⁶⁴⁷ Dies lag jedoch gewissermaßen in der Natur der Dinge, am darauf folgenden Dienstag sollte die „Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ unterschrieben werden, Wirtschaftshilfen für die marode Sowjetunion waren bereits im Sommer in den Gesprächen immer wichtiger geworden, hier ging es nun um die konkrete Höhe der bundesrepublikanischen Unterstützung für den Truppenabzug. Die von Kanzler Kohl in das Gespräch eingebrachten 8 Mrd. wurden von Gorbatschow mit einem einzigen Wink als „Sackgasse“⁶⁴⁸ abgetan, allein für den Wohnungsbau und die dazugehörige Infrastruktur forderte er 11 Mrd. DM. Eine Einigung konnte in diesem ersten Gespräch nicht erzielt werden, man vereinbarte nach einem heftigen Wortwechsel ein weiteres Telefonat nach dem Wochenende.⁶⁴⁹ Am 10. September wurde erneut telefoniert, das „Feilschen“⁶⁵⁰ war im wahrsten Sinne des Wortes zur „Chefsache“⁶⁵¹ geworden. Nachdem die zuständigen Experten im Finanzministerium in Bonn über das Wochenende gerechnet hatten und Gorbatschow Kohl mit einer Gesamtsumme von 15-16 Mrd. DM inkl. Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen konfrontierte, brachte der Bundeskanzler den Vorschlag von 12 Mrd. als Kompromiss vor, zusätzlich sollte ein zinsloser Kredit mit fünfjähriger Laufzeit in Höhe von 3 Mrd. gewährt werden.⁶⁵² Die Sowjetunion sollte zwei Tage später ohne weiteres Zögern die „Abschließende Regelung“ unterschreiben. Die endgültige Abgabe der Rechte allerdings geschah erst am 15. März 1991 durch die Ratifizierung des Vertrags.⁶⁵³

Auf den berühmten Baumstümpfen im Kaukasus war Geschichte geschrieben worden, sie waren der Anfang der neuen gesamtdeutsch-sowjetischen Beziehungen, die Besiegelung der deutschen Einheit und das Ende des Ost-West-Konflikts. Raissa Gorbatschow hielt an diesem Abend kurz inne und fragte sichtlich angespannt, ob der Bundesregierung die Tragweite der hier getroffenen Abmachungen bewusst wäre. Genscher antwortete ihr, ihm sei die Bedeutung Gorbatschows

⁶⁴⁷ Nr. 415 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow, 7. September 1990, in: Ebd.

⁶⁴⁸ Ebd.

⁶⁴⁹ Ebd.

⁶⁵⁰ RÖDDER 2009, S. 260-62.

⁶⁵¹ Ebd.

⁶⁵² Ebd. Bzgl. der immer wieder aufgeworfenen Frage, inwiefern die Deutsche Einheit gekauft gewesen wäre, siehe hierzu Ebd., S. 262-264.

⁶⁵³ Ebd.

Handlungen für beide, für Deutschland und für das sowjetische Volk, wohl bewusst. Alles werde gut werden.⁶⁵⁴

2.6 Zwischenfazit Sowjetunion: Einheit zugunsten von Konsolidierung und interner Umgestaltung

Mit Gorbatschow stand in der Sowjetunion ab 1985 ein Mann an der Spitze des Ostblocks, der sich den Wandel der Beziehungen zwischen Ost und West sowie die Umgestaltung seines eigenen Machtbereichs zu dessen Erhaltung zum Programm gemacht hatte. Das „Neue Denken“ sollte auch die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zum Positiven verändern. Dialog und Kommunikation wurden besonders seit Juni 1989 groß geschrieben. Das erste Mal ging man auf den Westen zu, das erste Mal brach man mit herkömmlichen Handlungsmustern. Diese von ihm angestoßenen Veränderungen sollten in der Realität jedoch ein Ausmaß und eine Geschwindigkeit erreichen, wie es keiner der Akteure des Einigungsprozesses für möglich gehalten hätte. Durch den Mauerfall befand sich Gorbatschow, so wie vor allem die zwei anderen europäischen Siegermächte auch, in einer höchst unangenehmen Situation: Die bisherige Statik Europas, auf die sich die Position der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg gründete, befand sich im Niedergang, Deutschland im Wandel, und die DDR als „zentraler Eckpfeiler“⁶⁵⁵, als Sicherung sowjetischen Einflusses in Mitteleuropa, drohte zu entgleiten. Doch gleichzeitig war sich

⁶⁵⁴ „Auf dem Weg zu diesem Tisch war etwas geschehen, was mich zuversichtlich machte, aber auch den ganzen Ernst der Lage andeutete. Plötzlich zog mich eine Hand am Unterarm zurück. Ich blickte mich um und sah Raissa Gorbatschowa. Sie suchte noch einmal das Gespräch mit mir: Ob wir wüssten, was das, was hier beraten und entschieden werde, bedeute? Ob uns klar sei, welche Verantwortung, ja welches Risiko ihr Mann damit auf sich nehme. Ich nickte. Dann fuhr sie fort: ‚Herr Genscher, auch Deutschland macht hier Zusagen, auch Deutschland muss etwas geben, Herr Genscher, Sie müssen das einhalten - alles.‘ Das klang geradezu beschwörend. Für einen Moment blieb ich stehen und gab ihr die Hand. ‚Sie können sich darauf verlassen. Wir haben in jeder Hinsicht unsere Lehren aus der Geschichte gezogen. Ich weiß sehr genau, was Ihr Mann hier tut. Alles wird gut werden.‘“ in: GENSCHER 1995, S. 836-837.

⁶⁵⁵ WEIDENFELD 1998, S. 42.

Gorbatschow der Tatsache bewusst, dass die vierzigjährige Spaltung Europas Ende des 20. Jahrhunderts kein zukunftsträchtiges Modell mehr darstellte.⁶⁵⁶ Ein Wandel musste hier ansetzen, jedoch Schritt für Schritt.

Die sowjetische Reaktion auf die Ereignisse in Ostberlin war verhältnismäßig positiv, man suchte auch hier die Kommunikation und den Dialog mit der Bundesrepublik, die Handlungsmuster des „Neuen Denkens“ setzten sich also auch in dieser heiklen Situation fort. Die Ordnungsvorstellungen waren jedoch recht ähnlich zu denen der anderen Siegermächte des Westens: Auch die Sowjetunion sprach bereits einen Tag nach Mauerfalls von Status quo und wünschte keine Destabilisierung der Situation. Sehr früh allerdings, bereits Mitte November, hatte man die Sorge, übergangen zu werden: Wie die USA so befürchtete auch die Sowjetunion, der jeweils andere Block könnte sich zum Paten der deutschen Einheitsbestrebungen machen. Die Logik des Kalten Krieges impliziert Fehlwahrnehmungen. Letztere waren schließlich dafür verantwortlich, dass ab Ende November aus einer konstruktiv agierenden Sowjetunion eine distanziertere, argwöhnische, auf Obstruktion setzende Macht wurde. Im Dezember wurde zwar Aktion unter Beweis gestellt, man traf sich mit den Mächtigen der anderen Seite, ließ durch das Treffen im Kontrollrats-gebäude die Muskeln spielen, doch geschah dies alles ohne jegliches deutschlandpolitisches Konzept. Angesichts der wachsenden Probleme im eigenen Lager versuchte man nicht, sich der Herausforderung der Einheitsbestrebungen beider deutscher Staaten zu stellen und gemeinsam mit den anderen Siegermächten das „Neue Denken“ Wirklichkeit auf Landkarte Mitteleuropas werden zu lassen, nein, man zog sich zurück. Die Machtkonsolidierung im bröckelnden Sowjetimperium stand im Vordergrund. Mit dem russischen Winter setzte gewissermaßen eine sowjetische Winterstarre ein, man setzte einzig und allein auf die Reformen in Ostdeutschland, in der Hoffnung, die „Deutsche Frage“ würde sich über diesen Weg von selbst arrangieren. Doch hatte sich Gorbatschow in dem Reformwillen der Genossen in Ostdeutschland getäuscht, der Sturm der STASI-Zentrale im Januar sprach eine unmissverständliche Sprache. Die Sitzung am 25. Januar bzw. der bundesrepublikanische Besuch Anfang Februar war für den Westen das sowjetische Erwachen aus der langen Winterstarre, das Tor zur Einheit

⁶⁵⁶ GORBATSCHOW 1999, S. 54.

war nun auch durch Moskau endgültig geöffnet worden. Allerdings sah sich die Sowjetunion ab diesem Moment lediglich in einer reaktiven Position im Einigungsprozess, von den von Rödder aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten hatte sie für sich die am ungünstigste gewählt.⁶⁵⁷ Das grüne Licht zur deutschen Einheit war gegeben worden, jedoch hatte man nicht den Mut, diesen konstruktiv an der Seite Bonns und Washingtons im Sinne des „Neuen Denkens“ zu Ende zu führen. Stattdessen wurde dem Westen der Eindruck vermittelt, Moskau hadere mit den bereits gemachten Konzessionen: Bis in den Frühsommer hinein sind zwei komplett konträre Verhaltensweisen der Sowjetunion zu verzeichnen. Einerseits lebte man die neuen Handlungsmuster im Geist des „Neuen Denkens“ weiter, man versuchte, einvernehmliche Lösungen zu finden. Andererseits zog man die ausgestreckte Hand wieder zurück und verweigerte sich, erregte durch „maximalistische Forderungen“⁶⁵⁸ Aufsehen. Durch letztendlich einen Mangel an Alternativen und der drohenden internationalen Isolierung⁶⁵⁹ gab die Sowjetunion auch im letzten hart umkämpften Verhandlungspunkt nach und willigte in die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands ein, in die seit Mauerfall in Moskau als „Worst-Case-Szenario“⁶⁶⁰ angesehenen Konzession. Wie 1945 auch gilt für die Sowjetunion im Einigungsprozess der Primat der inneren Angelegenheiten.⁶⁶¹ Der Wille Gorbatschows zur Reformierung der Sowjetunion machte aus der Außenpolitik das Feld der Konzessionen. Dies aber getragen durch die Erkenntnis, dass ein vereinigtes Deutschland in der NATO die größte Sicherheitsgarantie für die geschwächte und nach Finanzhilfen dürstende Sowjetunion war. Auch wenn die Art und Weise der Lösung des Problems weniger im Sinne des Kremls war, dem „Drang nach Osten“⁶⁶² war somit doch Einhalt geboten worden.

⁶⁵⁷ RÖDDER 2009, S. 154.

⁶⁵⁸ Nr. 327 Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, 26.06.1990, in: KÜSTERS 1998.

⁶⁵⁹ ADOMEIT 1998, S. 565.

⁶⁶⁰ RÖDDER 2009, S. 260.

⁶⁶¹ WEIDENFELD 1998, S. 42.

⁶⁶² SCHEWARDNADSE 1991, S. 234.

3 Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen von West und Ost im Vergleich

Wie kann nun das Verhalten von Ost und West im deutschen Einigungsprozess miteinander verglichen werden? Wie aufgezeigt, lassen sich durchaus unterschiedliche, gar konträre Verhaltensweisen der ehemaligen vier Siegermächte herausarbeiten, auch der Westen in sich ist weit davon entfernt, homogen zu sein. Die Handlungsmuster und Ordnungsvorstellungen der Siegermächte waren der Leitfaden unserer Arbeit. Anhand dieser Vergleichsbasis sollen nun Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und versucht werden, diese historisch zu begründen.

Bei Großbritannien sind schon bereits vor Mauerfall traditionelle Ordnungsvorstellungen von internationaler Politik festzustellen, die Öffnung der innerdeutschen Grenzen konnte nicht an ihnen rütteln, sie verschärfte sie vielmehr: Die Erhaltung des status quo in Europa und damit die Erhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit ist für Großbritannien im Herbst 1989 unabdingbar. Nur so konnte das Gleichgewicht der Mächte in Europa erhalten werden. Stabilität steht vor allem für die britische Regierungschefin im Fordergrund: Unter allen Umständen muss eine Destabilisierung der Position des sowjetischen Regierungschefs Michael Gorbatschow vermieden werden. Die traditionelle, aus dem 19. Jahrhundert kommende Ordnungsvorstellung der *balance of power* auf dem europäischen Kontinent ist für Margaret Thatcher wie auch Douglas Hurd signifikant. Selbst als Großbritannien Ende mit März mit einer Stimme spricht verabschiedet es sich nicht vollkommen von den traditionellen Denkmustern zur Strukturierung der internationalen Politik. Die Ordnungsvorstellungen sind es also nicht, anhand derer sich Hurd und Thatcher unterscheiden. Betrachtet man aber deren Handlungsmuster, so lassen sich bedeutsame Unterschiede feststellen: Douglas Hurd und seine Mitarbeiter sahen ähnlich wie die USA nach kurzer Zeit eine Chance in der Mitgestaltung der deutschen Einheit. Margaret Thatcher hingegen versuchte bis zu Beginn des Zwei-plus-Vier-Prozesses Gleichgesinnte um sich zu scharen, auf die unterschiedlichste Art und Weise. Das, was Neßhöver im Verhalten Frankreichs als „defensive Gegenmachtbildung“⁶⁶³

⁶⁶³ NESSHÖVER 1996, S. 106.

charakterisieren wird, kann man im Fall der britischen Regierungschefin als aktive und offensive Gegenmachtbildung bezeichnen.

Für Großbritannien hatte die Existenz eines deutschen Nationalstaats per se nie ein Problem dargestellt. Selbst als es 1945 Bestrebungen gab, diesen endgültig durch eine Rückführung Deutschlands auf die Struktur des Alten Reiches verschwinden zu lassen, hielt Großbritannien eine derartige Zerstückelung für rückständig und nicht zukunftssträchtig.⁶⁶⁴ Auf was ist also dieses, von Margaret Thatcher sehr offensiv gelebte Engagement gegen die deutsche Einheit zurückzuführen? Seit jeher war Großbritannien an einer *balance of power*, einem Gleichgewicht der Mächte auf dem europäischen Kontinent interessiert. Erst dieses ermöglichte ein verstärktes britisches Engagement für das Empire. Gleichzeitig war man aber schon immer an einer Mitgestaltung dieses europäischen Gleichgewichts interessiert, um britischen Einfluss auch hier geltend zu machen. Die *balance*-Metapher ermöglichte nach britischen Ordnungsvorstellungen das Austarieren verschiedener Gewichte in einem funktionierenden System und damit unterschiedliche Konstellationsmöglichkeiten. Allerdings berücksichtigt sie nicht den steten Wandel, dem dieses System als Ganzes stets unterworfen ist.⁶⁶⁵ Der Zusammenbruch des Ostblocks kann hierfür als Beispiel dienen. Seit ihren Amtsantritt 1979 hatte es Margaret Thatcher geschafft, sich auf der Basis einer Atom- und Siegermacht des Zweiten Weltkriegs eine besondere Stellung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten unter Reagan zu verschaffen. Mit der Administration Bush und dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde Großbritannien nach dem Niedergang des britischen Empires erneut zu einer Neupositionierung auf internationalem Parkett gezwungen, denn die Defizite der *balance*-Metapher kamen nun deutlich zum Vorschein: Das System als Ganzes begann sich sukzessive zu wandeln. Für Margaret Thatcher war in dieser Situation ein Festhalten an alten Ordnungsvorstellungen des Empires der einzige Weg, einen weiteren Niedergang britischen Einflusses auf internationaler Ebene zu verhindern⁶⁶⁶ und die Stabilität Europas durch den Erhalt der deutschen Zweistaatlichkeit zu gewährleisten. Hinzu kam bei ihr eine sehr ausgeprägte Furcht vor einem möglichen Wiederaufkommen des Faschismus in Deutschland, bedingt

⁶⁶⁴ KETTENACKER 2000, S. 101-102.

⁶⁶⁵ BIRKE 1991, S. 4-5.

⁶⁶⁶ KLEIN 1996, S. 407-409.

durch persönliche Erlebnisse.⁶⁶⁷ Douglas Hurd und seine Mitarbeiter waren sich dem Wandel der britischen Position auf der Weltbühne ebenfalls bewusst, doch sahen sie in der Gestaltung der deutschen Einheit eine Chance der Einflussnahme und einer möglichen Neupositionierung des Vereinigten Königreichs in seinem Verhältnis zu Europa.

Frankreich bildet ein ähnlich kompliziertes Gesamtbild wie Großbritannien, vor allem in den beiden Monaten nach Mauerfall. Das Ende der Ordnung von Jalta zwang Paris seine Stellung im internationalen System komplett neu zu definieren, denn mit dem Ostblock erodierte ebenfalls die von Frankreich stets erstrebte Unabhängigkeit zwischen den beiden Blöcken. Dementsprechend sehnte sich die französische Politik im Herbst 1989 ebenfalls nach Ordnung und Stabilität. Ganz wie Großbritannien bezog sich letztere Ordnungsvorstellung besonders auf Gorbatschow. Ein zu mächtiges Deutschland, welches sich erneut nach Osten orientieren würde und damit das europäische Gleichgewicht gefährden würde, müsse um der französischen Sicherheit Willen verhindert werden. Von Gegengewichten war sehr früh, auch gegenüber Deutschland die Rede. Doch im Gegensatz zu Großbritannien sah sich Frankreich durch eine andere Vorstellung im Dilemma, welche tief im französisch-republikanischen Denken verwurzelt ist⁶⁶⁸: Nach dem französischen Konzept der « *liberté* » hatte und hat jedes Volk das Recht, allein über sein eigenes Schicksal zu bestimmen.⁶⁶⁹ Bis zur Jahreswende 1989/1990 divergiert das Verhalten Frankreich demnach zwischen zwei Extremen: Stabilität und Sicherheit versus Selbstbestimmung und Freiheit. Einerseits versuchte man, die Stärke und Präsenz einer Siegermacht zu zeigen, man fuhr nach Kiew und Ostberlin und traf sich bereitwillig mit den anderen Siegermächten im Kontrollratsgebäude. Man behielt sich alle Optionen offen und prüfte diese, selbst uralte Konstellationen einer *Entente* mit Großbritannien werden in Erwägung gezogen. Und auf der anderen Seite stand bereits seit Ende November der Gedanke eines geeinten Europas auf der Basis französischer Freiheitswerte. Ganz im Gegensatz zu Großbritannien sah Frankreich hierin eine Chance. Am Ende sollte dies die Lösung der französischen Sorgen sein und Europa für Paris

⁶⁶⁷ HIMMLER 2001, S. 128, Anm. 227.

⁶⁶⁸ HARBAUM 2008.

⁶⁶⁹ RÖDDER 2004, S. 154.

eine doppelte Funktion erfüllen: Den « incertitudes allemandes »⁶⁷⁰ sollte ein für alle Mal durch eine deutsche Einheit im europäischen Rahmen ein Ende gesetzt werden und Europa die neue Bühne für die französische Profilierung im internationalen System werden. Der gesamte Einigungsprozess verläuft über eine enge Abstimmung mit Bonn, ein Handlungsmuster, welches Großbritannien wenig bis gar nicht vorweisen kann. Für Paris funktioniert die Politik im Einigungsprozess über enge Kommunikation mit dem deutschen Nachbarn.

Ein ambivalentes Bild also, welches Frankreich zeichnet, gespalten auf der einen Seite zwischen französischen Werten und auf der anderen Seite einem seit dem 20. Jahrhundert stark ausgeprägten nationalen Sicherheitsinteresse.⁶⁷¹ Die französische Stellung im System des Kalten Krieges beruhte auf der deutschen Teilung.⁶⁷² Frankreich hatte dementsprechend ein doppeltes Interesse an ihrem Erhalt: Einerseits blieb damit eine Art strategisches Vorfeld im Osten der französischen Republik erhalten, zum anderen erhielt die europäische Teilung das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent.⁶⁷³ Angesichts dieses immensen Sicherheitsbedürfnisses boten die europäische Integration und eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft die Garantien, nach welchen sich Frankreich gegenüber 80 Millionen Deutschen sehnte. Doch entsprachen diese zwei Optionen wiederum nicht dem französischen Denken und Verhalten Frankreichs während der Blockkonfrontation: Immer auf eine gewisse Unabhängigkeit zwischen Ost und West bedacht, hatte Paris weder Interesse, die NATO – ein aus dem Kalten Krieg stammendes Verteidigungsinstrument – mit in die 1990er Jahre zu nehmen⁶⁷⁴ noch in einer Europäischen Union unterzugehen.⁶⁷⁵ Frankreich brauchte dementsprechend seine Zeit, seinen Platz im Prozess der Überwindung der deutschen Teilung zu finden. Am Ende sollte Europa für Paris beides ermöglichen: Unabhängigkeit und Sicherheit.

Kommunikation ist für die Vereinigten Staaten das Handlungsmuster par excellence, über den gesamten Einigungsprozess hinweg sollte Bonn und Washington regelmäßig miteinander korrespondieren.

⁶⁷⁰ VIENOT 1931.

⁶⁷¹ RÖDDER 2004, S. 154.

⁶⁷² SOUTOU 1996, S. 397.

⁶⁷³ NESSHÖVER 1996, S. 107-109.

⁶⁷⁴ KAISER 1991, S. 64-67.

⁶⁷⁵ NESSHÖVER 1996, ebd.

Ganze Gesprächsstrategien bzgl. der Sowjetunion wurden in deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit entwickelt. Doch ist Kommunikation nicht nur eine Verhaltensweise der USA. Sie ist, in einem noch höheren Maße als für Paris, gleichzeitig eine Ordnungsvorstellung, denn nur über eine gemeinsame Kommunikation mit Bonn können laut Washington die amerikanischen Ziele in Europa verwirklicht werden. Doch wie bereits gezeigt wurde, sind die Vereinigten Staaten nicht von Beginn an euphorische Verfechter der deutschen Einheit. Auch für sie, wie für die beiden anderen Siegermächte, stehen Ordnung und die Stabilität des internationalen Systems im Fordergrund. Zurückhaltung und Vorsicht waren im November kennzeichnende Verhaltensweisen. Ab Dezember veränderten sich die Ordnungsvorstellungen keineswegs, doch sollen sie nun mit anderen Mittel umgesetzt werden. Washington entschließt sich, die Zügel in die Hand zu nehmen, um die deutsche und europäische Teilung nach westlichen Vorstellungen zu überwinden. Initiative, Führung und Gestaltung des Einigungsprozesses sind ab Dezember die kennzeichnenden Handlungsmuster für die Vereinigten Staaten.

Nach kurzem Zögern wird auf die sich anbahnenden deutsche Wiedervereinigung aus der Perspektive einer Weltmacht reagiert:⁶⁷⁶ *Imperium* und *libertas* waren die signifikanten Denkkategorien amerikanischer Außenpolitik im 20. Jahrhundert und im Kalten Krieg.⁶⁷⁷ Das Handeln der Vereinigten Staaten im Vereinigungsprozess beider deutscher Staaten wies, nach anfänglichen Zögern, genau diese Merkmale auf: Durch Stärke und Führung des westlichen Lagers im Einigungsprozess wollte man die Freiheit Deutschlands und Europas verwirklichen.

Imperium, aber auch *libertas* fanden gleichermaßen ihre Anwendung, denn die Basis der amerikanischen Führung war die Anerkennung des deutschen Selbstbestimmungsrechts.⁶⁷⁸ Wie auch für Frankreich spielten alte, auf dem Naturrecht basierende Vorstellungen von Freiheit für die Handlungsmuster ebenfalls eine signifikante Rolle. Und wie auch für Frankreich und Großbritannien schlugen sich im Verhalten der Vereinigten Staaten traditionelle, nationale Ordnungsvorstellungen von der Stabilität des internationalen Systems wieder, die allerdings sehr unterschiedlich zu Paris und London in die Tat umgesetzt

⁶⁷⁶ BORTFELDT 1993, S. 189.

⁶⁷⁷ RÖDDER 1998, S. 233-241.

⁶⁷⁸ DÜLFFER 2004, S. 104.

wurden: Ordnung und Stabilität über amerikanische Führung und Vertrauen in die über vierzigjährige deutsch-amerikanische Partnerschaft. Wie auch schon 1945 nahmen die Vereinigten Staaten die historische Chance wahr, Europa und die Welt ein weiteres Mal neu zu gestalten.

Trotz anfänglichen Zögerns taten sich die Vereinigten Staaten im Vergleich zur Sowjetunion leicht im Wiedervereinigungsprozess. Rechnet man die Sowjetunion zu den Großmächten des europäischen Kontinents ist diese Feststellung auch verständlich, denn im Vergleich zu Frankreich, Russland oder Großbritannien hatten die USA nie unter einem deutschen Besatzungsregime oder direkten Kriegseinwirkungen im eigenen Land leiden müssen. Entsprechend vorsichtig agierte die Bundesregierung direkt nach Mauerfall mit der Sowjetunion und war hier durch eine zwar vorsichtige, aber im Prinzip den Geschehnissen in Berlin sich nicht verschließende Macht positiv überrascht. Denn die Ordnungsvorstellungen Moskaus direkt nach Mauerfall waren vollkommen deckungsgleich mit denen der anderen Siegermächte: Erst einmal eine Beibehaltung des Status quo und unter allen Umständen eine Verhinderung von Destabilisierung. Das „Neue Denken“ schien in Moskau noch nicht einmal vom Fall der Berliner Mauer erschüttert werden zu können, Handlungsmuster war und blieb eine intensive Kommunikation und der Kontakt zu Bonn, ganz wie Frankreich und die Vereinigten Staaten ebenfalls. Wendepunkt im Verhalten der Sowjetunion war das Kohl'sche Zehn-Punkte-Programm: Aus Angst, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, packte Moskau mit der Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenze eine Ordnungsvorstellung aus, die, ganz im Widerspruch zum neuen Geist im Kreml, im Einigungsprozess nicht auf Gestaltung aber Verzögerung setzen sollte. Damit wurde aber auch die Möglichkeit jeglicher Initiative aufgegeben, Moskau sollte von Dezember an nur noch reaktiv tätig werden und schrittweise in die vom Westen, allen voran von Washington gestellten Bedingungen einwilligen.

Wie ist das Verhalten des Ostens im Einigungsprozess nun zu erklären, welcher „zur größten Niederlage der sowjetischen Nachkriegspolitik“⁶⁷⁹ werden sollte? Einerseits wusste Gorbatschow bereits sehr früh, wie er sich eine Welt nach der Blockkonfrontation vorstellte, Europa war von Beginn an Bestandteil seines „Neuen Denkens“. Im

⁶⁷⁹ BIERMANN 1997, S. 770.

Einigungsprozess selbst jedoch war er oft unentschlossen, zögerte, als hätte er Angst den von ihm einmal eingeschlagenen Weg zu Ende zu führen. Gorbatschow war sich seiner wackeligen Position bewusst, zahlreich waren die Gegner der Umgestaltung innerhalb der Kreml-mauern.⁶⁸⁰ Der Mauerfall in Berlin und die deutschen Einheitsbestrebungen trugen nicht zu einer Stabilisierung bei, immer angreifbarer wurde Gorbatschows Position je weiter die Verhandlungen im Sinne des Westens voranschritten, keiner der anderen drei Staats- und Regierungschef stand unter ein solch immensen Druck. Den wenigen Handlungsspielraum, welchen ihm diese Position zugestand, verstand er jedoch in seinem Sinne zu nutzen: Den Weg Richtung deutsche Einheit zu gehen, die nicht mehr aufzuhalten war und gleichzeitig zur Sicherung der eigenen Position den Gegnern in Moskau und dem Westen durch Muskelspielen in den Verhandlungen den Eindruck zu vermitteln, die Sowjetunion würde nicht ohne weiteres Ja und Amen sagen. Der Einheit zu westlichen Maximalkonditionen zustimmen und gleichzeitig das Gesicht wahren Gorbatschow gelang dieser schier unmögliche Spagat, und mehr als dies: Gekonnt „verwandelte er die größte Niederlage sowjetischer Nachkriegspolitik in Freundschaft.“⁶⁸¹ Wie auch 1945 galt im Wiedervereinigungsprozess der Primat der inneren Angelegenheit, sie diktierten das Verhalten auf internationalem Parkett, allerdings in komplett verschiedenen Realisierungen: Nach 1945 diene die vom Westen als aggressiver Expansionsdrang wahrgenommene Politik der sowjetischen Sicherheit und der Konsolidierung des vom Krieg aufgewühlten sowjetischen Machtbereichs. 1989/1990 dienten die im Einigungsprozess sukzessiven gemachten Konzessionen ebenfalls den letzten Konsolidierungsversuchen der sich in Agonie befindenden Sowjetunion. Das gleiche Handlungsmuster, in allerdings komplett unterschiedlichen Ausprägungen.

Vergleicht man Ost und West im Einigungsprozess, so fallen mehrere Dinge auf: Der Westen in sich ist keinesfalls so homogen in der Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen wie man vielleicht annehmen könnte, auch innerhalb des westlichen Lagers gibt es bei allen Beteiligten Vorbehalte, teilweise sogar komplette Ablehnung. Im Gegenzug ist der Osten nicht per definitionem gegen die Einheit. Die Frage ist vielmehr auf welche Art und Weise und in welchem Zeitraum. Auch können blockübergreifende Vergleiche

⁶⁸⁰ SCHEWARDNADSE 1991, S. 234.

⁶⁸¹ BIERMANN 1997, ebd.

durchaus fruchtbar sein, so haben die Sowjetunion und Frankreich wie auch ihre beiden Staatsoberhäupter viele Gemeinsamkeiten: Beide sind der Idee der deutschen Einheit per se nicht abgeneigt, in dem Wissen, dass eine dauerhafte Trennung eines Volkes nicht vertretbar und tragbar ist. Beide jedoch fahren zweigleisig im Einigungsprozess, strecken ihre Hand aus und ziehen sie doch gleich wieder zurück. Und bei beiden spielt Europa eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Ein Vergleich, der auch deswegen nahe liegt, da beide Völker durch ihre Lage auf dem Kontinent mehr unter einem deutschen Nationalstaat zu leiden hatten als Großbritannien oder gar die Vereinigten Staaten.

Leicht hätte die deutsche Einheit einen erneuten Konflikt zwischen Ost und West heraufbeschwören können. Dass die Einheit doch gelang und mit ihr der das 20. Jahrhundert maßgeblich mitbestimmende Ost-West-Konflikt sein Ende finden sollte, das „(...) lag letztlich in einer Verbindung einzelner Faktoren: günstige Rahmenbedingungen, staatsmännisches und diplomatisches Geschick und schließlich eine beachtliche Prise ‚glücklichen Zufalls‘“.⁶⁸²

⁶⁸² WEIDENFELD 1998, S. 641.

IV „ZEITENWENDE“⁶⁸³ – EINHEIT IN FREIHEIT UND DAS ENDE DER BIPOLAREN WELT

Betrachtet man die Genese deutscher Staatlichkeit in den letzten 200 Jahren, so ist die „Zeitenwende“⁶⁸⁴ 1989/1990 lediglich die letzte Station eines langen, teilweise schmerzhaften Weges, welchen die deutschen Verfasstheit im 19. und 20. Jahrhundert gehen musste. Auf den letzten beiden Stationen im 20. Jahrhundert sollte sie am Beginn und am Ende der Teilung der Welt in Ost und West stehen. Der Ost-West-Konflikt ist somit Teil der „Deutschen Frage“ in 200 Jahren, gleichzeitig bildet er aber auch den Rahmen für die beiden letzten Stationen deutscher Staatlichkeit, beide stehen zueinander in Wechselwirkung. Die internationale Dimension deutscher Staatlichkeit, ihre Bedingtheit und Abhängigkeit von exogenen Faktoren und internationalen Entscheidungsträgern kam in den Wendejahren 1989/1990 einmal mehr zum tragen. Kaum ein anderes Land ist in seiner Staatlichkeit in so hohem Maße von den Entscheidungen internationaler Akteure bestimmt worden wie Deutschland, kaum ein anderes Land in seiner Verfasstheit so sehr an das weltpolitische Geschehen gekoppelt.

Auf dem Wiener Kongress gehörten die deutschen Staaten zur siegreichen Koalition gegen das napoleonische Frankreich. Gemeinsam mit allen Beteiligten wurde über die Gestalt eines neuen Deutschland und Europa in Wien beraten. Das erste Mal in der Neuesten Geschichte manifestierte sich die internationale Dimension deutscher Staatlichkeit. Ein deutscher Nationalstaat war allerdings weder im deutschen noch Interesse der anderen europäischen Mächte. Stattdessen stand im Sinne des antihegemonistischen Prinzips das Gleichgewicht der Mächte, die *balance of power* auf dem europäischen Kontinent im Fordergrund. Dieses Prinzip sollte, wie sich zeigen wird, die Zeiten überleben und noch Ende des 20. Jahrhunderts eine signifikante Rolle in den Ordnungsvorstellungen der Siegermächte spielen. Bei allen drei Westalliierten trat es im Einigungsprozess zum Vorschein.

1919 in Versailles sollte die „Deutsche Frage“ das erste Mal den europäischen Rahmen verlassen, am Ende des Ersten Weltkriegs und

⁶⁸³ RÜHL 1990

⁶⁸⁴ RÜHL, Lothar: Zeitenwende in Europa. Der Wandel der Staatenwelt und der Bündnisse, Stuttgart 1990.

das gesamte 20. Jahrhundert hindurch war sie von weltpolitischer Bedeutung. Deutschland 1945 war einmal mehr Gegenstand und Problematik internationaler Vereinbarungen. Es stand am Beginn der Konfrontation zweier antagonistischer Systeme zwischen West und Ost, an ihm sollte die Anti-Hitler-Koalition zu Grunde gehen. Das Land selbst wurde zum Schauplatz des Kalten Krieges, in ihm wurde die Blockkonfrontation in Form von Mauern und Zäunen gebaute Wirklichkeit. In dieser weltpolitischen Konstellation schien die „Deutsche Frage“ für immer gelöst worden sein: Nie wieder sollte ein deutscher Nationalstaat Unheil über Europa und die Welt bringen. Die Teilung der Welt als Preis für die Zähmung der Deutschen.

Und doch, Ende der achtziger Jahre erwachen die fast schon tot geglaubten Geister einer deutschen Einheit wieder zum Leben. Wie bei jeder Station der „Deutschen Frage“ stand auch 1989 der Wandel auf internationaler Ebene am Anfang. Erst dieser ermöglichte eine weitere Veränderung deutscher Verfasstheit. Ausgerechnet ein deutscher Nationalstaat sollte die Antwort auf die „Deutsche Frage“ sein: „Indem die Wiedervereinigung den Nationalstaat als Ordnungsrahmen wiederherstellte, lag sie quer zu zentralen Tendenzen der achtziger Jahre, die gerade auf seine Transzendierung hinausliefen(...)“⁶⁸⁵, denn ähnlich wie in Wien 1815 war sowohl für einige innerdeutsche wie auch internationale Akteure eine Rückkehr zum deutschen Nationalstaat nicht unbedingt wünschenswert.

Die letzte Station der „Deutschen Frage“ weist aber noch andere Parallele zur Wiener Neuordnung auf: Das erste Mal im 20. Jahrhundert wurde mit Deutschland gemeinsam über sein Schicksal entschieden, kein weiteres Mal wollte man dieses Land durch dessen Ausschluss von Verhandlungen über seine Verfasstheit mit erneuten Hypotheken belasten und damit Europa und die neue Ordnung von Beginn an gefährden. In Wien fanden 1815 auch das erste Mal Gleichgewichtskategorien im Denken der Akteure ihre Anwendung gegen die Schaffung eines deutschen Nationalstaats. In den folgenden 200 Jahren sollte diese Sorge um einen potentiellen deutschen Hegemon, welcher das Gleichgewicht der Mächte in Europa gefährden könnte, in den Ordnungsvorstellungen der Akteure erhalten bleiben. Wie ein roter Faden zieht sie sich durch die einzelnen Stationen der „Deutschen Frage“, jedes Mal wurde im Namen des europäischen

⁶⁸⁵ RÖDDER 2004, S. 106.

Gleichgewichts gehandelt: Die internationalen Maßnahmen reichten über eine gewisse Beschneidung des Entwicklungspotentials 1919 bis hin zur oktroyierten Zweistaatlichkeit 1949. Auch 1989/1990 war die Sorge vor einem zu starken Deutschland präsent: Eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft bei gleichzeitiger enger Einbindung in das politische Europa, das waren vor 25 Jahren die Maßnahmen der ehemaligen Besatzungsmächte, um zumindest indirekt die Kontrolle über die neu erstärkte Macht in der Mitte Europas zu behalten.

Der Weg zur Lösung der „Deutschen Frage“ sollte sich auch 1989/1990 als lang und steinig erweisen, zu schlecht waren die Erfahrungen der europäischen Akteure mit einem vereinigten Deutschland und zu sehr hing man an der altbewährten, stabilitätsgarantierenden Nachkriegsordnung. Von Bestrebungen gegen die deutsche Einheit bis hin zur vollen Unterstützung reichte die Palette der Handlungsmuster. Michail Gorbatschow sollte mit seinem Zitat über das Scheitern der Konfrontation Recht behalten.⁶⁸⁶ Doch im Bezug auf den deutschen Einigungsprozess sollte diese Erkenntnis seine Zeit brauchen, die Erkenntnis, dass mit Akzeptanz mehr erreicht werden kann als mit sturer Obstruktion. Leicht hätte die letzte Station der „Deutschen Frage“ ein erneuter, potentiell heißer Konflikttherd des „Kalten Krieges“ werden können, jedoch mied man auch hier die direkte Konfrontation. Letztendlich sollte doch das „Neue Denken“ auch in der „Deutschen Frage“ konsequent seine Verwirklichung finden, ein knappes Jahr später der Ostblock „seine Kinder endgültig entlassen“⁶⁸⁷, und die Blockkonfrontation Geschichte sein. Gorbatschows Aussage zu Beginn unserer Arbeit sollte sich somit vollends verwirklichen, wenn auch zu einem Preis, der zwar die Motivation all seiner Reformbemühungen gewesen war, aber letztendlich nicht hatte aufgehalten werden können – der Niedergang der Sowjetunion.⁶⁸⁸

⁶⁸⁶ Siehe I/1.1 dieser Arbeit.

⁶⁸⁷ SCHÖLLGEN 1996, S. 227.

⁶⁸⁸ vgl. GARTHOFF 1994, S. 3.

V QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Gedruckte Quellen

- GALKIN, Aleksandr/TSCHERNJAJEW, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage - Sowjetische Dokumente 1986-1991, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2011.
- GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium*. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts. Bd. II, Berlin/NY 1988.
- GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium*. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts. Bd. III/1, Berlin/NY 1992.
- GREWE, Wilhelm G. (Hrsg.): *Fontes Historiae Juris Gentium*. Quellen zur Geschichte des Völkerrechts. Bd. III/2, Berlin/NY 1992.
- GORBATSCHOW, Michail: Gipfelgespräche – Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen/HOFMANN, Daniel (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.
- MÖLLER, Horst/PAUTSCH, Ilse/SCHÖLLGEN, Gregor/WENTKER, Herrmann/WIRSCHING, Andreas (Hrsg.): Die Einheit - Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015.
- MÜNCH, Ingo (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Stuttgart ²1976.
- MÜNCH, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung, Stuttgart 1991.
- Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz Teil II; Bd. 4 Neueste Zeit 1914-1959, bearbeitet von Helmuth RÖNNEFARTH und Heinrich EULER, Würzburg ²1959.

Willy BRANDT, Berliner Ausgabe, hrsg. von Helga GREBING, Gregor SCHÖLLGEN und Heinrich August WINKLER, Bd. 10: Gemeinsame Sicherheit, Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992, bearbeitet von Uwe MAI, Bernd ROTHER und Wolfgang SCHMIDT, Bonn 2009.

Memoirenliteratur

ATTALI, Jacques: Verbatim Tome III - Chronique des années 1988-1991, Paris 1995.

GENSCHER, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

GORBATSCHOW, Michail: Wie es war - Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999.

MITTERRAND, François: Über Deutschland, Frankfurt 1998.

KOHL, Helmut: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung - Meine Erinnerungen, München 2009.

SCHEWARDNADSE, Eduard: Die Zukunft gehört der Freiheit, Hamburg 1991.

TELTSCHIK, Horst: 329 Tage - Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

THATCHER, Margaret: Downing Street No. 10 - Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993.

TSCHERNJAJEW, Anatolij: Mein Deutsches Tagebuch (1972-1991), Klitzschen 2005.

WALTERS, Vernon: Die Vereinigung war voraussehbar, Berlin 1994.

Sekundärliteratur

- ADOMEIT, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 48), Baden-Baden 1998.
- BIERMANN, Rafael: Zwischen Kreml und Kanzleramt - Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, München 1997.
- BORTFELDT, Heinrich: Washington-Bonn-Berlin: Die USA und die deutsche Einheit, Bonn 1993.
- BÜTTNER, Ursula: Weimar – Die überforderte Republik 1918-1933 (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte Bd.18) Stuttgart¹⁰2010.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815-1871 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 15) München³2010.
- DOERING-MANTEUFFEL, Anselm: „Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts.“ in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte – Themen –Ergebnisse – Aussichten (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 10) München 2000, S. 93-117.
- DÜLFFER, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 18) München 2004.
- FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 12) München⁴2001.
- FOSCHEPOTH, Josef: „Einleitung“, in: FOSCHEPOTH, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage - Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, Göttingen 1985, S. 11-31.
- GARTHOFF, Raymond: The Great Transition - American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994.
- GEYER, Dietrich: „Von der Kriegscoalition zum Kalten Krieg“, in: GEYER, Dietrich (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Wien 1972.
- GIBOWSKI, Wolfgang: Demokratischer (Neu-) Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/1990, S. 5-22.

- GÖRTEMAKER, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe Bd. 380) Bonn 2004.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Die Berliner Republik - Wiedervereinigung und Neuorientierung (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Bd. 16) Berlin 2009.
- GRUNER, Wolf D.: Die deutsche Frage in Europa 1800-1990, München-Zürich 1993.
- HAFTENDORN, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, München 2001.
- HAHN, Hans-Werner/BERDING, Helmut: Reformen, Restauration und Transformation (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte Bd. 14) Stuttgart ¹⁰2010.
- HIMMLER, Norbert: Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90 (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd. 6) Berlin 2001.
- HILDEBRAND, Klaus: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989.“ in: GWU 45, 1994, S. 611-625.
- JACKISCH, Klaus-Rainer: „Diplomatie hinter den Schlagzeilen – Britische Vereinigungsstrategien zwischen Verweigerung und Kooperation.“ in: BRUCK, Elke/WAGNER, Peter (Hrsg.): Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 6) München 1996.
- KAISER, Karl: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V.) Bergisch-Gladbach 1991.
- KETTENACKER, Lothar: „Britain and German Reunification 1989/90“, in: LARRES, Klaus/MEEHAN, Elizabeth (Hrsg.): Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945, Oxford 2000, S. 99-123.
- KIESSLING, Friedrich: Der Briand-Plan von 1929/30. Europa als Ordnungsvorstellung in den internationalen Beziehungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Themenportal Europäische Geschichte (2008), URL: <http://www.europa.clío-online.de/2008/Article=294> , aufgerufen am 11.10.15.

- KLEIN, Yvonne: "Obstructive or Promoting? British Views on German Unification." in: *German Politics* 5 (1996), S. 404-431.
- KNAPPE, Jens: „Pragmatischer Partner - Die Einheit als Ziel der US-Diplomatie 1989/90.“ in: BRUCK, Elke/WAGNER, Peter (Hrsg.): *Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der dt. Einheit*, (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 6) München 1996, S. 70-91.
- KOLB, Eberhard: *Deutschland 1918-1933 - Eine Geschichte der Weimarer Republik*, München 2010.
- KOLB, Eberhard/SCHUMANN, Dirk: *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 16) München ⁸2013.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: „Entscheidungen für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition.“ in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik - Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* hrsg. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998, S. 21-237.
- LANGEWIESCHE, Dieter: *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849*, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd.13) München ⁴2004.
- LAPPENKÜPER, Ulrich: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 83) München 2008.
- LEHMANN, Ines: *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen, Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, Bd 1: *Die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs*, Frankfurt a. M. 1996.
- LOTH, Wilfried: „Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Spaltung und Einigung“. in: ANSORGE, D./GEUENICH, D./LOTH, W. (Hrsg.): *Wegmarken europäischer Zivilisation*, Göttingen 2001, S. 372-384.
- METZLER, Gabriele: *Einführung in das Studium der Zeitgeschichte*, Paderborn 2004.
- MOLLIN, Gerhard T.: „Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen.“ in: LOTH, Wilfried/OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): *Internationale Geschichte - Themen -Ergebnisse - Aussichten* (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 10) München 2000, S. 3-31.
- MÜLLER, Jürgen: *Der Deutsche Bund 1815-1866* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 78) München 2006.

- NESSHÖVER, Christoph: „Eine Politik der 'reaktiven Anpassung' - Frankreichs Weg zum 'Zwei-plus-Vier-Vertrag'.“ in: BRUCK, Elke/WAGNER, Peter (Hrsg.): Wege zum 2+4 Vertrag. Die äußeren Aspekte der dt. Einheit, (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 6) München 1996, S. 106-126.
- NIEDHARDT, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 53) München 2013.
- PLATO, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002.
- PLOETZ, Michael: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor - Von der Nachrüstung zum Mauerfall, Berlin 2000.
- RÖDDER, Andreas: Deutschland Einig Vaterland - Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- RÖDDER, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 19a) München 2004.
- RÜHL, Lothar: Zeitenwende in Europa. Der Wandel der Staatenwelt und der Bündnisse, Stuttgart 1990.
- SCHABERT, Thilo: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002.
- SCHÖLLGEN, Gregor: Deutsche Außenpolitik - Von 1945 bis in die Gegenwart, München 2013.
- SCHÖLLGEN, Gregor: Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941-1991, München 1996.
- SCHULZ, Matthias: Normen und Praxis – Das europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat 1815-1860 (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 21) München 2009.
- SCHULZ, Matthias: „Internationale Institutionen.“ in: DÜLFFER, Jost/LOTH, Wilfried (Hrsg.): Dimensionen Internationaler Geschichte (Studien zur Internationalen Geschichte Bd. 30) München 2012, S. 211-233.
- SOUTOU, Georges-Henri: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954-1996, Paris 1996.
- STENT, Angela: Russia and Germany Reborn - Unification, the Soviet Collapse, and the New Europe, Princeton 1999.
- URBAN, George: Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher: An Insider's View, London 1996.
- VERNET, Daniel: La renaissance allemande, Paris 1992.
- VIENOT, Pierre: Incertitudes allemandes, London 1931.

- WEBSTER, Charles Kingsley: The foreign policy of Castlereagh 1815-1822, London 31963.
- WENTKER, Hermann: „Die Revolution der Staatenwelt und die Wiedervereinigung - Die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Problem der internationalen Politik.“, in: APELT, Andreas H. /GRÜNBAUM, Robert/GUTZEIT, Martin (Hrsg.): Der Weg zur Deutschen Einheit – Mythen und Legenden, Berlin 2010, S. 211-230.
- WINKLER, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000.
- WINKLER, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen Bd. 2: Deutsche Geschichte von „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000.
- WIRSCHING, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert (C.H. Beck Wissen) München 2001.
- WIRSCHING, Andreas: Abschied vom Provisorium 1982-1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 6) München 2006.
- WEIDENFELD, Werner: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Geschichte der Deutschen Einheit Bd. 4, Stuttgart 1998.
- WOLFRUM, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990 (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte Bd. 23) Stuttgart¹⁰2005.
- ZELIKOW, Philip/RICE, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

Der nunmehr fast dreißig Jahre zurückliegende deutsche Einigungsprozess in den Wendejahren 1989/1990 ist keineswegs als isolierter Prozess zu betrachten. Er wird erst vielmehr historisch fassbar, wenn er in die Kontinuität der „Deutschen Frage“ – der Frage nach der Art der Verfasstheit eines deutschen Staates – eingeordnet wird. Immer wieder wurde deutsche Staatlichkeit im internationalen Kontext thematisiert, hingen doch Gleichgewicht, Sicherheit und Stabilität von ihr ab. In den Wendejahren 1989/1990 sollte dies ein letztes Mal geschehen, die scheinbar zementierte deutsche Teilung und mit ihr die bipolare Welt gerieten mit einem Mal in Bewegung. Doch war die Vereinigung beider deutscher Staaten keineswegs eine Entscheidung, die allein von deutschen Akteuren getroffen werden konnte. Die Diskussion einer geopolitischen Veränderung der Mitte Europas rief die alten vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion – wieder auf den Plan, ihre Verantwortlichkeit bezüglich „Deutschland als Ganzes“ wurde ein letztes Mal wirksam. Das Ergebnis dieser Wendejahre sollte aber nicht nur die deutsche Wiedervereinigung, sondern auch das Ende des Ost-West-Konflikts sein: Diese Studie widmet sich einer Untersuchung des Verhaltens und der Argumentationen der vier Siegermächte in Ost und West, sie fragt nach den Handlungsmustern sowie nach ihren Vorstellungen von Ordnung des im sich im Aufbruch befindenden internationalen Staatensystems.

ISBN 978-3-96147-078-5

